

# Kommentare

Die folgenden Kommentare zu einzelnen Büchern aus der Literaturliste stellen die Sichtweise der jeweils Unterzeichnenden dar. Sie sind nicht nur reine "Buchbesprechungen", sondern teilweise auch streitbare Positionierungen zu in den Büchern formulierten Einschätzungen.

## Inhaltsverzeichnis

Stand: 10.4.2023

Seite	Jahr	Autoren	Titel
1	2022	Herrmann	Das Ende des Kapitalismus
5	2022	Randers et al.	Earth for All
14	2022	Wiegandt et al.	3 Grad mehr
15	2022	Lepenies	Verbot und Verzicht
19	2021	Dörre	Die Utopie des Sozialismus
23	2021	Mann	Propagandaschlacht ums Klima
25	2020	Schmelzer et al.	Zukunft für alle
27	2020	Riexinger	System Change
30	2020	Folkers / Paech	All you need is less
36	2020	Berg	Ist Nachhaltigkeit utopisch?
44	2020	Göpel	Unsere Welt neu denken
46	2020	Grießhammer	#klimaretten.
48	2020	Banerjee / Duflo	Gute Ökonomie für harte Zeiten
54	2019	Kopatz	Schluss mit der Ökomoral!
56	2019	Kessler	Die Kunst, den Kapitalismus zu verändern.
57	2019	Binswanger	Der Wachstumszwang
58	2019	Welzer	Alles könnte anders sein
61	2017	von Weizsäcker	Wir sind dran!
62	2017	Peukert	Das Moneyfest
65	2016	Randers / Maxton	Ein Prozent ist genug
66	2016	Kopatz	Ökoroutine
67	2015	Piketty	Die Schlacht um den Euro
69	2013	Hunecke	Psychologie der Nachhaltigkeit
70	2012	Paech	Befreiung vom Überfluss

## **Ulrike Herrmann: Das Ende des Kapitalismus. Warum Wachstum und Klimaschutz nicht vereinbar sind – und wie wir in Zukunft leben werden**

Ulrike Herrmann ist eine der kompetentesten Wirtschaftsjournalisten, weil sie wohlüberlegt nicht blindlings der Mainstream-Ökonomie hinterherläuft. Im Gegenteil: brillant, aber gnadenlos entlarvt sie immer wieder deren Unzulänglichkeiten. Ihre

Artikel in der taz sind stets höchst aufschlussreich, und das gilt - vornweg gesagt - auch für dieses Buch (341 S.), das gleich in die SPIEGEL-Bestsellerliste gestürmt ist. Das liegt auch daran, dass die Autorin die nicht immer leicht zu durchschauenden Zusammenhänge sehr verständlich zu erläutern und auf den Punkt zu bringen versteht und dadurch die weitverbreitete Scheu, sich intensiv mit ökonomischen Fragen zu befassen, offenkundig immer wieder erfolgreich bekämpft.

Eingeteilt in 20 handliche Kapitel, ist das Buch ein Parforce-Ritt durch die aktuell kursierenden Ideen zum Klimawandel und trennt die Spreu vom Weizen. Der Schwerpunkt liegt natürlich auf der Ökonomie, weil dort die entscheidenden Weichenstellungen und disruptiven Veränderungen stattfinden werden.

Zunächst wird eine Geschichte des Kapitalismus skizziert und nicht mit Lob geizt, denn bis zum Beginn in Großbritannien gab es nirgendwo breites Wachstum und Wohlstand, der auch immaterielle Errungenschaften wie Bildung und Gesundheit gefördert habe. Auch die Entwicklung der Energie-Gewinnung wird beschrieben, die ehemals nur aus der Verbrennung von Holz bestand; heute nutzen wir in Europa 20-mal so viel Energie wie - rein theoretisch - durch Waldverbrennung möglich wäre. Schon vor 1939 hatte Deutschland ein Pro-Kopf-Einkommen wie heute Südafrika, der Iran oder Tunesien; ab etwa 1950 ereignete sich in ganz Europa eine Art "Wirtschaftswunder". Allerdings setzte bald eine Tendenz zur Machtkonzentration ein: eine zunehmende Kartellbildung und eine massive Risiko-Absicherung für Investitionen durch den Staat (z.B. Bürgschaften) widerlegen die Legende vom perfekten Wettbewerb. Nur 0,7% aller Firmen sind Großkonzerne, sie kontrollieren aber zwei Drittel des Umsatzes.

In einem Teufelskreis zwischen Armut und zu niedriger Produktivität steckt der Globale Süden; selbst die Schwellenländer hinken bei letzterer um den Faktor 1:5 hinterher. Ein Aufbruch wird erschwert, weil die funktionierenden wirtschaftlichen Einheiten (Fabriken) zusehends größer sein müssen als früher. Die Mächtigen fordern dogmatisch den Freihandel und verweigern den armen Staaten gezielt den aufholenden Protektionismus; etliche asiatische Staaten haben den Anschluss geschafft, indem sie den westlichen Protektionismus des 19. Jahrhunderts erfolgreich kopiert haben. Faire Lieferkettengesetze und eine ebensolche internationale Steuerpolitik könnten helfen, mindestens für die Sicherstellung der armutsbeseitigenden Basics.

Die Vermutung, der Kapitalismus habe auch ohne Ausbeutung und Kriege funktionieren können (was er allerdings nicht getan hat), macht die Autorin etwa an der Tatsache fest, dass in den USA vor allem der Norden industrialisiert worden sei, wo es kaum Sklaverei gegeben habe.

Der Wachstumszwang des Kapitalismus hat schon immer auch zur Propagierung von Umweltsünden geführt, etwa in der Finanzkrise zu Verschrottung und Neukauf von Autos. Dabei geht es bei den Rezessionen übrigens nicht etwa darum, dass notwendige Güter fehlen, sondern nur - um Arbeitsplätze. Das Ergebnis dieser dauerhaften ökologischen Rücksichtslosigkeit hat dazu geführt, dass das 1,5°-Ziel zwar noch physikalisch (also: theoretisch), aber nicht mehr politisch (also: praktisch) erreichbar ist. Schon in der letzten "kleinen" Eiszeit, während der in Holland die Grachten und in Venedig die Kanäle zugefroren sind, hat sich gezeigt, wie folgenreich bereits geringe Änderungen bei den Durchschnittstemperaturen sind.

Das 12 000 Jahre andauernde Holozän, das vermutlich mit seiner Stabilität noch bis zu 50 000 Jahre hätte anhalten können, ist verspielt; die aktuelle Erwärmung verläuft beispiellos schnell. Und wir wissen noch nicht einmal genau, ob wir alle Risiken kennen und richtig einschätzen. Weltweit fürchten fast 50% der Befragten die Ausrottung der Menschheit durch den Klimawandel. (*... und sind möglicherweise zu keinerlei Anstrengungen mehr bereit - vielleicht die schlimmste Bedrohung von allen!*)

Ulrike Herrmann hält "Worst-Case-Szenarien" für nicht wahrscheinlich, weil sie doch schon viele Erkenntnisse und auch Weichenstellungen beobachtet hat, die dagegensprechen (ohne sie detailliert auszuführen). Aber sie warnt auch vor Irrwegen, etwa der unsicheren, unwirtschaftlichen und ressourcenabhängigen Atomenergie. Aber auch Sonne und Wind, die natürlich vorzuziehen sind, haben ihre Tücken. Der "grüne Wasserstoff" gibt keinen Anlass für Euphorie, die Stromspeicher entwickeln sich zu einer bedenklichen Materialschlacht, auch Pumpspeicher gibt es zu wenig, und das Lastmanagement der "Dunkelflauten" ist nicht trivial.

Die Energiewende wird nicht billig zu haben sein. Prognosen sind schwierig und häufig willkürlich gemäß den Intentionen der Propagandisten. Viele fortschrittliche aktuellen Produkte führen noch ein Nischendasein. Der Rohstoffbedarf wird explodieren, Lithium z.B. bis 2040 auf das 42-fache. Das Recycling steckt noch in den Kinderschuhen; bis 2040 wird wohl kaum mehr als eine Quote von 10% erreicht. Das alles wird möglicherweise zu beschränkendem Mangel führen, mindestens aber zu Verteuerungen, denn 70% des Endpreises von Batterien rührt vom Ressourcenbedarf. Bei großen e-Autos werden für ihre Herstellung mehr CO<sub>2</sub>-Emissionen freigesetzt als es ein sparsamer Verbrenner auf 100 000 km Fahrstrecke tut. Ökostrom wird knapp und teuer bleiben, also nicht im Überfluss zur Verfügung stehen. Radikales Energiesparen ist angesagt.

Synthetische Kraftstoffe sind unausgereift und auf jeden Fall energieintensiv. Alle Trickserien scheitern, Flugreisen grün zu rechnen. Der Verzicht ist unabweisbar. Sie emittieren zwar "nur" 3% der CO<sub>2</sub>-Äquivalente, verursachen aber wegen der Verbrennung in der Höhe 10% der Schäden, und das als Luxus-Vergnügen von maximal 10% der Weltbevölkerung. Allein Bill Gates produziert pro Jahr per Privatjet 1600 t. Es heißt, er wolle jetzt "nachhaltiges" Kerosin für einen um den Faktor 2,5 teureren Preis verwenden. Das ist deshalb erwähnenswert, weil es zeigt, wie die Superreichen ticken: sie glauben, das Problem durch ihr Geld zuzukleistern zu können.

Der Schiffsverkehr (3% der Treibhausgase) befördert zu 43 % Öl, Gas und Kohle. Bei Zement und Beton (7% Treibhausgase) gibt nicht viel zu begrünen. Der natürliche Alternativstoff Holz steht quantitativ unter Druck: durchs Klima selbst und die Konkurrenz zu Ackerflächen (Biosprit, Tierzucht ...). Der (fruchtbare) Boden wird immer weiter zurückgedrängt (täglich 60 ha in Deutschland) und entfällt dadurch als CO<sub>2</sub>-Speicher. Entsiegelter Boden braucht ewig lang bis zur Bildung von 1 cm Humus. Deutschland will bis 2030 die Verluste durch Versiegelung auf null herunterfahren, aber der Flächenfraß geht derzeit ungebremst weiter, und jeder Hinweis in Richtung "Ein Neubau ist Umweltfrevel" führt zu Hass-Tiraden. Derweil gibt es statistisch 2,3 Millionen leerstehende Wohnungen, die vermutlich der preistreibenden Verknappung dienen.

Die intensive Landwirtschaft ist - keineswegs nur wegen der exzessiven Fleischproduktion - der Ort, an dem massive Umgestaltung vonnöten ist. Zwischen

21 und 37% liegen die Treibhausgase, darunter auch solche wie Methan und Lachgas, deren Schadenspotential pro Gewichtseinheit das von CO<sub>2</sub> gewaltig übersteigt. Hier, wo in Deutschland auf die heute nur noch 287 000 Vollzeitarbeitsplätze jeweils für 600 000 € Maschinen kommen, bringt die gebotene Abrüstung übrigens auch neue Arbeitsmöglichkeiten.

Es gibt nach wie vor keine absolute Entkopplung zwischen Wachstum und Ressourcenverbrauch, nirgends. Klimaneutralität funktioniert nur mit weniger Gütern, und das ist entgegen dem weitverbreiteten Narrativ kein "grünes Wachstum", sondern "grünes Schrumpfen". Da die gesellschaftlichen Aufgaben derzeit aus dem Wachstum finanziert werden, sind auch dort Abstriche nötig. Stattdessen verkünden Institute wie Agora und das Potsdam-Institut Wachstumsraten von 1,3 bis 2,4%: alles aus der Luft gegriffene Wohlfühl-Propaganda; sie räumen ihre unseriösen Ansätze, um den Klimaschutz in einen "positiven Business-Case" gesundzubeten, teilweise sogar selbst ein. Mit schrumpfendem BIP, für das jeder Deutsche 75% seines persönlichen Ressourcenverbrauchs von 30 t pro Jahr einsparen muss, entsteht einfach kein wie auch immer lackiertes Wachstum.

Auch Innovationen und Digitalisierungen, die meistens energieintensiv sind, retten das "grüne Wachstum" nicht; zukünftige Phantasien kommen zu spät; nur das hilft, was jetzt existent ist. Auch eine Art "immaterielles Wachstum" ist nicht zu erzielen, solange Geld über den Gegenwert von Gütern funktioniert. Wenn letzterer entfällt, droht die Entwertung von 8 Billionen Geldvermögen allein in Deutschland, Aktien wie sonstige Ersparnisse sind betroffen, Banken und Versicherungen ebenso.

Das Grund-Dilemma: die Ökonomie wird nur durch Schrumpfen klimaneutral, kann dann aber den "ökologischen Umbau" kaum noch finanzieren, vermutlich noch nicht einmal ein "Bedingungsloses Grundeinkommen". Und während eine Rezession als vorübergehend gilt, muss die Postwachstumsgesellschaft auf Dauer Bestand haben. Eine Transformation dorthin kann nur erfolgreich sein, wenn jeder Bürger eine realistische Vorstellung haben kann, wie und wovon er leben wird. Hier klafft noch eine nicht unerhebliche Erkenntnis-Lücke.

Und was machen die Ökonomen? Ulrike Herrmann konstatiert lapidar das Versagen auf breiter Front. Die Keynesianer können Krisen nur mit Wachstum bekämpfen und setzen, ebenso wie die Neoklassiker, fast schon verzweifelt auf das illusionäre "grüne Wachstum" (wie die meisten Bundestagsparteien). Sie verharren in ihrer Preis-Fixiertheit mit dem Aberglauben, abschreckende Preise würden automatisch gute Lösungen generieren (nun ja; vielleicht auch den Kollaps?). Sie propagieren immer noch den CO<sub>2</sub>-Emissionshandel, als hätten etwa hohe Sprit-Steuern jemals den Autoverkehr reduziert. Auch "Ökosteuern" aller Art werden immer das Wachstum schonen, also nie in wirklich abschreckender Höhe festgesetzt. Bei den sog. "indirekten Subventionen", also z.B. der Übernahme von industriellen Umweltschäden durch den Staat, wird so getan, als ginge es um Geld, das man einbehalten und anderweitig verteilen könne. Kann man nicht - und wenn es der Staat zu 100% bei den Verursachern belassen würde, könnte das deren Geschäftsmodell - siehe oben - wiederum in den Kollaps treiben.

In einem Exkurs beschreibt die Autorin nochmals die britische Kriegswirtschaft während des 2. Weltkriegs, die sie schon in vielen Vorträgen dargestellt hat. Es war eine Art Planwirtschaft ohne Abschaffung des privaten Eigentums an

Produktionsmitteln. Etwas Ähnliches - keineswegs dasselbe, weil die äußeren Umstände doch sehr unterschiedlich sind - skizziert sie auch im abschließenden Kapitel über ihre Zukunftsvorstellungen.

Der vordringlichste Paradigmenwechsel betrifft ein antiquiertes Freiheitsverständnis, wie sie ihn beispielhaft aus dem Munde des Grünen Anton Hofreiter zitiert. Wir können nicht mehr leben, wie wir wollen, sondern nur noch, wie wir können. Weil wir das Holozän verlassen haben, gibt es bestimmte Freiheiten schlicht nicht mehr. Die Natur bestimmt, was wachsen kann, nicht das Wachstum bestimmt, was von der Natur übrigbleiben darf. Wir weltfremden Träumer verabscheuen jegliche Form von Rationierung, jeder kleinsten Beschränkung springt eine Phalanx hetzerischer Betonköpfe entgegen. Aber die CO<sub>2</sub>-Budgetierung ist unvermeidlich, ob wir wollen oder nicht; unseren 11,3 t pro Kopf und Jahr stehen andere mit weit unter 1 t (Malawi 0,1 t) gegenüber. Auch Indien, das riesige Indien, liegt pro Kopf noch weit hinter uns - Katar mit 32 t weit vorn. Aber unser reichstes 1% kommt auf 115 t, die ärmsten 50% erreichen 6 t. Die Briten im Krieg haben "funktioniert", weil alle gleichermaßen Opfer bringen mussten. Der Schriftsteller George Orwell sagte 1940: "Die Lady im Rolls Royce lädiert den Kampfgeist mehr als eine ganze Flotte von Görings Flugzeugsbomben." Nur so kann das auch in unserem "Krieg" funktionieren: mit flächendeckender Solidarität.

Ohnehin werden - selbst wenn sich die Betonköpfe noch länger durchsetzen sollten - die Dürrephasen zunehmen und z.B. eine Wasser-Rationierung erzwingen. Und auch sonst wird es nicht ohne massives Eingreifen des Staates gehen, der in der Pandemie mit Milliardenhilfe "den Markt" gerettet hat, während der DAX um 40% eingebrochen ist. Das sehen sogar so zweifelhafte Protagonisten wie Bill Gates ein. Der Staat muss z.B. die durch das Branchensterben entstehende Arbeitslosigkeit sozial auffangen. Er soll, so die Autorin, eine "Überlebenswirtschaft" nach dem britischen Vorbild steuern, in der er festlegt, was noch produziert und wie es verteilt wird, aber er lässt das Privateigentum bestehen. Auch die Eliten leben in einer fairen Gesellschaft länger. Vielleicht weil weniger und gesünder gegessen wird und die 11% Todesfälle durch Übergewicht allmählich vollständig verschwinden.

**Fazit:**

*Obwohl das Buch noch mehr Gedanken enthält als hier aufgeführt worden sind, können natürlich nicht alle Fragen geklärt werden. Für die staatliche Planungsstrategie - wir erinnern uns an die Fehlschläger "realsozialistischen" Länder - hätte man sich z.B. eine genauere Darlegung gewünscht. Man kann auch einige Einschätzungen anders vornehmen oder gewichten. Auf jeden Fall gewinnt man aber eine gut lesbare Übersicht über den "State of the Art", der vermutlich auch zum Einstieg in den Themenkomplex geeignet ist.*

Rolf Oesterlein, 3.4.2023

---

**Erscheinungsdatum: 6.9.2022**

**Jørgen Randers et al.: Earth for all. Ein Survivalguide für unseren Planeten. Der neue Bericht an den Club of Rome**

(Die Normalschrift stellt die Zusammenfassung der Ausführungen des Autors dar; Ergänzungen und Wertungen des Rezensenten sind in *Kursivschrift* gesetzt.)

Um das Buch richtig einzuordnen, muss man mit dem Anhang auf S. 227 anfangen. In den 50 Jahren nach dem legendären Werk "Die Grenzen des Wachstums" hat das damalige Wissenschaftler-Team, ergänzt um zahlreiche frische Kräfte, die jenem Startschuss zugrundeliegende Computer-Modellierung in mehreren Arbeitsschüben weiterentwickelt. In den Jahren 1992, 2004, 2012, 2016 und 2018 folgten weitere Veröffentlichungen. 2011 begannen Jørgen Randers - der von Anfang an dabei war, 1972 als junger Doktorand - und andere mit der Schaffung eines "systemdynamischen Modells des Klimawandels", das nun unter der Bezeichnung "Earth4All" allen Forschenden zur Verfügung steht.

Das vorliegende Buch ist eine Zusammenfassung dessen, was bisher auf der Grundlage dieses Modells an Erkenntnissen gewonnen worden ist und was das für die Zukunft des Planeten bedeutet. Von den unzähligen Szenarien, die man aus der computergestützten Nutzung eines solchen Modells gewinnen kann, werden zwei exemplarisch dargestellt: ein Szenario des Versagens, wenn die getroffenen Maßnahmen zu wirkungsarm bleiben, weil sie zu gering ausfallen oder zu spät kommen ("Too Little - Too Late"), und ein wünschenswertes Szenario, in dem die Maßnahmen zwar einen gewaltigen Sprung erfordern, aber zu einer lebenswerten Zukunft führen ("Giant Leap"). Es werden jeweils die ergriffenen (teilweise auch die versäumten) Maßnahmen und ihre Auswirkungen beschrieben.

Bei dieser Darstellung hat das Verfasser-Kollektiv großen Wert darauf gelegt, dass das Buch allgemeinverständlich bleibt. Die erste Entscheidung für dieses Ziel war die Begrenzung des Umfangs auf 250 Seiten. *Deshalb kann man nicht erwarten, dass hier die detaillierten Blaupausen für konkretes politisch-ökonomisches Politiker-Handeln zur Lösung aller anstehenden Probleme versammelt sind, aber doch die zielführenden Prinzipien für eine lebenswerte Zukunft, so wie es der Buchtitel verspricht.*

Die Forscher haben ihr Modell zunächst mit allen Daten aus den Jahren 1980 bis 2020 gefüttert, die für die zukünftige Entwicklung relevant sind. Mit diesem Erfahrungsschatz haben sie eine Bestandsaufnahme skizziert, die sich - themenbezogen - durch das ganze Buch zieht. Klimatisch sind wir dabei, die über 10 000 Jahre andauernde Phase der Stabilität, in der die durchschnittliche Welt-Temperatur nie um mehr als  $\pm 1^\circ \text{C}$  schwankte, zu verlassen (Übergang vom Holozän zum Anthropozän). Es ist aber offenkundig, dass eine menschliche Zivilisation wie die bisherige nur unter vergleichbar stabilen klimatischen Verhältnissen überleben kann. Seit 2009 werden zunehmend Überschreitungen planetarer Grenzen konstatiert.

Was zu erwarten ist, zeigt das Szenario "Too little, too late" mit den nicht ausreichenden Maßnahmen: Nachhaltigkeit bleibt ein reines Objekt der Rhetorik. Wachsende Bevölkerungsgruppen leiden verstärkt unter Hitzewellen, katastrophalen Dürrephasen und Überschwemmungen, die zu Ernteauffällen mit der Gefahr von Kipp-Punkten & Irreversibilität führen. Ab 2050 steigt die Wahrscheinlichkeit für einen ökologisch-gesellschaftlichen Kollaps. Der technische Fortschritt führt zu prekären Verhältnissen. Es gibt starke regionale Ungleichheiten. Im subsaharischen Afrika verstärkt sich das Bevölkerungswachstum, das zu dramatisch ansteigender Klima-Migration führt. Unsicherheit und Spannungen führen zu Staatszerfall. Ressourcen-

Konflikte (Trinkwasser, Nahrungsmittel) eskalieren zu Handelskriegen und dem Zusammenbruch der Versorgungsketten. Bis 2075 klettert der Temperatur-Anstieg auf 2,4° C, und die Zonen der Unbewohnbarkeit weiten sich immer weiter aus. Jedoch: insgesamt ist die Menschheit - reicher.

Natürlich widmet sich das Buch nun intensiv dem positiven Szenario "Giant Leap". Es werden 5 gravierende "Kehrtwenden" identifiziert, die für ein erfolgreiches Umsteuern unerlässlich sind:

1. Abschaffung der Armut
2. Abschaffung der Ungleichheit
3. Gleichberechtigung und Frauen-Empowerment
4. Aufbau eines gesunden und nachhaltigen Ernährungssystems
5. Bereitstellung sauberer Energie

Man mag in dieser Auflistung die Ökonomie vermissen. Das Forscherteam jedoch verortet jeden dieser 5 "Hebel der Veränderung" im Wirtschaftssystem, das heißt, das ganze Vorhaben ist eine gewaltige Umgestaltung desselben (wobei die Autoren die Begriffe "Reform" und "Revolution" offenbar synonym verwenden); deshalb widmen sie einem neuen "wirtschaftlichen Betriebssystem" doch auch ein eigenes Kapitel.

Schon die Beendigung der **Armut** lässt sich offenkundig nicht ohne Eingriffe ins ökonomische System angehen. Das ist längst bekannt und hätte auch längst - ohne jeden Gedanken an irgendwelche Klima-Probleme - gelöst werden können. Jetzt aber kommen zu den bereits bestehenden moralischen Argumenten weitere hinzu: Die 1 Mrd. Reichsten (oder: die 20 reichsten Länder) verbrauchen 72% aller Ressourcen, die 1,2 Mrd. Ärmsten nur 1% - leiden aber viel stärker unter den klimatischen Katastrophen. In den armen Ländern konkurriert die Bekämpfung von Armut mit jener des Klimawandels. Das globale Wirtschaftssystem zwingt diese Länder zur Öffnung für ausländische Kapitalströme, die nichts verbessern, aber ihnen einen Schuldendienst aufzwingen, der höher ist als die Ausgaben gegen die Klima-Probleme. Im Klartext: die westlichen "Investoren" behindern ein weltweites Umsteuern beim Klimaschutz, was ihnen selbst hierzulande als Bumerang um die Ohren fliegt. Außerdem sorgt die destruktive Handelsarchitektur dafür, dass reiche Länder ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen, die für die Konsumgüter ihrer Bevölkerung anfallen (z.B. Textilien), exportieren - und wer sich im Globalen Süden dagegen wehrt, wird als "Freihandelsfeind" verklagt.

In der westlichen Öffentlichkeit wird den Armutsbekämpfern gern vorgehalten, dass deren Ziel den Konsum der bis dato Armen erhöhen und damit das Klima zusätzlich belasten würde. Angesichts von Studien, die bei einer Abschaffung der extremen Armut (bis 1,9 \$ pro Tag) einen CO<sub>2</sub>-Anstieg von weniger als 1% feststellen, wird die Heuchelei der hiesigen Umweltfrevler überdeutlich. Der "Club of Rome" postuliert folgerichtig, dass den armen Ländern ein jährliches nachhaltiges Wachstum des Bruttoinlandprodukts (BIP) von 5% zuzugestehen ist, bis sie 15 000 \$ pro Kopf erreicht haben. Ihr Handlungsspielraum muss erhöht werden, z.B. durch einen Schuldenschnitt und angemessen hohe international gültige Unternehmenssteuern, die auch ihre Einnahmen erhöhen. Sie müssen ihre neuen Industrien schützen können, so wie das die heute reichen Länder in ihren ökonomischen Anfängen auch getan haben, um so die aus Klimagründen erwünschte Regionalisierung und Verkürzung der Lieferketten auch bei sich realisieren zu können.

Für die CO<sub>2</sub>-Emissionen ist das Verursacherprinzip einzuführen. Die Herkunftsländer der multinationalen Konzerne sind für deren Wirken verantwortlich und haben sie regulatorisch "an die Kette" zu legen. Das heißt auch, die restriktiven Gesetze bezüglich des "geistigen Eigentums" (Patentrecht; vgl. z.B. Pandemie-Impfstoffe) abzuschaffen, die den Technologie-Transfer massiv behindern.

Schon hier wird klar, dass die aktuelle globale Finanzarchitektur, die zeitweise für stabile Verhältnisse gesorgt haben mag, überholt und für das Anthropozän nicht mehr tauglich ist. Es sind radikale Änderungen notwendig gegen schädliche Markt- und Wachstumsmodelle, gegen Regulierungsfeindlichkeit, gegen den Globalen Süden tyrannisierende internationale Institutionen, gegen Korruption, gegen Verträge mit Schiedsgerichten - kurz gegen alle "Errungenschaften", die die Abkehr von unökologischen Praktiken erschweren. Die (weltpolitische) Macht wird sich dabei notwendigerweise vom Westen weg in Richtung einer Weltgemeinschaft bewegen.

Die Armut wird bis hierher überwiegend als globales Problem betrachtet, gilt aber auch innenpolitisch als einer der Treiber für die hier ebenfalls schädliche Ungleichheit. Weltweit besitzen 10% Reiche 76% des "Wohlstands", 50% Arme nur 2%. In den USA hat das Verhältnis der Chef-Gehälter zum Durchschnittsgehalt aller Angestellten im Jahr 1965 21:1 betragen, im Jahr 2020 jedoch 352:1. Ungleichheit führt zu schwindendem Vertrauen, zu sozialen Spannungen und politischer Destabilisierung. Die Rettung maroder Banken auf Kosten der Allgemeinheit erzeugt Ungerechtigkeitsgefühle mit Hang zum Populismus, der in Frankreich nach jahrelanger Stagnation und Deprivation zu den "Gelbwesten"-Aufständen geführt hat; auch die USA sind spätestens seit Trumps Präsidentschaft ein weiteres eklatantes Beispiel.

Das herrschende Wirtschaftsmodell fördert und verstärkt die **Ungleichheit**. Der Konstruktionsfehler: Die Vermögen akkumulieren sich rascher als die Einnahmen aus Arbeitseinkommen. Superreichtum ist ein politischer Machtfaktor, weshalb sich die Situation weiter verschlechtert.

All das trifft - wie bei der weltweiten Ungerechtigkeit - auch ohne Klima-Problematik zu. Aber: 1% der Reichen produzieren 15% der fossilen Emissionen - auf Kosten der anderen. Da haben wir den Zusammenhang. Eine Folge der Ungleichheit ist die Nachahmung. Das Status-Denken ist zwar ein "Idiotenspiel", denn natürlich kann nicht jeder mehr haben als alle anderen. Aber es führt dennoch zum schädlichen Überkonsum, der - "ungestört" hochgerechnet - bis 2060 eine Verdoppelung des Materialverbrauchs bewirkt.

Umverteilung ist somit für die Forschenden "nicht verhandelbar". Ihr Ziel: wenn 10% über weniger als 40% des Nationaleinkommens verfügen, halten sie das für ein noch erträgliches Ausmaß an Ungleichheit. Erreicht werden soll dies durch eine "Demokratisierung der Wirtschaft", die auf 3 Schwerpunkte abzielt: Steuerprogression, Stärkung der Arbeitnehmerrechte, Verteilung einer "Grunddividende".

Die Steuerprogression soll Einkommen, Erbschaften und die Vermögen umfassen. Schlupflöcher und Steueroasen sind zu schließen. Multinationale Steuerflucht wird unterbunden, eine angemessene globale Mindeststeuer durchgesetzt. Die



Arbeitnehmerrechte sollen durch eine Stärkung der Gewerkschaften (Flächentarifverträge) und häufigere Miteigentümerschaft verbessert werden. Dem Konzept der Grunddividende liegt eine konsequente Forcierung des Gemeingüter-Prinzips zugrunde. Als solche zählen eine Fülle von Objekten, z.B. fossile Brennstoffe, Land, Süßwasser, Meere, Rohstoffe, Atmosphäre, Daten, Wissen. Ihre (private) Nutzung wird mit Abgaben belegt, die in einen "Bürgerfonds" fließen, aus dem die soziale Steuerungsgröße "Grunddividende für alle" gespeist wird.

Die Umgestaltung des Wirtschaftssystems wird im eigenen Kapitel noch etwas detaillierter beschrieben. Obwohl die Autoren mit Verweis auf die skandinavischen Länder feststellen, dass auch bei Reichen eine geringere Ungleichheit für ein besseres Gefühl sorgt, ist ihnen klar, dass eine Demokratisierung der Wirtschaft heftige Widerstände bei jenen Reichen und Mächtigen auslösen wird, die Ungleichheit gemäß der herrschenden neoliberalen Ideologie als "naturgegebene Ordnung" verteidigen (*siehe ausführlich bei Lepenies [Bücherliste und Kommentare]*). *Vage Hinweise im Buch auf ehrenwerte "patriotische Millionäre" wirken in diesem Zusammenhang eher naiv. Realistischer erscheint da die Einschätzung, dass ein fehlendes Sicherheitsnetz für die Mehrheit der Bevölkerung diese in die Arme von Populisten und schlimmeren Rattenfängern treiben kann, die die Transformation als neue Bereicherungsmaschine der Eliten ablehnen. Das ist eine der wechselseitigen Abhängigkeiten (Interdependenzen) zwischen den 5 Kehrtwenden, die nicht einzeln erfolgreich sein können, sondern nur gemeinsam zum Ziel führen.*

Das weltweite **Empowerment der Frauen** ist - zusammen mit Bildung, Gesundheit und wirtschaftlicher Sicherheit (auch im Rentenalter) - für die Forscher der Schlüssel zur Stabilisierung der Weltbevölkerung. Nachdem die globale Fertilität 2020 bereits unter 2 Kindern pro Frau lag, gehen sie davon aus, dass etwa 2050 der Peak bei 9 Mrd. erreicht sein sollte und sich nach einem Rückgang die Zahl bei etwa 6 Mrd. einpendeln wird. Für das "Giant-Leap"- Szenario muss hier eine Beschleunigung stattfinden. Dazu gilt es eine Fülle von Hindernissen aus dem Weg zu räumen. Es gibt immer noch Länder ohne kostenlosen Schul-Zugang, mit fehlenden Einsatzgebieten für gut ausgebildete Frauen (und Männer), mit systematischer Diskriminierung von Mädchen und Frauen - und natürlich fehlender wirtschaftlicher Sicherheit, die schon bei den beiden ersten "Kehrtwenden" störend aufgefallen ist.

Die aktuelle Nahrungsmittel-Produktion bedroht die Einhaltung der planetaren Grenzen erheblich: durch Treibhausgase, Entwaldung, Verlust der Biodiversität, Süßwasserverbrauch, Düngemittel. Und muss - laut FAO-Schätzung für das "Business as usual" - bis 2050 etwa 50% mehr produzieren. Die ungesunde westliche Ernährung sorgt dafür, dass sich Unterernährung (ca. 820 Mio Menschen) und Übergewicht (ca. 2 Mrd. Menschen) gegenüberstehen - beides unter der Drohung lebensgefährlicher Auswirkungen, denn 8% der weltweiten Todesfälle stehen im Zusammenhang mit Adiposität. In der Biosphäre leben 15 mal so viele Nutz-Säugetiere wie Wild-Säugetiere. Die Abhängigkeit von einem unsicheren Welthandelssystem könnte - selbst ohne Kriege *wie der gegen den Getreide-Produzenten Ukraine* - bis 2050 klimabedingt um ein Drittel steigen; Wetter-Extreme könnten noch schlimmere Folgen haben, etwa massive Ernteaufschläge. Wir leisten uns eine riesige Lebensmittelverschwendung, die weltweit 6 % aller Treibhausgase produziert.

Eine **"Revolutionierung" der Landwirtschaft** ist unumgänglich. Sie muss von einer CO<sub>2</sub>-Emittentin zur CO<sub>2</sub>-Senke werden. Es muss mit weniger Aufwand mehr erreicht werden, z.B. mit einem geringeren Flächenverbrauch: 50% des Planeten sollten unter Naturschutz gestellt werden. Der Überkonsum von Fleisch & Milch muss lokal reduziert werden, aber eine vollständige Umstellung auf vegan oder vegetarisch ist auch bei 9 Mrd. Weltbevölkerung nicht erforderlich. Die Verschwendung muss für das Szenario "Giant Leap" um mindestens 30% reduziert werden; die unvermeidbaren Abfälle kann man immer noch zu Biogas verarbeiten.

*Die Beschreibung der notwendigen Umstrukturierungen bleibt auf einem recht allgemeinen Level. Klar, Subventionen & Regulierungen müssen auf die Umstellungsziele ausgerichtet, die Arbeitskräfte rechtlich & sozial abgesichert werden. Aber es wird nicht klar, ob es irgendwo - etwa in der Fachliteratur - ausgearbeitete Konzepte gibt. Einige Ansätze sind auch nicht überzeugend, etwa die Hoffnung auf eine "exponentielle" Technisierung (Traktoren mit GPS) statt einer personalintensiven Demechanisierung; da scheint der Blick auf den ökologischen Fußabdruck gelegentlich unterblieben zu sein. Vielleicht setzen die Autoren - viele Naturwissenschaftler unter ihnen - überhaupt zu sehr auf revolutionäre Durchbrüche bei "KI, Robotik, Vernetzung, Biotechnologie". Die Agrarmonopole, die es an die Kette zu legen gilt, sollen auch nicht alle, sondern nur "einen größeren Teil" der Externalitäten (von ihnen verursachte ökologische Kosten) übernehmen.*

Betont wird hingegen, dass weder der Einzelne noch die Märkte - wie bei allen "Kehrtwenden" - das staatliche Eingreifen ersetzen können, insbesondere deshalb nicht, weil die fundamentalen Veränderungen allesamt disruptiv vonstatten gehen werden und daher soziale Sicherheitsnetze erfordern. Es soll ein "Food System Stability Board" geschaffen werden, nach dem Vorbild des „Financial Stability Board“ der G20, der nach Ansicht des Autorenteam die Stabilität des Finanzsystems erhöht hat, weil es in der Pandemie nicht wieder einen Crash gegeben hat. *Da von irgendwelchen Sanktionsbefugnissen für das neue Gremium keine Rede ist, erschließt sich nicht, wie es z.B. "Preisschocks" verhindern könnte in einem möglicherweise nach wie vor neoliberalen Wirtschaftssystem.*

Nicht verschwiegen werden auch die Hindernisse, etwa die Umstellungskosten und die Existenzsicherung der Landwirte. Allerdings wurden zur Pandemie-Bekämpfung weltweit etwa 10% des BSP (Bruttosozialprodukt) ausgegeben, während eine resiliente Zivilisation - wenn wir sie denn schon allen Hindernissen zum Trotz realisiert hätten - nur 2-4% erfordern würde. Am gravierendsten - und hier kommt dann doch wieder der Einzelne ins Spiel - ist jedoch der Teufelskreis zwischen uneinsichtigem Konsumentenverhalten und feigen Regierungen, in dem sich die Angst vor Veränderungen hochschaukelt. *Dessen Durchbrechung kann man mit Modellrechnungen natürlich nicht bewerkstelligen.*

Relativ einfach sind die Erfordernisse für **saubere Energie** zu beschreiben. *Einiges ist da ja auch schon auf den Weg gebracht worden.* Die Elektrifizierung von fast allem und der exponentielle Anstieg von erneuerbaren Energieformen, auch grünem Wasserstoff, werden postuliert. Allein die Effizienzausschöpfung kann den Energiebedarf bis 2050 um 40% reduzieren. *Zu euphorisch erscheint die (nicht quantifizierte) Aussage, dass "Energie im Überfluss" bereitstehen werde, wenn alle Pläne realisiert werden.* Öffentliche Massentransportmittel, weniger & kleinere E-Autos, geringer Konsum, Kreislaufwirtschaft werden benötigt; eine Reduzierung der Mobilität wird nicht erwähnt. Aber es wird doch auf die Gefahr hingewiesen, dass das

vergleichsweise geringe CO<sub>2</sub> - Rest-Budget der Menschheit widersinnigerweise durch Privatjets aufgebraucht werden könnte (*mit denen z.B. ein Parteivorsitzender seine Hochzeitsgäste auf eine Insel ankarren lässt*).

Für den Globalen Süden muss der Norden nicht näher spezifizierte Finanzierungshilfen leisten und die bisher gepflegte Praxis der Nichteinhaltung von Zusagen überwinden. Auch einige allgemeine regulatorischen Maßnahmen werden genannt; erneut auch die Abschaffung des WHO-Rechtssystems "geistiges Eigentum" zwecks Intensivierung des Technologie-Transfers: keine Wissensmonopole, keine Renten-Dominanz, alles ist dem Gemeinwohl unterzuordnen. CO<sub>2</sub> - intensive Branchen werden kollabieren; das beendet den Bedarf an globaler Logistik (Transport), macht Milliarden Hektar Land frei verfügbar, regeneriert Ozeane und reduziert die Luftverschmutzung.

Das seit 30 Jahren zu beobachtende Nichtfunktionieren des CO<sub>2</sub> - Emissionshandels muss überwunden werden, Regierungen mit unambitionierten Zielen oder gar fossilen Subventionen müssen bekämpft werden. Die Zurückhaltung der Bevölkerung in dieser Angelegenheit liegt angeblich an der Furcht vor finanzieller Überforderung, *was aber für die unbelehrbaren Fetischisten für ungehemmte SUV-Nutzung, Vollgas trotz Inflation & Fernreise-Luxus eher nicht zutrifft*.

Nun muss alles, was zu den 5 Kehrtwenden gesagt worden ist, noch in ein systemisch zusammenpassendes "**wirtschaftliches Betriebssystem**" gepackt werden. Das spuckt die Modellrechnung zwar nicht automatisch aus, sie kann aber wertvolle Hinweise liefern.

Basis für das neue "Spielbrett" der Ökonomie sind die Gemeingüter, die einen neuen Wachstumsbegriff definieren sollen. Unterschieden werden:

- "**produktive Gemeingüter**": Maschinen, Straßen, Internet, Stromnetze, Wasser, Patente, öffentliche Infrastruktur, ausgebildete Arbeitskräfte ...
- "**natürliche Gemeingüter**": Land, Böden, stabiles Klima, Flüsse, Ozeane, Algen & Seetang, Wälder, Wolken, Gebirgsökosysteme, Mineralvorkommen, intakte Ozonschicht & alle sonstigen lebenserhaltenden Erd-Systeme ...
- "**soziale Gemeingüter**": gemeinsam genutztes Wissen, Traditionen, Gesetze, Open-Source-Algorithmen ...

Durch eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs (*relative Entkopplung*) und eine Minimierung des ökologischen Fußabdrucks (Netto-Treibhausgas-Emissionen auf null in diesem Jahrhundert) soll "echtes grünes Wachstum" entstehen. Gesteuert wird dieses jedoch nicht durch das Bruttosozialprodukt, sondern einen "Wohlergehens-Index", in den pluralistische, lokal durchaus unterschiedliche Gegebenheiten einfließen wie

- Würde (angenehmes, gesundes, sicheres & glückliches Leben)
- stabile Natur
- Verbundenheit (gemeinwohlorientiert);
- Fairness
- Teilhabe

Alle Faktoren werden mit geeigneten Variablen quantitativ bestimmt und bilden die Basis für eine "Wellbeing Economy".

Diese unterscheidet sich durch eine Reihe weiterer Faktoren vom aktuellen System wie z.B.

- die Geldschöpfung durch Kredite privater Banken wird verändert
- die Kredit-Vergabe wird gelenkt in Richtung Nachhaltigkeit
- die Zinspolitik als parasitäres System, das den Gemeingütern mehr entnimmt als regenerierbar ist, wird verändert
- leistungslose Renten sollen zwar nicht abgeschafft, aber stark besteuert werden, nicht aber die Arbeitseinkommen: ähnlich wie die bereits erwähnte Grunddividende ein Umverteilungseffekt (analog dem sog. "Baker-Shultz-Plan", USA)
- Beseitigung schädlicher Patentierung von Saatgut & Organismen, privater Abbaurechte & der Praxis des "Landgrabblings"
- Erlass "unfairer" Schulden

*Unter den weiteren Ausführungen zur Kritik des alten "neoliberalen" Spielbretts und zu den Vorzügen der "Wellbeing Economy" gibt es auch einige ambivalente Ansätze, wie z.B. die CO<sub>2</sub> - Bepreisung. Es wird nicht klar, ob sie zur Eindämmung der Emissionen oder zur Einnahme-Generierung für die Grunddividende oder andere soziale Ausgleichszahlungen dienen soll; sie kann nicht für beide Ziele gleichzeitig maximiert werden. Auch ob eine funktionierende Neudefinition des Wachstumsbegriffs gelungen ist, kann nicht entschieden werden, solange nur eine relative Entkopplung vom Ressourcenbedarf erreicht wird. Auch diese wird auf einem endlichen Planeten in eine Sackgasse münden, und eine absolute Entkopplung hat noch niemand aufgezeigt. Vielleicht rührt daher das - bei all den Bemühungen verblüffende - Statement auf S. 42: "Ein kohärentes Wirtschaftsmodell ist nicht in Sicht".*

***An dieser Stelle sei nochmals auf das Grundproblem der sozial-ökologischen Transformation hingewiesen: der Begriff deutet an, dass man bei den notwendigen Veränderungen auf der sozialen (ökonomischen) und auf der ökologischen Seite scheitern kann - und beides wäre fatal. Also fordern die Wohlmeinenden, dass die Maßnahmen zur ökologischen Rettung von einem sozialen Sicherheitsnetz begleitet sein müssen. Aber dessen ökonomische Realisierbarkeit wird häufig nicht betrachtet. Man fordert etwa, dass die Umweltschäden den verursachenden Firmen in Rechnung zu stellen sind, und ignoriert, dass das Branchen in die Insolvenz treiben und über massive Rezessionen ebenso massive soziale Probleme hervorrufen kann. Auch das vorliegende Buch beweist nicht, dass eine ausreichende Grunddividende aus den Gebühren für die Nutzung von Gemeingütern finanziert werden kann. Haben sie diese Frage (und etliche andere) tatsächlich mit positivem Ergebnis durchgerechnet? Dem Buch ist das nicht zu entnehmen; man müsste die gesamte Modell-Rechnung im Detail nachvollziehen - was aber den Rahmen einer Rezension übersteigen würde.***

Am Ende des Buches steht ein Appell für eine Bewegung, die auf Empörung und Optimismus aufbaut. Sie soll das Thema überall hintragen, wo im "business as usual" verharrt wird und dort diskutieren gegen lähmende Angst vor der Zukunft, für sozialen Zusammenhalt und Demokratie, im Interesse künftiger Generationen.

In jedem Fall haben die Forscher das Verdienst, ein rechenbares Modell geschaffen zu haben, das eine Fülle entscheidender Parameter einbezieht, z.B.: Armut, Ungleichheit, Arbeitsplätze, Arbeitslosigkeit, Jahresarbeitsstundenzahl, Finanzsystem (Zinsstruktur), Reformfähigkeit, soziale Spannungen, soziales

Vertrauen, Wohlergehensindex, BIP, Sparquote, Fertilität, Lebenserwartung, Rentenalter, Energieverbrauch, Lebensmittelverbrauch ....

Zur Genauigkeit und zu den Grenzen des Modells nehmen die Autoren ebenfalls im Buch Stellung. Schon das 1972er-Modell war für die damaligen Möglichkeiten überraschend vorhersagegenau. Dennoch sind aber auch jetzt keine präzisen Vorhersagen für Zeitpunkte und Werte relevanter Events und Größen möglich, denn das Modell ist immer noch nur eine grobe Vereinfachung der realen Welt. Die Abbildung ist jedoch gut genug für die relativen Auswirkungen politischer Maßnahmen. Geopolitische Spannungen sind unberechenbar und können disruptive modellsprenge Veränderungen bewirken. Das anzustrebende Szenario könnte auch zu optimistisch sein; es bleibt aber eine Zielvorgabe, auf die hinzuarbeiten sich lohnt.

Und die Autoren bieten ihre Software als ausführbare Open-Source-Applikation **auf** ihrer Website [www.earth4all.life](http://www.earth4all.life) kostenlos zum Download an - für jedermann. *Also keine Ausreden mehr für alle Ökonomen mit Mathematik-Phobie, die sogar bis zu einem der konsequentesten Vordenker der sozial-ökologischen Transformation reicht: er hat die Volkswirtschaften aus nicht näher benannten Gründen für "nicht steuerbar" erklärt, die Zahlen der Klimaforscher aber - deren System "Atmosphäre" bekanntermaßen mindestens genauso träge und chaotisch ist wie das System "Ökonomie" - baut er sehr gern und knallhart in seine Vorträge ein.*

### **Appendix:**

Für Interessierte soll der am Schluss der Rezension kritisierte Ökonom nicht im Dunkeln bleiben: es handelt sich um den "pluralen Ökonomen" Nico Paech, der in der Literaturliste und den Kommentaren mehrfach vertreten ist. Die kritikwürdigen Ausführungen stammen aus einer Veranstaltung der Klimaliste Berlin vom 30.4.2021.

Dort erklärte Paech auf Nachfrage "Modelle", mit denen man ökonomische Maßnahmen in ihrer Auswirkung abschätzen kann, für "altertümliche, steuerungsoptimistische, fortschrittsgläubige" Methoden der "neoliberalen Wirtschaftswissenschaftler". Für "Wachstumsmodelle" gebe es eine Fülle von Ansätzen ("postkeynesianische, neoklassische, endogene, evolutorische, Stock Flow, System Dynamic"), aber keinen Konsens, welcher Ansatz "adäquat" ist. Man müsse Annahmen in das Modell stecken, und dann komme heraus, was man hineingesteckt habe. Man könne "die Volkswirtschaft nicht steuern", sondern nur den Menschen sagen, wie sie Versorgungsmodelle und Lebensstile realisieren können, um - *Achtung, Metapher!* - für die Titanic "Rettungsboote zu bauen". Das gehe auch "demokratisch und ohne politischen Erdrutsch" (!!!), nämlich über die bereits existierenden und wachsenden Nischen-Aktivitäten engagierter Menschen. Paech erwähnt auch seinen Doktoranden Christoph Gran. Der habe ein Modell für die deutsche Volkswirtschaft entwickelt und dann einige Untersuchungen angestellt, aber nur Dinge herausgefunden, die man schon vorher gewusst habe (z.B. Arbeitszeitverkürzung, Umbau Steuersystem). Es gebe genügend Literatur, auch Fachzeitschriften, man wisse alles [*wo steht "alles"?*], es gehe nur um das "Wollen".

*Paech kann sich den Verzicht auf Modellrechnungen leisten, weil er in seinen konzeptionellen Darstellungen nur qualitative Aussagen macht. Ob seine Vorschläge "aufgehen" können, wird nicht einmal thematisiert. Er tut so, als würden auch aus Modellen keine diesbezüglichen*

*Zahlen herauskommen, bzw. als brauche man gar keine. Sein einziges Argument zur Desavouierung von Modellrechnungen ist ihre Ironisierung. Die wenigen Zahlen, die er nennt, hat er von den Klimatologen. Es wäre interessant zu erfahren, wie er glaubt, dass diese Zahlen zustande gekommen sind. Wenn die Klimatologen ähnlich "fortschritts-un-gläubig" argumentieren würden wie er, wüssten wir - und auch Herr Paech - heute gar nicht, dass es einen Klimawandel gibt. Die Behauptung, dass "man" die Volkswirtschaft nicht "steuern" könne, wird noch nicht einmal spezifiziert (Was heißt "steuern"?), geschweige denn begründet oder gar bewiesen - nicht bei dieser Veranstaltung und auch nicht sonstwo. Das ist vor allem deshalb sehr bedauerlich, weil die Denkansätze von Paech ansonsten revolutionär, brillant und schlüssig sind.*

Rolf Oesterlein, 30.3.2023

---

**Erscheinungsdatum: 7.7.2022**

**Klaus Wiegandt et al.: 3 Grad mehr.** Ein Blick in die drohende Heißzeit und wie uns die Natur helfen kann, sie zu verhindern

Auch Menschen, die bereits sehr gut über die Folgen der Erderhitzung informiert sind, werden in diesem Buch Neues finden. Eine ganze Reihe der renommiertesten Forschenden haben daran mitgeschrieben. Sie erklären nicht nur in gut verständlicher Sprache, welche Folgen die Klimakatastrophe schon heute für die verschiedenen Lebensbereiche und Regionen hat und wie die ökologischen Megakrisen zusammenhängen. Unumwunden konfrontieren sie die Leserschaft auch damit, dass ohne geeignete Gegenmaßnahmen schon bald ein Plus von 3 Grad zu erwarten ist – und dass das eine existenzielle Gefahr für die menschliche Zivilisation bedeutet. „Es fällt mir schwer, das zu schreiben, während ich an meine Kinder denke“, bekennt Stefan Rahmstorf vom Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK).

Trotzdem ist das Buch nicht dystopisch, sondern ein überzeugender Versuch, die notwendigen Lösungen zu propagieren. Dabei halten sich die Autor\*innen nicht mit technischen Schein-Auswegen wie Elektroautos oder CO<sub>2</sub>-Verpressung in ehemalige Bergwerke auf. Vielmehr verweisen sie auf eine ganze Reihe umfassender, naturbasierter Lösungen. Deren konsequente Umsetzung könnte das Horrorszenario doch noch verhindern, so das Credo der inspirierenden und überaus informativen Aufsatzsammlung.

Schon heute fallen immer wieder Tausende von Flughunden in Australien tot von den Bäumen – ihr Organismus kollabiert bei Temperaturen über 42 Grad. Für pflanzliche Zellen ist die Hitzegrenze bei 35 bis 46 erreicht. Jedes Grad mehr bedeutet Ernteverluste von 3 bis 7 Prozent bei den wichtigsten Nahrungspflanzen Weizen, Reis, Mais und Soja. Sollte der Temperaturanstieg tatsächlich 3 Grad erreichen, wird der Amazonas-Regenwald nicht mehr zu retten sein und versteppen.

Es gibt im Prinzip nur zwei Stellschrauben, um die menschengemachte Belastung der Atmosphäre mit CO<sub>2</sub> zu verringern. „Zum einen kann der Verbrauch an fossilen Energien verringert werden, zum anderen können die

Kohlenstoffspeicher aktiviert werden“, fasst Reinhard Mosandl zusammen. Ein riesiges Potenzial liegt in der Wiedervernässung von Mooren und in der Humusanreicherung von landwirtschaftlichen Böden. Der dritte Faktor sind Wälder. In China, Nigeria und Ägypten ist es gelungen, erhebliche Flächen wieder aufzuforsten und damit große Mengen Kohlenstoff aus der Atmosphäre zu binden, schreibt Waldprofessor Mosandl.

Genau das ist auch der Ansatz, den der ehemalige PIK-Leiter Hans Joachim Schellnhuber in seinem mitreißenden Beitrag „Bauhaus für die Erde“ verfolgt. Ihm zufolge könnte das weitere Wachstum von Megastädten dazu genutzt werden, um aus dem extrem klimaschädlichen Bausektor eine CO<sub>2</sub>-Senke zu machen. Statt weiter auf den mit viel fossiler Energie hergestellten Beton zu setzen, sollte in großem Stil Holz zum Einsatz kommen, so sein Plädoyer. Werden entsprechend viele Bäume nachgepflanzt, verdoppelt das den positiven Klimaeffekt.

Schellnhuber verweist auf die ETH Zürich, die das zusätzliche Bewaldungspotenzial der Erde ausgerechnet hat. Erste Holzhochhäuser existieren bereits; aus Brandschutzsicht stellt das Baumaterial dank neuer Bearbeitungsmöglichkeiten kein Problem mehr dar. Auch bekommt Holz durch Querverleimung der Bretter eine große Stabilität und Festigkeit.

Am Schluss des Buches wird Herausgeber Klaus Wiegandt politisch. Er verlangt, dass das reichste Prozent die Kosten für die Klimaschäden und den notwendigen Umbau trägt. Außerdem müssten der Bevölkerung die Folgen von Nichtstun drastisch vor Augen geführt werden. Dazu trägt das Buch bei – und deshalb sind ihm viele Leser\*innen zu wünschen.

Annette Jensen (taz), 12.11.2022

---

**Erscheinungsdatum: 7.3.2022**

**Philipp Lepenies: Verbot und Verzicht.** Politik aus dem Geiste des Unterlassens

(Die Normalschrift stellt die Zusammenfassung der Ausführungen des Autors dar; Ergänzungen und Wertungen des Rezensenten sind in *Kursivschrift* gesetzt.)

*In den Diskussionen um Maßnahmen zur Verhinderung der drohenden ökologischen Katastrophe trifft man häufig auf reflexhaften Widerstand, wenn ein paar Schlichtdenker schon von weitem etwas erschnüffeln, was nach Verbot oder Verzicht riecht. Dabei tun sie so, als seien beide Begriffe von vorneherein mit einer irreparabel negativen Bedeutung behaftet, so wie etwa Mord & Totschlag. Natürlich ist das grober Unfug, und es fällt eigentlich nicht schwer, das mit einfachen Beispielen zu belegen: Niemand käme auf die Idee, einen Straßenverkehr in vollständiger Eigenverantwortung ohne jegliche Verbote zu fordern, und wer davon absieht, täglich 2 Liter Wein zu trinken, hat wenig Probleme, den Nutzen dieses Verzichts für seine Gesundheit zu erkennen.*

*Damit könnte man das Thema abhaken. Man kann sich aber auch überlegen, warum ausgerechnet beim nicht ganz unwichtigen Kampf gegen ein herannahendes Desaster dieser Unfug dahergeredet wird. Wer also tiefer in die Hintergründe einsteigen möchte, wer wissen will, aus welcher ideologischen Ecke diese irrationalen Reflexe kommen, der ist mit diesem Buch gut bedient. Warum ist Philipp Lepenies, Ökonom und Professor für Politikwissenschaften an der Freien Universität Berlin, der kompetente Analytiker für diese Fragestellung? Weil die unreflektierte Aversion gegen Verzicht und Verbote aus der Verinnerlichung neoliberaler Dogmen herrührt, wie er ausführlich darlegt, und auf diesem Gebiet kennt er sich als Ökonom natürlich bestens aus.*

Adam Smith, der im 18. Jahrhundert als Moralphilosoph (!) die klassische Nationalökonomie begründete, plädierte zwar für die Anhäufung eines Vermögens und für dessen Mehrung durch Investitionen, aber keineswegs für Konsum. Die Calvinisten radikalisierten dieses Denken noch. Sie versahen es mit einer moralisch-religiösen Ideologie: Durch harte Arbeit Vermögen anzuhäufen war ein Zeugnis für ein gottgefälliges Leben, aber Konsum - also Verschwendung und Prasserei - war das verabscheuungswürdige Gegenteil. Rigide Verbote zwangen die Gläubigen zu Verzicht und Beschränkung.

Im 20. Jahrhundert räumte Friedrich August Hayek (1899-1992) mit dieser Sichtweise gründlich auf. Dabei ging er aber zunächst keineswegs von der Adellung des Konsums als nützlichem Wachstum-Treiber aus. Da er sich etlicher Anhänger der Planwirtschaft erwehren musste, sang er das hohe Lied des freien Marktes und bekämpfte jegliche staatliche Einmischung als Teufelswerk. Allerdings bezog sich diese Ideologie der Freiheit und des Liberalismus nicht etwa allgemein auf Bürgerrechte und freie Selbstbestimmung, sondern ausschließlich auf die Ökonomie. Und das gilt im Neoliberalismus bis auf den heutigen Tag. Deshalb kann dieser auch in autoritären Staaten funktionieren - eine Demokratie braucht er nicht. 1973 wurde die chilenische Militärdiktatur zum "ersten und radikalen Reallabor neoliberaler Politik". Hayek und sein etwas jüngerer Bruder im Geiste Milton Friedman (1912-2006) reisten des Öfteren in das Land und lobten die dortigen Verhältnisse zeitlebens.

Autor Lepenies stellt ausführlich dar, wie Hayek - unterstützt durch interessierte Geldgeber, vor allem aus den USA - hartnäckig um die Verbreitung seiner neuen Ideologie kämpfte. Damals entstanden die ersten "Think Tanks", bei deren Zusammensetzung penibel darauf geachtet wurde, dass dort wirklich nur eingefleischte Gesinnungsfreunde des eigenen Lagers mitmischten; eine Kultur der Vielfalt und ergebnisoffene Diskussionen waren ausdrücklich nicht erwünscht, sondern nur reiner Propaganda-Output für die eigenen Wahrheiten. *Diese Rosstäuscher-Methode wurde bis auf den heutigen Tag kontinuierlich verfeinert: die neutrale Bezeichnung "Think-Tank" soll die interessengeleitete Einäugigkeit verschleiern.*

Man bildete Seilschaften heran, die auf allen möglichen Wegen in die Zentren der Macht einsickern sollten, von denen Hayek zunächst noch meilenweit entfernt war. *Diese Strategie wird auch heute noch gepflegt. Unvergessen ist jene Kabarett-Sendung (!), in der Frank-Markus Barwasser gekonnt satirisch, aber faktensicher darlegte, wie zahlreich ehemalige Manager der Goldman-Sachs-Bank in politische Ämter diffundierten, um dort umzusetzen, was sie vorher beim ideologischen Briefing in der Bank gelernt hatten.*



*Man kann also das Vorgehen zu Zeiten von Hayek und später Milton Friedman getrost als Verschwörung bezeichnen, die bis heute andauert. Insofern ist es eine sehr unglückliche Wortwahl, wenn man heute irrationale "Querdenker" und Rechtsextremisten als ungläubwürdige "Verschwörungstheoretiker" bezeichnet, weil das suggeriert, es gäbe so etwas wie Verschwörungen gar nicht (mehr). Dabei ist der Lobbyismus, insbesondere auch der Undercover-Lobbyismus, nichts anderes und weiter verbreitet und mächtiger denn je.*

Der propagierte "Schutz" vor den Eingriffen des Staates galt jedoch keineswegs für die Allgemeinheit. In deren anonymer Masse erkannten Hayek, Friedman und die erste Epigonin aus der Politiker-Kaste, Margaret Thatcher, in ihrer elitären Überheblichkeit nur eine Ansammlung von "kognitiv eingeschränkten Individuen". Die Aversion gegen Verbote sollte nur für die unternehmerischen Markt-Teilnehmer gelten, damit diese in ihrer Profitgenerierung nicht beeinträchtigt wurden, etwa in Richtung auf irgendwelche moralischen Postulate wie soziale Gerechtigkeit oder andere Formen der gesellschaftlichen Verantwortung. (Thatcher stellte bekanntlich die Existenz einer "Gesellschaft" vollkommen in Abrede). Die Unternehmer, so Hayek und Friedman, seien gar nicht in der Lage, "Verantwortung" zu übernehmen, sondern nur von der Profitmaximierung würden sie etwas verstehen. *Dass diese Aussage von den Urvätern des Neoliberalismus stammt (und nicht etwa von ihren Widersachern), sollten sich alle hinter die Ohren schreiben, die heute im Gleichklang mit den Unternehmern den Klimawandel oder die Pandemie ("Impfstoff für alle") stoppen wollen.*

Hayek wie auch Friedman erhielten (1974 und 1976) den Nobel-Preis für Ökonomie. Lepenies weist *erfreulicherweise* auf die zweifelhafte Stellung dieser 1969 geschaffenen Auszeichnung hin, die von der schwedischen Reichsbank zur Aufwertung der eigenen Reputation eingeführt wurde und der die Alfred-Nobel-Stiftung - die ansonsten damit nichts zu tun hat - nur unter Druck zugestimmt hatte, was heute in der Öffentlichkeit regelmäßig unterschlagen wird.

In ihrer hysterischen Polemik gegen den Staat stellten Hayek und Friedman diesen als Feind der Individuen dar, die ihre wahre Freiheit nur in der "Konsumenten-Souveränität" finden könnten, die jedes demokratische Recht überragte: als Konsument könnten sie selbst entscheiden, was sie konsumieren wollten, und bekämen das auch; in der Demokratie müssten sie warten, bis sie eine Mehrheit für "ihre" Entscheidung finden, ansonsten eben - verzichten. Also zählt allein die "Verbraucherdemokratie" - und ja, die gab es tatsächlich auch in Pinochets chilenischer Diktatur (außer in den Kerkern).

Alles, was der Staat - immer schlechter als der Markt - bereitstellt, gilt als verabscheuungswürdiger "Sozialismus", auch Errungenschaften wie Krankenversicherungen. Das dringende Gebot lautet hier: Privatisierung. *Die kann man, gerade im Gesundheitswesen, auch heute in exzessiver Weise beobachten, und keine der im Bundestag vertretenen Parteien - vielleicht außer der Linkspartei - leistet Widerstand, obwohl die Bevölkerung mehrheitlich dagegen ist; die Umfragen schwanken um die 80% Ablehnung.*

Den Zwang der Armen und sozial Abgehängten zum Verzicht auf die Segnungen des freien Marktes sahen die beiden Chef-Ideologen unseres heutigen Wirtschaftssystems nicht als eine Problematik, die es aufzulösen gilt; denn die Ungleichheit war eben Gottes Wille. Friedman nahm auch sehr wohl zu Problemen wie der "Umweltverschmutzung" Stellung. Er machte für sie nicht die Unternehmen,

sondern die Konsumenten verantwortlich. Sollte der Staat nun wenigstens hier zum Wohle der Allgemeinheit eingreifen? Keineswegs, das war Sache der "Eigenverantwortung" des einzelnen Individuums. *Dieser Begriff feierte fatalerweise bei der (Nicht-)Bekämpfung der Corona-Pandemie phasenweise wieder fröhliche Urständ. Und wenn sogar Kirchenleute triumphierend die Regel der Maskenpflicht in ihren Veranstaltungen aufheben und den Frommen das "Maskentragen in Eigenverantwortung" dringend empfehlen, fragt man sich, ob ihnen eigentlich bewusst ist, wessen Ideologie sie gerade transportieren.*

Die von Hayek und Friedman ausgerufene "Freiheit von Zwang" war allerdings noch in anderer Hinsicht ein Etikettenschwindel: es gab sehr wohl eine "Handlungserwartung" an den Konsumenten - er soll, ja er muss konsumieren, ansonsten können Markt und Wettbewerb nicht ordentlich funktionieren. *Heute braucht man die "Konsumidioten" ganz klar als Wachstumstreiber; denn ohne Wachstum funktioniert das aktuelle Wirtschaftssystem nicht (sagen auch Mainstream-Ökonomen, vgl. Binswanger 2015 in der Literaturliste).*

Man lockt den umworbenen Konsumenten in der neoliberalen Ideologie damit, dass man ihn vor dem Auferlegen moralischer Regeln schützt, gewissermaßen durch ein staatliches Verbot. Das Individuum hat einzig und allein an sich selbst zu denken. Alles andere - Solidarität, Gemeinwohl, Gemeinschaftssinn usw. - sind von Übel, weil sie stören. Hayek und Friedman (und vermutlich etliche andere) haben tatsächlich geglaubt, so - auf den Fundamenten Egoismus und Verantwortungslosigkeit - könne die Menschheit überleben.

Lepenies sieht die Norm des individuellen Konsums ab 1979 massiv in die Wirklichkeit vordringen und dann nochmals in den 90er Jahren mit der Globalisierung einen Schub erleben. Die Einschränkung des eigenen Konsumverhaltens wird immer vehementer abgelehnt, "die Souveränität des Einzelnen wird zur Tyrannei". Aber es wächst auch die Überforderung durch ein Übermaß anstehender Entscheidungen. Der polnisch-britische Soziologe Zygmunt Bauman (1925-2017) wird zitiert: "...das Individuum verfolge keine eigenen Bedürfnisse mehr, sondern befriedigte Wünsche, die von der Produzentenseite bei ihm geweckt worden seien ..." Macht und Souveränität seien (falls jemals real existent) dem Wunsch gewichen, die Unsicherheit des eigenen Seins durch Konsum zu verringern. Der ironische Satz "Ich kaufe, also bin ich!" ist bereits in den 80er Jahren entstanden, aber bis heute nicht überholt. Bauman stellt sogar fest, dass das Individuum selbst zum Konsumgut wird: "Wir wollen selbst nachgefragt werden und damit begehrenswert für andere sein."

Das führt Lepenies schließlich noch zu einem Blick auf das Internet und die sozialen Medien, die "das neoliberale Ideal des Wettbewerbs für einen Aufmerksamkeitswettbewerb nutzen". Hier gebe es wenig Affektkontrolle, es herrschten keine zivilisierenden rationalen Narrative und Kommunikationsströme vor, sondern oftmals Hass, Beleidigung und Diskriminierung - das perfekte Bild des vermeintlichen Souveräns als Tyrann, der glaubt, mit sich selbst als Zentrum des Universums "regieren" zu können.

Lepenies betont, dass die Entstehung des Neoliberalismus kein Zufall, sondern das Ergebnis eines Plans ist. Dass er sich über ein Jahrhundert hinweg letztlich fast weltweit ausgebreitet hat, liegt daran, dass sich zahlreiche Menschen unter Überwindung der Barriere des eigenen Denkens dazu haben verleiten lassen, an die Unumstößlichkeit und Naturgesetzlichkeit des Konstrukts und damit auch an die

Unzulässigkeit staatlicher Regulierungen durch Verbote und Zwang / Verzicht zu glauben. Das sei eine "apolitische Gesellschaft", in der Grundwerte wie Gemeinwohl und Konsensfindung aufgegeben worden seien.

Die Folge ist eine (staatliche) "Politik des Unterlassens" - so auch der Untertitel des Buches. Wenn man die Gegenwart hierzulande unter unserem Thema SÖT betrachtet, so Lepeines, stellt man fest, "dass jahrelang kaum transformative Maßnahmen Teil des Regierungshandelns waren", was das Bundesverfassungsgericht schon 2019 bemängelt hat - ohne Konsequenzen, trotz eines Regierungswechsels nach einem weitgehend inhaltsleeren Wahlkampf. Selbst Parteien wie die Grünen "bemühen sich, den Eindruck abzuschwächen, dass von ihnen eine transformative Verhaltenssteuerung ausgehen werde", Untätigkeit werde als große politische Tugend angesehen, etwa beim Thema Corona. Die "Tyrannei der Ungeimpften" und "die staatliche Passivität gegenüber Bewegungen wie den Querdenkern" seien aktuelle Beispiele. Politiker liefern sich Unternehmensberatern aus, weil sie selbst an die grundsätzliche Unterlegenheit des Staates glauben. In Amt und Würden arbeiten viele selbst kräftig daran, den öffentlichen Sektor zu einem "institutionellen Idioten verkommen zu lassen".

*Das 265 Seiten starke Büchlein zeigt eindrücklich, wes Geistes Kind die lautstarken Pauschal-Kritiker von Verbots- und Verzichtmaßnahmen sind. Es mag manchem stellenweise etwas trocken erscheinen. Wenn man jedoch beim Lesen begleitend darauf achtet, was bei uns alles schon neoliberal "versifft" ist und was (zum Glück) noch nicht, so wie es dieser Kommentar an manchen Stellen auch getan hat, und prüft, welche Partei die in viele Politik-Bereiche vorgedrungene Ideologie noch nicht widerstandslos verinnerlicht hat, dann gewinnt man eine Fülle erhellender Erkenntnisse, die die Lektüre lohnenswert machen.*

Rolf Oesterlein, 23.11.2022

---

**Erscheinungsdatum: 23.9.2021**

**Klaus Dörre: Die Utopie des Sozialismus**

Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution

(Die Normalschrift stellt die Zusammenfassung der Ausführungen des Autors dar; Ergänzungen und Wertungen des Rezensenten sind in *Kursivschrift* gesetzt.)

Der Autor erkennt, dass die herannahende Klimakatastrophe ohne ein neues ökonomisches System nicht abzumildern, geschweige denn abzufangen ist. Hierzu möchte er Vorschläge machen. Zuvor erläutert er jedoch recht ausführlich, warum er diese Neue Ökonomie "Sozialismus" nennt, obwohl dieser Begriff durch kritikwürdige reale Vorgänger-Modelle stark in Misskredit geraten ist. *Diese Rechtfertigung ist phasenweise durchaus spannend zu lesen, man kann sie jedoch auch überspringen, ohne bezüglich des Sujets Wesentliches zu versäumen.*

Der Autor bezeichnet sein 350 Seiten starkes Buch bescheiden als "Essay". *Das ist angemessen, damit man nicht den Entwurf eines schlüssigen, revolutionären gesellschaftlich-ökonomischen Systems erwartet.*

In Kapitel 5 stellt Dörre die Dringlichkeit eines "nachhaltigen Sozialismus" dar. Die Schäden durch Wetterextreme wachsen weltweit immer stärker. Wenn man diesen Vorgang quantifizieren will, braucht man sich nur mit Versicherern wie der Münchener zu befassen. Aber dennoch weist der Autor zurecht darauf hin, dass das wahre Ausmaß der Bedrohung nur von der Fachwelt in seiner Gänze verstanden wird. *Weder die Allgemeinheit, noch die Politik, noch die industriellen Akteure können sich unter 2 Grad als Klima-Kenngröße für eine dramatische Veränderung etwas Realistisches vorstellen; es bleibt immer die Vorstellung von einem Tagestemperatur-Intervall hängen, bei dessen Änderung man noch nicht einmal eine andere Jacke anzuziehen braucht.*

Was kräftig verdrängt wird, ist das Ende der "Billig-Ressourcen", als da sind: Natur, Geld, Arbeit, Fürsorge, Nahrung, Energie. Selbst das Wachstum der Arbeitsproduktivität nimmt ab. Die finanzkapitalistischen Rendite-Interessen verhindern immer stärker die überfälligen Infrastruktur-Investitionen. Die großen Privatvermögen der Reichen haben ohnehin schon immer mehr der Bereicherung als der Wertschöpfungserhöhung gedient. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass 50% der ökologischen Schäden von den oberen 10% der Reichtumspyramide angerichtet werden. In den USA produzieren die Reichsten pro Kopf 2000 mal so viel CO<sub>2</sub> wie die Ärmsten; für den gesamten Fußabdruck liegt das mittlerweile erreichte Gefälle beim Faktor 175.

Mit diesen und weiteren Zahlen zeigt Dörre die entstandene Frontstellung, die sich ökonomisch wie ökologisch im Gleichschritt verschärft. Die Ärmsten im globalen Norden sind nicht mehr "wohlhabender" als die durchschnittliche Bevölkerung im Süden. Sie zehren noch von der Überausbeutung des Südens. Aber die Schwäche der Gewerkschaften kommt gegen die ungleiche Wertschöpfungsverteilung durch Technologie-Gefälle und Unternehmer-Macht schon innerhalb der westlichen "imperialen Lebensweise" nicht an (ein Begriff, den der Autor übrigens nicht mag, weil die Underdogs hierzulande sich gar keine imperiale Attitüde leisten könnten, wie er sagt - *obwohl er die gerade erwähnte Nutzung der Überausbeutung ja durchaus konstatiert*); erst recht gilt das im Weltmaßstab. Weniger als 50% arbeiten bei uns unter Tarifverträgen, in Europa haben weniger als ein Drittel eine Arbeitnehmervertretung in ihrem Job. Wegen dieses miserablen Organisationsgrads, *den die grünen und sozialdemokratischen Hartz-IV-Erfinder durch die Preisgabe der ehemaligen Pflicht zu Flächentarifverträgen mitzuverantworten haben*, muss der Staat regelnd intervenieren, wie z.B. beim Mindestlohn. Und der Bedarf an staatlichen Interventionen wächst.

Denn trotz der bequemen Machtverhältnisse hätten die sich zuspitzenden ökologischen Zwänge den Kapitalismus aus seinem Wohlfühl-Nest herausgeworfen, wenn man die Kosten dieser Zwänge nicht externalisieren würde. Das gilt auch für die Infrastrukturkosten, deren Finanzierung den Kapitalismus erheblich limitieren würde, wenn er sie selbst leisten müsste. Übrigens ist auch die Wissensabschöpfung, für welche die sich selbst immer wieder lobenden "forschenden Unternehmen" nichts an den in Vorleistung getretenen Staat zahlen müssen, eine - positive - Externalität. Und die massiven Überlebenshilfen bei Krisen wie Finanz-Crash, Pandemie und ökologischen Katastrophen zeigen, dass der

Kapitalismus wohl nur als "parasitäres System" überleben kann; zumindest würde eine konsequente Internalisierung seiner realen Kosten jeden Anschein von Effizienz zerstören.

Die dystopischen Großereignisse lassen sich nicht mehr so einfach externalisieren wie die "Umweltverschmutzung". Das beharrliche Festhalten an Wachstum und Überproduktion, so Dörre, deute darauf hin, dass die erforderliche Transformation eine disruptive sein müsse. Wissenschaftler wie von Weizsäcker scheuten solche radikalen Schlussfolgerungen und unterschätzten die Konfliktrichtigkeit des Notwendigen.

Dörre erklärt die 17 Nachhaltigkeitsziele, die die Vereinten Nationen formuliert haben, als "normative Basis" für ein ökosozialistisches Zielsystem und den transformativen Weg dorthin. Allerdings sind die Einzelforderungen teilweise gegenläufig oder auch ambivalent, wie etwa Wachstum für arme Länder oder die Auflösung von Gerechtigkeitsproblemen. Für Ökonomien mit geringem, selektivem oder gar ausbleibendem Wachstum fehlt naturgemäß der Beweis der Praxistauglichkeit, denn für völlig neuartige Bedrohungen kann es kaum bewährte Gegenmittel geben. Auch die Gefahr, dass Transformationsprozesse in autoritäre oder gar faschistoide Polit-Systeme umschlagen können, darf nicht ignoriert werden.

Das Problem der "Besitzstandswahrung" mit der weitverbreiteten Verzicht-Phobie führt leicht zu Spaltungen innerhalb sozialer und regionaler Gruppen, die eigentlich große Gemeinsamkeiten aufzuweisen haben. Der Autor weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es für die Phase nach dem Wachstum durchaus unterschiedliche Lebensentwürfe geben kann, die gleichermaßen machbar sind und ausgehandelt werden müssen. Er warnt vor etlichen Greenwashing-Widersprüchen ("grüner" Stahl, unendlicher Energiebedarf, Rebound-Effekte usw.). Dazu zählt er auch einen angeblich "nachhaltigen Wachstumskapitalismus", dem auch Organisationen wie die Leopoldina anhängen, und eine marktkonforme CO<sub>2</sub> - Bekämpfung, die in der Schweiz bereits gescheitert sei. Und natürlich dürfe man die UN-Ziele auch nicht etwa als Festschreibung des Neoliberalismus interpretieren wollen.

In Deutschland biete das Grundgesetz zahlreiche Möglichkeiten zur rechtlichen Absicherung nachkapitalistischen Wirtschaftens, vor allem, um große Unternehmen als Machtzentren zu neutralisieren. Dazu gehört auch der aufgeblähte Finanzsektor, der die Gewinn-Erwartungen der Industrie in die Höhe treibt. Neue kollektive Eigentumsformen sind nötig, wobei durchaus individuelle persönliche Verantwortung bestehen bleiben kann. Wenn staatliche Leistungen für Unternehmen konsequent in Anteilen "bezahlt" werden, können dadurch sukzessive Mitarbeitergesellschaften entstehen. Während kleine und mittlere Firmen nicht enteignet werden sollten und durchaus unter Marktprinzipien arbeiten können, sollte bei den großen Playern das Konkurrenzprinzip ausgeschaltet werden. Mittelfristig sollte das private Profitstreben möglichst vollständig überwunden werden. Und auch der individuelle Besitz ist kritisch zu sehen, weil er sogar für Reiche ein Angst-Objekt ist, das durch Teilen und Teilhabe überwunden werden könnte.

*Unklar bleibt, wie die beiden unterschiedlich organisierten Bereiche aneinander geflanscht werden sollten. Wer entscheidet nach welcher Maßgabe über die Produktionsziele? Dass nur die makroökonomische Planung zentral erfolgen soll, ist noch recht vage. Dass man das BIP*

*als Steuerungs-Größe ersetzen muss, ist seit einem halben Jahrhundert bekannt - nur nicht, wodurch. Wie Gewerkschaften die Machtbalance und auch die Nachhaltigkeit überwachen könnten, wird nicht ersichtlich. Dass Manager-Gehälter nicht weiter als auf das 6- bis 8-fache Facharbeiter-Gehalt ansteigen, kann man wohl in ihre Obhut geben. Aber wenn Dörre "faire erschwingliche Preise für ökologische Produkte" über Lohnerhöhungen erreichen will, zeigt sich, dass er die Preisbildung in einem solchen gemischt-wirtschaftlichen System als ebenso entscheidenden wie komplexen Knackpunkt total unterschätzt.*

*Hier wäre eine Betrachtung der vergangenen realsozialistischen Systeme in Osteuropa erhellend gewesen. In Polen z.B. sind die Kommunisten nicht etwa am Freiheitsdrang der Bevölkerung gescheitert (wie das dort heute gerne kolportiert wird), sondern an der Entwicklung eines konsistenten Lohn-Preis-Gefüges, das etwa dem Danziger Werftarbeiter so viel Geld in seine Haushaltskasse spült, dass es für seinen Lebensunterhalt ausreicht, allerdings ohne dass die Lebensmittelproduzenten am Hungertuch nagen. Das gelang nie: den Fischern an der Ostsee ging es gut, den Werftarbeitern nicht; die Verhältnisse umzukehren, hätte nichts genutzt. Etwa alle 8 Jahre manifestierte sich das Misslingen der Bemühungen durch massive Aufstände, die zur Absetzung (meist auch zur Inhaftierung) der gescheiterten Regierung führten - bis zum Ende der sozialistischen Epoche. Die Schaffung verschiedener Gremien, die der Autor vorschlägt, reicht nicht, um einen Lösungsweg aufzuzeigen. Auch die richtige Forderung nach einer Änderung von Lebensstil und Konsum-Mustern in Richtung langlebiger Güter und einer Kreislaufwirtschaft führt zwar ökologisch weiter, klärt das ökonomische System-Problem aber nicht.*

Für die Verlagerung von Aufgaben zu staatlichen Stellen weist Dörre auf einige "Pionierleistungen" derselben hin. Wenn er aber erwartet, dass nach der Ausbremsung des Finanzkapitalismus Banken in öffentlichem Eigentum durch die Mitbeteiligung von Klein-Anlegern und -Sparern auf dem Pfad der sozial-ökologischen Tugend gehalten werden könnten, *erscheint das doch sehr optimistisch; da wird man sich vermutlich etwas Wirkungsvolleres ausdenken müssen.*

Laut Dörre gibt es eine Reihe von "Planungskonzepten", von denen er drei grob vorstellt (Cockshott/Cottrell, Laibman, Devine). Sie haben jeweils Stärken und Schwächen, arbeiten alle ohne externalisierte Kosten, aber ihnen fehlt die praktische Erprobung.

Neben der ökonomischen System-Frage werden noch eine Reihe anderer Themen angesprochen: Mobilität, Städtebau, Landwirtschaft, Energie-Management, Arbeitsgestaltung, Nord-Süd-Konflikt und Immigration, Konsumismus, Konflikt-Strategie bei der Transformation sind die wichtigsten.

*Auffällig ist dabei, dass immer wieder Digitalisierung und Künstliche Intelligenz als diffuse Retter in der Not ins Feld geführt werden, wenn keine Lösungswege aufgezeigt werden (können), so als würden die noch zu erwartenden Errungenschaften aus dem Silicon Valley all die offenen Fragen einer Klärung zuführen. Das ist ein fataler Irrglaube, auf den bevorzugt Nichttechniker hereinfliegen. Etliche kritische Beobachter stehen auf dem Standpunkt, dass aus dieser Ecke des "Fortschritts" überhaupt noch keine die Menschheit voranbringenden Lösungen gekommen sind. Es ist eher so, dass sie sich die Dinge aussuchen, die sie gut hinzukriegen glauben, und diese dann mit entsprechendem Marketing-Aufwand der Menschheit als unentbehrlich aufs Auge drücken, auf dass die Profite stimmen. Oder welches der z.B. in Dörres Essay behandelten Probleme könnte etwa mit den heißerwarteten "autonomen Fahrzeugen" gelöst werden? "Künstliche Intelligenz" ist ein seit fast einem*

*halben Jahrhundert bestehender reiner Etikettenschwindel, denn sie ist natürlich künstlich, aber eben nicht intelligent nach irgendeiner anerkannten sozialwissenschaftlichen Definition dieses Begriffs. Sie kann alles schneller, genauer und voluminöser als der homo sapiens, hat deshalb auch noch etliche Anwendungsgebiete vor sich, aber sie schafft nichts, was nicht jemand aus dieser Spezies vorgedacht hat.*

*Kaum Neues kann man bei den angesprochenen Unter-Themen entdecken; dazu bleibt vieles zu vage. Auch die im öffentlichen sozialökologischen Diskurs weithin fehlende Quantifizierung der Ansätze - die unter diesen Bedingungen tatsächlich etwas Neues wäre - findet fast überhaupt nicht statt. Die Arbeitsplatzverluste beim PKW-Bau z.B. sollen durch Bahn und Fahrradbau kompensiert werden. Aber geht das auf? Und bei den anderen beschäftigungsrelevanten Konversionsbranchen? Wie sieht das Konsumieren "in höherer Qualität, aber geringeren Mengen" aus? Wenn man die notwendige Konsum-Reduzierung aus Gründen der Gerechtigkeit nicht über den Preis erreichen soll, wie dann? Dass eine Austerität, die bei einem Finanz-Crash entsteht, etwas anderes sei als jene, die ein "revolutionärer" Systemwechsel auslöst, ist nicht falsch, aber diese Einsicht hilft nicht bei der Frage, wie man sie überwinden kann.*

Dörre weist darauf hin, dass die Konkretisierung einer ökologisch-sozialistischen Gesellschaft letztlich durch Versuch & Irrtum ausgehandelt, aber auch erkämpft werden muss. *Nur sollte man sich die Dinge vorher durchaus ein bisschen genauer überlegen, ehe man 80 Millionen Leute (oder weltweit 100 Mal so viele) von einem Irrtum in den nächsten schickt.* Der herrschende "Katastrophen-Kapitalismus" (David Harvey) wird den ökologischen Kollaps nicht verhindern. Andererseits warnt der Autor vor der Ambivalenz von apokalyptischen Visionen ebenso wie vor der Gefahr gewaltsamer Auseinandersetzungen. Eine Strategie könne sein, reformwillige Eliten mit Appellen an ihre Selbsterhaltung auf die Seite der revolutionären Nachhaltigkeit zu ziehen.

Rolf Oesterlein, 2.1.2023

---

**Erscheinungsdatum: 8.3.2021**

**Michael E. Mann: Propagandaschlacht ums Klima. Wie wir die Anstifter klimapolitischer Untätigkeit besiegen**

Buchkritik aus

<https://www.spektrum.de/rezension/buchkritik-zu-propagandaschlacht-ums-klima/1886374>

## **Nach dem Leugnen**

Der Klimaforscher Michael Mann entlarvt die Methoden, mit denen Klimaschutzverzögerer heute ihre monetären Interessen zu Lasten des Planeten wahren.

»Krieg«, »mächtiges Arsenal«, »gewaltige Waffen«, »Front« und der »Kampf um den Planeten« – im jüngsten Buch von Michael Mann, einem der renommiertesten und

engagiertesten Klimaforschenden weltweit, geht es martialisch zu.

»Propagandaschlacht ums Klima« heißt das umfangreiche Sachbuch, im Englischen sogar »The New Climate War«. Das wirkt auf den ersten Blick übertrieben, doch nach der Lektüre fallen die Vorbehalte gegen diese Wortwahl deutlich schwächer aus. Der deutsche wie der englische Titel beschreiben zusammen genau, worum es im Buch geht. Oder mit den Worten des US-Autors: »Die Klimaschutzverhinderer wurden gezwungen, sich von der ›harten‹ Klimaleugnung auf eine ›weichere‹ Leugnung zurückzuziehen: herunterspielen, ablenken, spalten, verzögern und Verzweiflung schüren.« Wollte man dagegen antreten, müsse man die Strategien entlarven und überwinden.

## Von Opferrolle keine Spur

Als Urheber der berühmten »Hockeystick-Kurve«, die den Verlauf der CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre beschreibt, ist Mann seit mehr als zwei Jahrzehnten eines der Hauptziele jener Kräfte, die sich gegen angemessene Reaktionen auf die Klimakrise wehren. So kann der Autor zahlreiche Beispiele aus eigener Erfahrung beisteuern. Dabei beschreibt er die Methoden, die durch fossile Brennstoffe reich gewordene Menschen gegen Personen aus Wissenschaft, Politik und Aktivismus anwenden, wenn diese naturwissenschaftliche Fakten betonen und konsequentes Handeln fordern. Man könnte nun befürchten, die »Opferrolle« des Autors habe zu einem unsachlichen oder polemischen Werk geführt. Doch Mann führt weit mehr als die eigenen Erfahrungen aus, und fast immer sind seine Aussagen durch öffentlich zugängliche Quellen belegt.

Wer »Die Machiavellis der Wissenschaft« von Erik M. Conway und Naomi Oreskes gelesen hat, wird im ersten Teil des Buchs manches wiedererkennen: Mann zeigt zunächst die Parallelen auf, wie die teils gleichen Personen und Organisationen, die früher die Gefahren des Rauchens, des sauren Regens, des Ozonlochs und manches mehr heruntergespielt haben, heute den Klimaschutz sabotieren.

Dabei präsentiert der Autor meist knapp und gut belegt die Fakten zu einem klimawissenschaftlichen Sachverhalt und entkräftet falsche Argumente und Behauptungen. Viel wichtiger aber: Danach setzt er sich mit den Methoden der jeweiligen Angriffe und den dahintersteckenden Personen auseinander. Das ist nicht nur spannend wie ein Krimi, sondern man lernt bei der Lektüre Schritt für Schritt, wie Manipulationen der öffentlichen Debatte die Wahrnehmung der Klimakrise verfälschen und dringende Maßnahmen verzögern. Darin liegt die erste große Leistung Manns: Wem diese Muster bewusst sind, ist immun dagegen. Die zweite große Leistung, bei welcher der Autor oft die Arbeit investigativer Journalistinnen und Journalisten zitiert, ist die Bloßstellung jener Kräfte, die im Hintergrund die Propagandaangriffe finanzieren und koordinieren.

So zeigt Mann, wie man konservative Kräfte einerseits durch Verharmlosung davon abhält, aktiv zu werden, und gleichzeitig Klimaschützer durch Übertreibung der Folgen der Klimakrise dazu bringen möchte, zu resignieren und inaktiv zu werden. An anderer Stelle verspricht man Scheinlösungen wie Wasserstoff, CO<sub>2</sub>-Speicherung (CCS) oder Geoengineering, wodurch man vor allem Liberale dazu verleitet, vorhandene Lösungen wie die erneuerbaren Energien zu ignorieren und auf Innovationen und scheinbare Marktmechanismen zu setzen, die viel zu spät greifen



würden: »Wenn wir eine Erwärmung jenseits der kritischen Grenze von 1,5 Grad Celsius abwenden wollen, haben wir nur noch ein Jahrzehnt Zeit, um die globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen um den Faktor zwei zu reduzieren. Das ist eine sehr kurze Brücke«, schreibt Mann unter Anspielung auf Propagandisten von Brückentechnologien.

Ganz besonders betont der Autor die Motive der Ablenkung und der Teilung: Er belegt, wie die Feinde des Klimaschutzes Forderungen nach individuellen Verhaltensänderungen unterstützen. »Der Ölkonzern BP propagierte Mitte der 2000er Jahre das Konzept eines »persönlichen CO<sub>2</sub>-Fußabdrucks«.« Denn solange nur Minderheiten Konsequenzen umsetzen, können die fossilen Industrien ihr Geschäft rentabel fortführen – anders, als wenn starke politische Mehrheiten Änderungen am System fordern würden: »Die Wahlfreiheit von Verbrauchern führt nicht zum Bau von Hochgeschwindigkeitszügen, zur Finanzierung von Forschung und Entwicklung im Bereich erneuerbarer Energien oder zur Festsetzung einer CO<sub>2</sub>-Steuer.« Obendrein entstehe so Streit in der Klimaschutzgemeinschaft darüber, welcher Weg richtig sei, und Vordenkende könnten so diskreditiert werden, weil sie nicht in allen Aspekten konsequent handeln.

Milliardäre, die mit Rufmordkampagnen einflussreiche Forschende und progressive Politikerinnen und Politiker angreifen, Troll- und Bot-Armeen, die Kinder und Jugendliche schikanieren und bedrohen, gekaufte Lobbyisten in Politik und Wissenschaft, millionenschwere Kampagnen, um Falschinformationen zu verbreiten und die Gesellschaft zu spalten – teils mit Hilfe des eigenen Medienimperiums: Die erschreckende Faktensammlung in »Propagandaschlacht ums Klima« lässt keinen Zweifel daran, dass wir uns in einem »neuen Kampf ums Klima« befinden, wie es im Original heißt. Vielleicht sind der beachtliche Umfang des Buches und die Vielzahl an Beispielen erforderlich, um zu begreifen, dass eine kleine, schwerreiche Gruppe einen Krieg gegen den Rest der Menschheit führt. Manns jüngstes Werk kann dabei helfen, die Angriffe abzuwehren und optimistisch zu bleiben.

Björn Lohmann, 10.8.2021

---

**Erscheinungsdatum: 1.10.2020**

**Schmelzer, M. et al. (Konzeptwerk Neue Ökonomie):**

**Zukunft für alle - Eine Vision für 2048: gerecht. ökologisch. machbar.**

Erstmals seit Paech 2012 ("Befreiung vom Überfluss", Kommentar s. u.) wagt sich wieder jemand an die Beschreibung eines postwachstumsökonomischen Ziel-Szenarios, das die gesamte Palette der verschiedenen Unter-Themen abdeckt. Allein dieser Umstand verdient schon ein grundsätzliches Lob. Das "Konzeptwerk Neue Ökonomie" ist ein seit 2011 bestehender gemeinnütziger und unabhängiger Verein, der in Leipzig ansässig ist.

Rund 200 Leute haben an der Erarbeitung der vorliegenden "Zukunftsvision" mitgewirkt. Formal wird sie aus der Sicht des Jahres 2048 beschrieben; auch der Weg dorthin - also der Transformationsprozess - wird in Form eines allerdings nur

groben Rückblicks beleuchtet. Natürlich erhebt der Text nicht den Anspruch, das Ende der Diskussion zu markieren, sondern will genau diese anregen. Deshalb sollen hier auch nicht alle Vorschläge detailliert und kritisch vorgestellt, sondern nur ein paar allgemeine Beobachtungen und Einschätzungen zusammengefasst werden.

Das Thema ist ein sehr umfassendes; daran führt kein Weg vorbei. Allerdings ist es kontraproduktiv, wenn man es ohne Not noch ausweitet. So werden zu etlichen Aspekten Vorschläge gemacht, die nicht zwingend aus der existentiellen Gefahrenlage folgen (also: Klimawandel, sonstige Umweltschäden und Ressourcenbegrenzung), etwa: Abschaffung der Noten in den Schulen, Teilhabe, Barriere-Freiheit usw. Das heißt natürlich keineswegs, dass diese Vorschläge in der Sache falsch wären, sie gehören nur nicht zum Thema und führen, wenn sie kontrovers diskutiert werden, sogar vom Thema weg.

Dieser übertriebene Universalismus ist auch noch aus einem anderen Grund problematisch. Die Rezipienten des Textes können das Gefühl haben, dass ihnen sehr viel vorgeschrieben wird in dieser neuen Welt, auch und gerade im persönlichen Bereich. Es können Akzeptanzprobleme entstehen, die man dadurch entschärfen kann, dass man stets den engen Bezug zur Gefahrenlage darstellt. Was hier nicht hilft, ist der ständige Hinweis, dass dies alles demokratisch entschieden wird. Wieso sollte ich andere über "meine" Angelegenheiten mitentscheiden lassen? Es entstehen z.T. regelrechte Widersprüche; z.B. wird beim Wohnen gesagt, jeder könne sein "Wohnmodell" für sich gestalten, wie er wolle; andererseits wird ein starker Druck zum Gemeinschaftsleben ausgeübt, also: kein Herz für Eigenbrötler.

Die Ambivalenz demokratischer Abstimmungen wird nicht thematisiert. Der Text geht offenbar davon aus, dass diese der Garant für die Erzielung der besten Lösungen sind. Das ist sicher nicht der Fall, wie zahlreiche Beispiele aus der Realität zeigen. Es gibt pessimistische Stimmen, dass eine wirkungsvolle Transformation vielleicht nur mit einer Ökodiktatur durchführbar ist. Dagegen enthält der Text keinerlei Argumente; er droht noch nicht einmal mit dieser sicherlich nicht erfreulichen Alternative.

Ein höchst ambivalentes Ziel ist auch die an vielen Stellen propagierte Lokalisierung. Für diese gibt es zweifellos häufig gute Gründe; das besagt aber noch nicht, dass sie überhaupt bzw. in welchem Umfang, bis zu welcher Grenze sie funktionieren kann. Auch der Hang zu lokalen Abstimmungen scheint nicht sonderlich reflektiert zu sein. Es gibt vieles, was auf diese Weise nicht zu regeln ist (z.B. der Bahnfernverkehr, notwendige Stromtrassen, die keiner vor seiner Nase will).

Insgesamt hat der Text keine homogene Eindringtiefe. Vieles wird nur sehr allgemein dargestellt, anderes geht sehr ins Detail (z.B. dass bei der Wohnungsvergabe im Falle einer Patt-Situation das Los entscheidet). Das strahlt eine gewisse Beliebigkeit aus: die verstreut vorhandenen Details sorgen dafür, dass ihr Fehlen andernorts als Mangel empfunden wird, der Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Konzepts weckt.

Es sieht so aus, als seien die Vorschläge des Textes durch eine Art "Wünsch-dir-was"-Fragestellung entstanden, zu der die Beteiligten beigetragen haben, was ihnen gerade so eingefallen ist. Ob die Vorschläge überhaupt funktionieren und ob sie zur Abwendung der Bedrohungen ausreichen, scheint häufig nicht im Fokus der Überlegungen gestanden zu haben.

Die Frage, welche politische "Weltstruktur" am Ende eines gelungenen Transformationsprozesses stehen könnte, wie die Aufgabenteilung zwischen Nationalstaaten und übergeordneten Instanzen (erwähnt wird ein "Rat für Zukunftssicherheit" zur Ressourcen-Verwaltung) geregelt sein könnte, ist eine extrem komplizierte; eine ausführliche Betrachtung dazu würde den Rahmen des Textes sprengen. Schon heute sind die Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern in D. höchst umstritten, gerade in der Pandemie nochmals verstärkt hervorgetreten. Auch das abschließende "Szenario des Transformationsprozesses" ist eher ein erbaulicher Überblick denn eine präzise politische Handlungsanweisung. Aber man wird ja bei der Ausarbeitung einer Vision auch einmal ein bisschen träumen dürfen.

Rolf Oesterlein, 6.3.2022

---

**Erscheinungsdatum: 1.8.2020**

**Bernd Riexinger: System Change. Plädoyer für einen linken Green New Deal - Wie wir den Kampf für eine sozial- und klimagerechte Zukunft gewinnen können**

Das etwa 125 Textseiten umfassende Büchlein liest sich phasenweise wie ein Wahlprogramm, was für den Ex-Vorsitzenden der Partei "Die Linke" und ein Jahr vor einer Bundestagswahl auch naheliegend ist. Aber es ist dennoch mehr, weil es sich nicht auf eine Legislaturperiode beschränkt. Da es schon im Titel von einem "Green New Deal" (GND) spricht, gehört es auch zum Thema SÖT. Allerdings soll der kritische Blick des Kommentars sich auf die GND-Elemente beschränken. Sie werden allerdings nicht in einem eigenen Kapitel dargelegt, sondern ziehen sich durch das Buch.

Lobend erwähnt werden Konzepte von Bernie Sanders (USA) und Jeremy Corbyn (GB), allerdings ohne nähere Erläuterungen. Ebenso wird Distanz gehalten zur Besetzung des GND-Begriffs durch die Grünen (Fücks & Co.), aber eher wegen fehlender sozialer Komponenten und dem Festhalten am neoliberalen Wirtschaftssystem, und nicht, weil das "grüne Wachstum" eine untaugliche Illusion wäre.

Durch das Buch zieht sich, auf allen Gebieten, ein nicht enden wollender Forderungskatalog, durchaus mit sinnvollen Inhalten, und es wird sogar häufig angegeben, was die Maßnahmen kosten würden. Aber wie diese Kosten gedeckt werden sollen, wird höchstens selektiv erwähnt. Irgendeine zusammenhängend-vollständige Kostenbilanz wird gar nicht erst versucht. Es ist eine typische Oppositions- und Wahlkampf-Attitüde: es werden Einzelpositionen aufgelistet, in denen man sich (meistens) von anderen unterscheidet, aber weniger die Elemente eines konsistenten Szenarios. Trotz der Zahlen bleibt die Sache, wie in den meisten sonstigen Publikationen zum Thema, wiederum nur qualitativ.

An den Kern einer grundlegenden Umgestaltung, wie sie z.B. Nico Paech seit 2012 beschreibt, reichen die Überlegungen nicht heran. Regionalisierung und Konversion der Industrie-Produktion ja, aber nichts über Reduzierung der gewerblichen Arbeitszeit und schon gar nichts über Suffizienz; die Klientel hat ja Nachholbedarf, weil sie bisher von jenem Lebensstil ferngehalten worden ist, den es eigentlich abzuschaffen gilt. Eine schwierige Konstellation für die Linkspartei, gewiss, ähnlich übrigens wie für die Gewerkschaften - aber sie lässt sich weder wegdiskutieren noch klammheimlich umkurven.

Der Begriff "Wohlstand" wird aber durchaus umgedeutet, insbesondere in Richtung auf das "Gemeinwohl", in dem "Gemeingüter" die Privatisierung verdrängen sollen, insbesondere im Bereich der Infrastruktur, und zwar auf allen Gebieten - vom ÖPNV über Wohnen, Bildungssystem, Energiewende bis zum Sozialen. Dazu sind massive Investitionen vonnöten, und sogleich rollt die erste Forderungswelle an, wie oben erwähnt.

Riexingers Blick auf die Arbeitswelt erfolgt, wie bei der Linkspartei zu erwarten, aus ähnlicher Sicht wie bei den Gewerkschaften. Arbeitszeitverkürzung wird sehr wohl angemahnt, aber ohne jeden Bezug zum GND. Es geht, klassisch gewerkschaftsorientiert, um Stressabbau und einen Anteil am wachsenden (!) Produktivitätskuchen; daher wird auch der volle Lohnausgleich gefordert. Dass das ein massiver (BIP-)Wachstumstreiber wäre und einem echten linken GND total zuwiderlaufen würde, ist dem Autor (und vermutlich auch seiner gesamten Partei) wohl überhaupt nicht klar; jedenfalls wird es nicht thematisiert.

Umso ausführlicher werden Umverteilungsaspekte behandelt. Sie werden als wichtiger Bestandteil der sozial-ökologischen Transformation gesehen. Das ist sicher richtig. Allerdings lässt der Begriff "Lebensstandard" in diesem Zusammenhang vermuten, dass darunter vor allem ein materieller verstanden wird. Und auch diese Sichtweise ignoriert vollständig die Anforderungen an eine ökologische Transformation, die u.a. zu einer deutlichen Konsumreduzierung führen muss.

Ökologisch angemessen wiederum ist die Forderung nach einer Mobilitätswende. Die individuellen E-Autos werden als Sackgasse dargestellt. Die wegfallenden Arbeitsplätze in der Auto- und Zulieferindustrie sollen aber ohne Entlassungen in andere, ökologisch unproblematische konvertiert werden. Wie diese Rechnung aufgehen soll, wird nicht im Detail erläutert, es gibt auch keine (wenigstens groben) Zahlen dafür, wird aber immerhin als unausweichliche und nicht einfache Aufgabe beschrieben.

Allgemein soll mehr demokratische Selbstbestimmung in die Ökonomie gebracht werden. Das geht weit über die klassische betriebliche Mitbestimmung hinaus. Wirtschaftsräte sollen geschaffen werden, die die "Industriepolitik" festlegen. Hier ist auch von Regionalisierung der Strukturen und von Lebensqualität statt Lebensstandard die Rede. Die "sozial-ökologische" Konversion der Industrie, die - entgegen der gescheiterten zentral von oben vorgegebenen Planwirtschaft in den "realsozialistischen" Ländern - von den demokratischen Institutionen gesteuert werden soll, wird zurecht als Mammutaufgabe bezeichnet. Der Shareholder-Einfluss vor allem in den Groß-Betrieben soll zurückgedrängt, aber offenbar nicht abgeschafft werden - durch demokratische "Rahmenplanung". Dazu gehört auch,

(lebens-)wichtige Dienste in öffentliches Eigentum zu überführen, unter Hinweis auf die Grundgesetz-Forderung "Eigentum verpflichtet".

Globalisierungsaspekte werden hier nur kurz gestreift; es wird auf die Regionalisierung der Lieferketten und Einhaltung der Menschenrechte hingewiesen, aber auf ein detaillierteres Konzept nicht eingegangen.

Für den GND wird, einem Literaturzitat folgend, allein für Deutschland eine Investitionssumme von 1,5 - 2 Milliarden Euro in 10 Jahren gefordert (S.74). Die Kosten des Nicht-Handelns, so wird einige Seiten später ausgeführt, lägen noch höher. Das riecht nach der systemkonformen Argumentation, der GND sei aus Gründen der Kosteneffizienz zwingend. Diese (auch wieder nicht durchgerechnete) Behauptung bewegt sich im Dunstkreis der konventionellen Ökonomie und steht im Widerspruch zur ansonsten geübten Distanz gegenüber dem Mainstream.

Bei der Frage des Aufbringens dieser Summe werden qualitativ oder in groben Zahlenangaben allerlei Quellen der Umverteilung herangezogen. Das sind Sonderabgaben für Firmen und Reiche, intensive Besteuerung (z.B. auch für Vermögen) und die Umlenkung von Subventionen, auf jeden Fall die Vermeidung von Zahlungen zugunsten von Dividendenausschüttungen in Unternehmen, wie sie in der Pandemie vorgekommen sind.

Bei ökologischen Schäden soll das Verursacherprinzip gelten. Diese Internalisierung bisher als extern behandelte Kosten (d.h. die Unternehmen haben sie bisher nicht in ihrer Kostenrechnung berücksichtigt, so dass sie zu keiner Schmälerung der Profite beigetragen haben) wird allerdings nicht näher betrachtet, also auch nicht die Frage, ob und in welchem Umfang dieses Prinzip die Profitabilität der Firmen reduziert, möglicherweise bis zur Insolvenz, also eine massive Rezession auslöst. Dieses Problem, das in eine dauerhafte Wirtschaftskrise münden und alle Überlegungen zur "Umverteilung" zunichtemachen könnte, wird weitgehend ignoriert, auf gar keinen Fall gelöst.

Die Schuldenbremse ist natürlich keine Option, und auch die Finanzmärkte sollen entmachtet werden. Weil Riexinger für letzteres in der neoliberalen Gralshüterschaft der EU eine Barriere sieht, fordert er die "demokratische Neugründung eines sozial-ökologischen Europas" (S.82). Den Weg dorthin will er durch geeignete Einstiegsprojekte auf nationaler Ebene beginnen, die aber allenfalls grob skizziert werden.

Die Frage nach globaler Gerechtigkeit darf natürlich nicht fehlen. Zwar wird eingeräumt, dass die für den Norden vorgeschlagenen Ziele keine Blaupause für den Süden sein können, aber es werden für diesen Süden keine konzeptionellen Ansätze entwickelt und damit auch keine Rückkopplungen auf die Situation im Norden thematisiert, so dass dieser Aspekt in dem Buch als reiner Platzhalter angesehen werden muss.

Im 3. Kapitel werden die Akteure benannt, die sich einem GND widersetzen, weil sie Einbußen an Geld und Macht befürchten. Die besondere Sorge gilt zögerlichen gewerkschaftlich orientierten Kräften, die den GND als Ablenkungsmanöver weg von den sozialen Interessen der Arbeitnehmer sehen. Ihnen versucht Riexinger klarzumachen, dass diese Sicht falsch und ein Schulterchluss zwischen

Gewerkschafts- und Klimabewegung empfehlenswert ist, zumal auch in dieser die sozialen Aspekte keineswegs ignoriert werden. Zur Verdeutlichung der gewerkschaftlichen Ambivalenz verweist er auf die IG Metall mit ihrem Vorsitzenden Hans-Jürgen Urban auf der einen Seite und Betriebsräten auf der anderen Seite, die z.B. Abwrackprämien und Kohlekraftwerk-Erhaltung fordern und recht blauäugig auf der Position ihres Managements verharren. Er lässt keinen Zweifel daran, dass er solch kurzsichtiges Verhalten nicht für zukunftsfähig hält, und nennt die Notwendigkeit neuer Bündnisse aus unterschiedlichen Milieus eine "verbindende Klassenpolitik". Dafür verzichtet er auch auf das Stellen der "sozialistischen Systemfrage". Das werde sich von selbst ergeben, wenn erst einmal genug Menschen "in Bewegung" seien. Andererseits müsse die Linke benennen, "was alles geändert und auf den Kopf gestellt werden muss" (S. 101). Das ist zumindest ein Spagat, vielleicht auch ein Widerspruch.

Die Frage nach Zwischenschritten auf dem Weg der Transformation könnte auch für das allgemeine GND-Thema interessant sein, läuft hier aber eher auf parteitaktische Überlegungen hinaus, also z.B. hinsichtlich Mitregieren oder Erkämpfen kleinerer Fortschritte für die Klientel. (Riexinger legt den Fokus eher auf die thematische Hegemonie-Erlangung als auf die Rolle einer "Regierungspartei im Wartestand".) Vor allem über Einmischungen im Alltag will er die Basis verbreitern - für die Partei, aber auch für die Anliegen der Partei.

Man verfüge über eine "kohärente wirtschaftspolitische Alternative", heißt es an einer Stelle (S. 114). Eine solche wäre auch für das Thema GND / SÖT sehr wünschenswert, denn genau die fehlt dort, und das blockiert die Transformation in viel stärkerem Maße, als es den meisten durchaus engagierten Streibern bewusst ist. Jedoch erscheint dieser Anspruch zumindest für das vorliegende Buch doch etwas zu hoch gegriffen. Zwei Aktivisten der Linkspartei haben vor kurzem mitgeteilt, dass sie sich aus ihren (Bundestags-)Funktionen zurückziehen, weil sie innerhalb der Partei das kompetente und ernsthafte Bemühen um ökonomische Themen vermissen. Wenn diese Einschätzung zutrifft, wäre das auch für das Vorantreiben der - für alle! - so dringlichen sozial-ökologischen Transformation ein Manko.

Rolf Oesterlein, 20.4.2021

---

**Erscheinungsdatum: 17.3.2020**

**Manfred Folkers / Nico Paech: "All you need is less"** Eine Ökonomie des Genug aus ökonomischer und buddhistischer Sicht

(Die Normalschrift stellt die Zusammenfassung der Ausführungen des Autors dar; Ergänzungen und Wertungen des Rezensenten sind in *Kursivschrift* gesetzt.)

Nach 8 Jahren und einem kleinen Diskussionsbuch mit Erhard Eppler veröffentlicht Nico Paech ein neues Buch, zusammen mit dem deutschen Buddhisten Manfred Folkers, den er aus Oldenburg seit einiger Zeit kennt. Solchen Berührungspunkten ist ein "Vorgespräch" gewidmet, ehe dann die beiden Autoren jeweils einen ca. 90 Seiten starken eigenen Teil verantworten, dem dann noch ein "Nachgespräch" folgt.

**Folkers** ist ein (zertifizierter) Lehrer des Dharma, der buddhistischen Lehre, und leitet die Forderung nach Suffizienz aus dem Versuch des Buddha ab, die Leiden der Menschen zu erkennen, zu analysieren und Hinweise zu ihrer Überwindung zu geben. Er sieht in Buddhas gewonnenen Erkenntnissen ein philosophisches Gerüst, das noch keineswegs eine Religion darstellt, sondern mit entsprechenden Elementen gefüllt werden kann, aber nicht muss - und auch z.B. durch Agnostiker zu verwenden ist. Die buddhistische Ausgangsidee ist allerdings nicht einfach zu verstehen: der Kern eines jeden Wesens ist leer, ohne jegliches Element einer Eigenständigkeit, weil es nur als Bestandteil des universellen Ganzen bestehen kann. Der Gedanke wird nicht näher ausgeführt und ist für die Botschaft des Autors wohl auch nicht zwingend.

Als Leidensursachen hat Buddha Verhaltensweisen erkannt, die er mit Gier, Hass und Verblendung benannt hat und die, je nach Situation, mit zahlreichen anderen Vokabel-Triplets umschrieben werden können (z.B. Begehren, Abneigung, Täuschung oder Verlangen, Aggression, Leugnung). Aus Sicht des Autors wurde das "Goldene Zeitalter" der Zivilisation, vor dessen Zerstörung wir stehen, ebenso durch diesen Dreiklang hervorgerufen wie dessen aktuelle Bedrohung. Das ökonomische Wachstumssystem nennt er "*Gier-Wirtschaft*", die "Verblendung" äußert sich in Form von "*Folgenleugnung*"; Aggressionen als Ausprägungen des Hasses richten sich gegen die Konkurrenten in der Wettbewerbsgesellschaft. Da die Menschen mit ihren fehlgeleiteten Motiven das "gefährliche" System geschaffen haben, ist es auch an ihnen, es zu überwinden. Zitiert wird Gandhi: "*Die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier.*"

In der Folge werden auch außerhalb der ökologischen und sozialen Aspekte liegende Verhaltensweisen in der aktuellen Wirtschaftsordnung durch Bewertung anhand buddhistischer Termini kritisiert (*Achtsamkeit, Rückbesinnung, Gleichmut, Entschleunigung, gesunder Klareblick* u.v.a.). Es werden Strategien zur Befreiung von den Zwängen empfohlen (z.B. Meditationsübungen). Gegenüber anderen Menschen wird dazu geraten, einfach "*absichtslos das Beste zu tun*" - ohne Zwang und Druck, im solidarischen Miteinander.

Dass ein schlüssiges ökonomisches Konzept jenseits des Wachstumszwangs fehlt und eine dringliche Notwendigkeit zu seiner Entwicklung und Einführung besteht, wird deutlich ausgesprochen. *Natürlich werden die Buddhisten das nicht selbst leisten können. Jedoch könnten ihre Überlegungen im psychologischen und soziologischen Bereich des Gesamtproblems durchaus hilfreich sein.*

**Nico Paech** firmiert im Klappentext als Vertreter der "*Pluralen Ökonomik*", geht aber im Grunde auf diese Ebene des Postwachstumsproblems überhaupt nicht ein. Nach seinem Credo ist die Politik mit Vorbereitung und Durchführung einer durch Suffizienz getriebenen ökosozialen Transformation völlig überfordert. Helfen kann nur eine ständig anwachsende, sich aus der Nische emanzipierende Zahl von Individuen, die ihr Leben konsequent, ohne Illusionen und Selbstbetrug, auf Suffizienz "umstellen", bis die Mehrheit zu ihnen überläuft, angetrieben durch moralischen Rechtfertigungszwang, *der im Text recht forscht, aber auch ziemlich eklektisch und keineswegs lückenlos aufgebaut wird.*

Zunächst wird erläutert, wieso es ohne Suffizienz nicht geht. Die immer noch vielerorts propagierten Modelle, die offen oder heimlich die Beibehaltung des "Wohlstands" (gemeint ist immer der materielle) nahelegen, werden zurecht ad absurdum geführt. *Das ist zwar schon einige Male passiert, kann aber angesichts der Renitenz der verschiedenen restaurativen Kräfte zur Erhaltung der "imperialen Lebensweise" nichts schaden.* Hingewiesen wird auch auf den Aspekt, dass die innovationsgetriebenen Hoffnungen völlig von allen Realitäten der Gegenwart losgelöst sind und dass dadurch an die Stelle nüchterner Analyse schwärmerischer Glaube tritt (S. 131).

Kulturkritisch wird vermerkt, dass der Freiheitsbegriff in jüngerer Zeit (*m.E. durchaus auch früher, wenn nicht schon immer, vgl. z.B. Auslöser der frz. Revolution*) von der Abwehr von Unterdrückung zur Forderung nach Verfügbarkeit von Konsum gedriftet ist (ambivalentes Beispiel: DDR & Reisefreiheit). Gesteuert wird dies offenbar vom herrschenden neoliberalen Wirtschaftssystem, das für den Wachstumszwang auch den Konsumzwang braucht. Moralische Bedenken (wg. fehlender Nachhaltigkeit) werden mit vereinten Kräften durch Übertünchung weggeräumt; das Kreuzfahrtschiff benutzt Energiesparlampen, und es blüht ein reger Ablass-Handel wie im Mittelalter, hier rein symbolisch für das moralische Feel-good, natürlich ohne die Nachhaltigkeit zu retten. Und alles immer additiv, ohne irgendeine (Konsum-)Freiheit einzuschränken.

Suffizienz als "*ersatzlose Unterlassung*" (S. 144f) ist die Antwort auf

- die *Verantwortung* für eine die Umwelt massiv schädigende Wohlstandsaneignung
- die fehlende *Legitimität* für die räumlich und zeitlich entgrenzten Ansprüche
- die schwindende *Resilienz* angesichts der stresshaft zunehmenden Fragilität der Versorgungssysteme
- die fehlende *Sinnhaftigkeit* der fortgesetzten Wohlstandsanhäufung

Bezüglich des Konsumzwangs weist Paech nun (S. 146-171) auf einen Aspekt hin, *der meines Wissens noch nicht woanders ähnlich deutlich problematisiert worden ist.* Die fortgesetzte Überhäufung mit Konsumangeboten setzt den Konsumenten zusehends unter Zeit-Stress. Ähnlich wie die natürlichen Ressourcen des Planeten sind auch die Zeit-Ressourcen des Individuums begrenzt und nicht vermehrbar. Jedem Konsumobjekt muss ein Mindestmaß an Zeit gewidmet werden, sonst wird sein Besitz sinnlos. Verweilt man aber zu lang, versäumt man anderes. *Möglicherweise hat diese Zwangslage zur bereits häufig konstatierten geringen "Aufmerksamkeitsspanne" von Jugendlichen gegenüber auch komplexeren Themen geführt.*

*In diesen Zusammenhang hätte auch die Verbalinjurie "Konsumidiot" recht gut gepasst, mit der seit einem halben Jahrhundert die unreflektierte Gefolgschaft für kapitalistische Rattenfänger kritisiert wird, eine Mentalität, mit der Menschen selbst Ereignisse, die Mitarbeit zwingend erfordern (z.B. Reha-Aufenthalte in einer Klinik), zu ihrem eigenen Schaden nur passiv "konsumieren". Genau diese Haltung wird ja auch den sozialökologischen Notwendigkeiten, wie Paech zurecht beklagt, in starkem Maße entgegengebracht. Dabei müsste man umgekehrt, selbst wenn keinerlei ökologische und ressourcenmäßige Probleme bestehen würden (reines Gedankenexperiment!), das aktuelle Wirtschaftssystem allein schon wegen seines Konsumzwangs überwinden, und dazu ist Paechs Suffizienzansatz zweifellos ein individuell anwendbares, erfolgversprechendes Mittel.*



Offen ist bisher die Frage, welches "Genug!" denn quantitativ das richtige und erforderliche ist, um die ökologischen Randbedingungen einzuhalten. Im nächsten Kapitel werden einige Überlegungen zur (internationalen) Gerechtigkeitsfrage angestellt. *Sie sind aber leider sehr rudimentär und wenig aussagekräftig.* Die Erkenntnis, dass Einzelaktivitäten nicht isoliert, sondern nur im Gesamtkontext auf ihre Nachhaltigkeitsauswirkungen eingeschätzt werden können, *ist richtig, aber längst bekannt. Dass man aber Kontingente nicht auf Staats-, sondern nur auf individueller Ebene verhandeln könne, leuchtet nicht ein.*

Im Folgenden werden wieder einige Greenwashing-Apologeten attackiert, aber auch die gemeinen Vertreter des (Wahl-)Volkes mit ihrer in vielen Situationen sich demaskierenden Doppelmoral und ihrem Hang zur Verantwortungsflucht. Zur Eingrenzung des "Genug!" wird unterschieden zwischen (legitimen) *Grundbedürfnissen* und *"dekadentem Luxus"*. Gerade bei letzterem entstehen die ökologisch ruinösen Prozesse mit wachsender Dynamik (S.183). Beispiele für *"abgehobenen Hedonismus"*: *Flugreisen, Kreuzfahrten, Plastikverpackungen, Ski-Urlaub, Neubau von Wohnhäusern, digitale Endgeräte, PKW, Schönheitschirurgie, Wellnesskonsum, technisierte Freizeitgestaltung* werden angeführt, ohne nähere quantitative Betrachtungen. Beide Kategorien der Ressourcennutzung konkurrieren, u.U. um die gleiche Ressource (z.B. Strom) und sind natürlich unterschiedlich "ökomoralisch" zu bewerten.

An dieser Stelle kritisiert Paech (*zurecht*) die konzeptionsschwache staatliche Energiepolitik, rät seinen Suffizienz-Überzeugten in der Nische aber nicht zu politischem Rabatz und erkennt auch nicht den *Fehler*, die politische Bühne zu ignorieren und anderen zu überlassen. Stattdessen attackiert er umgekehrt Polit-Aktivisten ohne private Suffizienz-Correctness und *betreibt damit, vermutlich ungewollt, das Geschäft der hartnäckigen Öko-Ignoranten in den Chef-Etagen, die genau das Gleiche tun.* Dass über die Verhältnismäßigkeit von Ansprüchen debattiert werden muss, *ist hingegen nicht zu bestreiten.*

Es werden nun noch ein paar individuelle Umsteuerungsaktivitäten beschrieben, auch solche, die nicht ganz kurzfristig realisiert werden können (z.B. Verringerung Wohnraumbedarf durch Verkauf von Immobilien). Andererseits werden technologische Verbesserungen (bei Energie, Mobilität usw.) mit dem Killerargument desavouiert, man könne ja vollständig verzichten, dann entfalle der Technologie-Einsatz; eine Überprüfung der Auswirkungen auf mögliche Rechtfertigung - wie oben beim Strom für Krankenhäuser (Grundbedürfnisse) oder Luxus - findet plötzlich, aber *unzulässigerweise* nicht mehr statt.

Und dann (S. 192) werden drohende Verluste von *"Karriere- und Einkommensquellen"* *allen Ernstes als lässlicher Effekt verhöhnt - so wie im ganzen Buch durch den Ökonomen Paech der Aspekt der durch seine Vorschläge möglicherweise drohenden Existenzgefährdung mit keinem Wort problematisiert wird, ein Versäumnis, das den gesamten Text infragestellt. Es geht eben nicht einfach nur um den "Mut zum Unzeitgemäßen"* (S. 193).

Nun wird ausführlicher auf die Situation der Politiker eingegangen, die sich einem widersprüchlichen Wahlvolk mit der Maxime "Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass!" gegenübersehen. Es gibt da nichts zu beschönigen: *"Mehrheitsfähig ist, was in den Abgrund führt."* Aber daraus abzuleiten, dass *"wachstumskritische*

*Transformationsentwürfe Zeitverschwendung" seien, ist ein gravierender Denkfehler (oder die Faulheit der - auch pluralen - Ökonomen?). Paech befürchtet, dann würde die Mehrheit "auf Godot warten" und keine Suffizienz praktizieren. Aber das tut sie - laut Paech - doch ohnehin? Es ist eine rein willkürliche Behauptung, es könne nicht beides gehen, Polit-Aktivismus und persönliches Streben nach Suffizienz; das beißt sich überhaupt nicht, weder auf der persönlichen noch auf der politisch-gesellschaftlichen Ebene.*

*Wenn der Fokus allein auf der individuellen Ebene verharret, hätte man sich für diese einiges an Hilfestellung erwarten können. Es ist ja nicht so, dass alle zu begutachtenden Verhaltensweisen - die persönlichen wie öffentlichen - allesamt problemlos in "Basics" und "Luxus" einzuteilen wären oder der ökologische Fußabdruck oder andere Kontingentierungen für den Einzelnen a priori bekannt wären. Es könnten da eine Menge Bezugsgrößen und Messlatten erarbeitet werden, etwa eine Art kommentierte Check-Liste. Nichts davon ist in Sicht. Laut Paech sollen die um Suffizienz bemühten Individuen "in formeller Handlungsfreiheit ...ein zwischenmenschliches Regulativ ...rekultivieren", das so etwas wie "ökologischen Anstand" hervorbringt. Von "oben" könne Suffizienz nicht kommen. Die argumentationslose Einführung von Axiomen übersieht die Gefahr, dass sie falsch sind; dieses ist falsch. Man möge einmal arme und Sozialwissenschaftler fragen, woher die unfreiwillige "Suffizienz" dieser weltweit immer noch dominanten Bevölkerungsgruppe stammt.*

*Paech propagiert eine Elite von Suffizienz-"Pionieren", eine "Avantgarde", die die Suffizienz-Prinzipien (obwohl sie nirgends geschrieben stehen) perfekt und ohne jedes Schwächeln vorzuleben hat - sonst hat sie im öffentlichen Diskurs nichts zu melden, es wäre "Scharlatanerie". Das ist, wie schon erwähnt, die gleiche verdrehte Argumentation wie bei vielen Greenwashern, die im eigenen persönlichen Bereich zwar keinen Finger rühren, sich aber in jenem ihrer Kritiker zum Korinthenkacken einnisten.*

*Die Daseinsberechtigung seiner Avantgarde sieht Paech (S. 203) in der Schaffung einer "verallgemeinerbaren Problemlösung" für den ökologischen System-Crash, natürlich technologie- und institutionenunabhängig (also: technologiefrei und frei von demokratischen Mehrheitsentscheidungen); angeblich sind die Pioniere die "Lebensversicherung" für ihre heutigen Kritiker. Woher er diese Zuversicht nimmt, bleibt rätselhaft. So vermessen sind nicht einmal die Prepper. Könnte es sein, dass bei einem System-Crash gerade wegen fehlender oder schwacher Institutionen jede Infrastruktur und staatliche Autorität zusammenbricht, so dass - unter völliger Ignorierung der Suffizienz-Avantgarde - eine rational agierende Öko-Diktatur das geringere Übel wäre im Vergleich zu einem drohenden Chaos mit einer lokalen oder internationalen Gewaltspirale, getriggert von Warlord-Banden oder Massenvernichtungswaffen? In der schriftlichen und filmischen Literatur gibt es einige apokalyptische Inszenierungen zu solchen Vorstellungen, die aber allenfalls geeignet sind, Druck auf die Handelnden der Gegenwart auszuüben.*

*Das will Paech auch, aber nicht auf der Ebene der Institutionen, sondern mit seinen "Suffizienz-Sportgruppen". Die Pioniere sollen ihre Belastbarkeit trainieren: "Hierzu bietet es sich an, adäquate Orte und Plattformen zu erschließen, um gemeinsam mit anderen Übungsprogramme der Reduktion und Verweigerung zu initiieren." (S. 207). Und weiter (S.208): " Zuweilen sind die Pioniere ethisch engagiert, durchsetzungsstark, eigensinnig oder von einer besonderen Bestimmung oder Idee beseelt, der sie zielstrebig und risikobereit folgen. ... Sie ebnen den Weg dafür, dass die Kohorte mit der nächsthöheren Übernahmeschwelle (frühe Adopter) aktiviert wird." Angestrebt werden "Brutstätten für suffiziente Daseinsformen"; anfangen sollte*

man, wo "materielle Knappheit" herrscht, z.B. in "bestimmten Regionen in Mecklenburg-Vorpommern". Und danach gilt: Seid sesshaft und mehret euch, damit die "suffiziente Lebenskunst" nicht ausstirbt (bevor der Crash eintritt)!

Viele Bewegungen hätten klein angefangen, rechtfertigt Paech seinen Ansatz. *Das sagen auch die meisten Sektengründer zu ihrer Klientel und bleiben dann doch im Sektierertum stecken.*

Im Schlusswort bringt Paech sein "formell anarchistisches" Konzept noch einmal auf den Punkt: jedes Individuum dürfe aufgrund der aktuellen Gegebenheiten mit seiner "materiellen Freiheit" eine Obergrenze nicht überschreiten, was mit einem "maßvollen Wohlstands- und Technologie-Boycott" erreicht werden solle. *Dieser Zielsetzung kann man kaum fundiert widersprechen. Aber warum übersieht der Autor, dass dazu eine private Suffizienz-Orientierung nicht ausreicht? Dass dem Einzelnen die Kenntnis darüber fehlt, wo diese Obergrenze, dieses "Genug!" für alle Arten menschlicher Tätigkeiten in der Allgemeinheit und privatissime liegt, in einer für ihn transparenten Maßeinheit übrigens? Und dass er sie sich auch nicht mit anderen Gleichgesinnten halbwegs zuverlässig bestimmen kann? Aber Paech liefert nicht. Er beschränkt sich auf einige wenige, zufällig ausgewählte Fallbeispiele mit rein qualitativen Aussagen.*

*Am ärgerlichsten jedoch ist, dass der Ökonom nicht realisiert, dass jede Gesellschaftsordnung eine Ökonomie hat, so wie jeder Tag ein Wetter, aber nicht irgendeine braucht, sondern eine passende. Und die aktuell herrschende ist sicher nicht die richtige. Seine "Avantgarde" wird dieses Problem nicht lösen, wenn er (wie andere Ökonomen auch) sie und alle anderen hängen lässt. Wenn die materiellen Boykotteure (was ja wünschenswert wäre) die Nische verlassen und in die Relevanz der "Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung" (VGR) eindringen könnten, ginge es schon los: ähnlich wie z.B. bei einem flächendeckendem Verbot von geplanter Obsoleszenz würden nicht nur die Mainstream-Ökonomen die aufgrund der sinkenden Wertschöpfung heraufziehende Rezession beklagen; es würden sein Heulen und Zähneklappern (Insolvenzen, Arbeitslosigkeit, Steuerausfälle, sozialer Kahlschlag, Existenzgefährdung ....), auch bei den Pionieren in Meck-Pomm. Noch vor der Klimakrise käme eine ökonomische Krise übelsten Ausmaßes, die zu einer massiven politischen würde, mit zweifelhaften Entwicklungen am rechten Rand des politischen Spektrums. Könnte es nicht sein, dass die Politiker gar nicht wegen mangelnder Wähler-Unterstützung zögern (auf die haben sie z.B. bei Privatisierungen im Gesundheitssystem auch nie gewartet), sondern weil ihnen kein Wissenschaftler einen Ausweg aus dem drohenden Rezessions-Alptraum aufzeigt?*

*Seit 8 Jahren verharrt Nico Paech auf einem Postwachstum-Szenario, das über grobe Ansätze nicht hinauskommt, geschweige denn auch nur annähernd abschätzt, ob es überhaupt funktioniert. Modellgestützte Berechnungen gar über Möglichkeiten, Alternativen und Detaillierungen sind nicht in Sicht, obwohl es seit drei Jahren dank der Dissertation von Christoph Gran eine an die deutsche VGR adaptierte Modellierung gibt (Doktorvater: Paech!). In einer Veranstaltung der Berliner "Klimaliste" am 30.4.2021 hat er auf Nachfrage diese Arbeit als "bedeutungslos" desavouiert mit der argumentationsfreien Behauptung, man könne aus solchen Berechnungen keine Erkenntnisse gewinnen. Wenn die Klimaforscher so argumentieren würden, wüssten wir heute nicht, wo wir stehen. Zugegeben, sie haben Jahrzehnte für die Annäherung an verlässliche Ergebnisse benötigt. Und vielleicht hinken die Ökonomen mit ihrer Mathematik-Phobie ja noch weit hinter brauchbaren Simulationen her - aber die Annahme, sich um derlei Fragestellungen dank der Forderung nach "Suffizienz-Fitness" herumdrücken zu können, ist erschreckend naiv. So geht sozial-ökologische Transformation garantiert nicht.*

Im "Nachgespräch" deutet Paech einerseits an, dass seine Avantgarde im Krisenfall, wenn alles zusammenbricht, für sich und als "Rettungsinseln" auch für die Allgemeinheit ein unabhängiges, autarkes und dezentrales Versorgungssystem aufgebaut haben wird. Andererseits schreibt er (S. 221): "Für mich muss die Ökonomik zu einer Überlebenswissenschaft werden, sonst ist sie überflüssig. Das heißt, sie muss Selbstbegrenzung und Genügsamkeit zu ihren Leitkonzepten werden lassen." Richtig! Aber warum bloß arbeitet der Ökonom Paech, der nach wie vor einer der kompetentesten und konsequentesten Streiter gegen den Ökozid ist, genau daran **nicht**?

*Fazit: Das Buch über das "Genug!" ist - bei weitem - nicht genug.*

Rolf Oesterlein, 1.3.2022

---

**Erscheinungsdatum: 17.3.2020**

**Christian Berg: Ist Nachhaltigkeit utopisch?** Wie wir Barrieren überwinden und zukunftsfähig handeln

(Die Normalschrift stellt die Zusammenfassung der Ausführungen des Autors dar; Ergänzungen und Wertungen des Rezensenten sind in *Kursivschrift* gesetzt.)

### **Einleitung:**

Dennis Meadows hält das Erreichen von **Nachhaltigkeit** nicht mehr für möglich, da Ziele irreversibel verpasst worden sind (Artenvielfalt: Tierarten sind ausgestorben). Realistisch sei nur noch "Resilienz-Denken" zum Zweck des Überlebens. Christian Berg beharrt auf dem Nachhaltigkeitsziel als Ideal, dem man sich aber vielleicht nur "annähern" könne, weshalb er es hier als Utopie zur Debatte stellt. Das könnte allerdings ein reines Definitionsproblem sein ohne Divergenz in den Positionen [23].

Dass schon Tempolimits als "Öko-Diktatur!" verunglimpft werden, könnte darauf hindeuten, dass es ohne eine solche nicht abgehen wird - die liberale Demokratie als fundamentales Nachhaltigkeitshindernis. Freiheit muss jedoch auch die Demokratie - und kann sie auch! - einschränken, wenn die einen Gruppen die anderen beeinträchtigen (Raucher versus Nichtraucher); das gilt auch global, auch gegenüber zukünftigen Generationen. Natürlich "stören" auch bei einer gutgemeinten Öko-Diktatur die bekannten Nachteile einer Diktatur [25]. Nur: die Demokratie könnte, aber sie tut's nicht. Die Falschen haben die Macht (Lobbykraten und wählende Ignoranten).

Der ständig von Thema zu Thema hüpfende "Krisenfokus" der Öffentlichkeit verstellt den Blick auf komplexe Zusammenhänge schleichender Katastrophen, insbesondere auf die Nachhaltigkeitsbarrieren [30]. Der "Phasenübergang" zur Nachhaltigkeit erfordert die Betrachtung vieler Dimensionen und Parameter gleichzeitig, durch viele unterschiedliche Akteure [35].

Bei komplexen Systemen ist nicht einfach zu durchschauen, welche Akteure welche Entscheidungen treffen und umsetzen können. Auch ihr Zusammenwirken ist komplex (z.B. Abhängigkeit von Stakeholdern) [38f]. Ebenso gibt es Probleme bei Regeln; wegen ihrer Beschränkung auf Allgemeingültiges klären sie meist nicht im Detail, welche Alternative von mehreren die bessere ist.

Anschließend [42] wird mit zahlreichen Zitaten die Brundtland-Definition von Nachhaltigkeit diskutiert: Bedürfnisbefriedigung für die aktuelle Generation ohne Schädigung der Bedürfnisse nachfolgender Generationen. Die meisten Kritiken an der Nachhaltigkeitsdefinition sind zwar berechtigte Hinweise, verkennen aber, dass diese grundsätzlichen Formulierungen nur wegweisend sein können, aber noch der Spezifizierung und der Bereinigung zahlreicher Zielkonflikte bedürfen. Gerade darin steckt der Arbeitsaufwand, der noch zu leisten ist. Selbst die 17 Ziele der UN mit den 169 Unterzielen sind noch keine Handlungsanweisung, die alle Zielkonflikte auf dem Weg zur Nachhaltigkeit auflöst. Vielleicht sind gar nicht alle 17 Ziele koexistierend möglich, obwohl sie allesamt als wünschenswert erscheinen. Es ist im Übrigen auch einfacher zu beschreiben, was nicht nachhaltig ist, als das, was uneingeschränkt zur Nachhaltigkeit führt.

Die Warnung, nicht zu leichtfertig Entwicklungen als nachhaltig anzuerkennen, ist berechtigt: die Gefahr überraschender, nicht vorhergesehener schädlicher Nebenwirkungen ist groß, wie man an vielen (vermutlich) gutgemeinten, aber misslungenen (Entwicklungs-)Projekten erkennen kann [49f]. Deshalb sieht der Autor den utopischen Charakter der Nachhaltigkeit nicht als Bremse, sondern als Ansporn.

## Teil 1: Nachhaltigkeitsbarrieren

### A. intrinsische Nachhaltigkeitsbarrieren

#### **1. Barrieren der physischen Wirklichkeit**

Der "**Erntefaktor**" (EROI) gibt an, das Wievielfache an Energieeinheiten der Einsatz von Primär-Energie bringt: beim Öl ist er - ohne Klimateffekt-Berücksichtigung - von 1999 bis 2006 von 35:1 auf 18:1 gesunken; Tendenz weiter abnehmend. Je mehr sich der Faktor 1:1 nähert, desto näher ist das Ende des Wachstums, weil Energie die entscheidende Größe unserer Industrie-Gesellschaft ist [65ff].

10:1 gilt als ökonomisch notwendig; einige Erneuerbare (Photovoltaik) liegen tiefer, könnten aber durch technische Verbesserungen gesteigert werden.

Auch die Rückgewinnung von "verwandelten" Stoffen (**Recycling**) gelingt nie vollständig, und daher gibt es auch keine perfekten **Kreisläufe**. Es ist auch keineswegs unbegrenzt Energie verfügbar (2. Hauptsatz der Thermodynamik). Von den durch die Theorie grundsätzlich vorgegebenen Grenzen sind die meisten Länder - auch fortschrittliche - noch weit entfernt, also in der Effizienz viel schlechter. Die offiziellen Recycling-Quoten (in D. z.B. 66% des Hausmülls) sind in mehrfacher Hinsicht manipuliert, z.B. weil ins Ausland exportierter Müll dazuzählt, obwohl er dort gar nicht recycelt wird. *Ebenso gilt Müllverbrennung als Recycling, wenn aus dieser - auf nicht nachhaltige Weise - Energie gewonnen und einer Nutzung zugeführt wird; aber es entstehen keine Produkte, die neue Produkte entbehrlich machen, was die Definition von*

*Recycling verlangt.* Rückstände wie der Reifenabrieb auf Straßen können überhaupt nicht genutzt werden. Seltene Erden, deren Verbrauch gerade stark wächst, können zu weniger als 1% in wiederverwertbarer Form zurückgewonnen werden. Recycling kann verbessert werden, benötigt aber viel Energie. Das gilt auch für die Primärenergiebeschaffung, und das bedeutet einen niedrigen ELOI. Das "Take-Make-Waste"-Wirtschaftssystem ist an seinem Ende angelangt [69ff].

Niedrige Recycling-Quoten führen beim Rohstoff-Müll zu Umweltschäden, deren Beseitigung wiederum Energie erfordert, was durch deren "unproduktive" Nutzung den zur Wirtschaftlichkeit notwendigen EROI weiter erhöht [72].

Als **Lösungsansätze** nennt der Autor an dieser Stelle: Ressourcenschonung, Vermeidung von Umweltschäden (immer effizienter als nachträgliche Reparatur), effiziente erneuerbare Energie.

## 2. Barriere Komplexität

Komplexe Systeme sind schwer prognostizierbar: Konsumenten können die ökologischen und sozialen Folgen ihres Konsums kaum umfassend voraussehen. Rückkopplungen, Interpendenzen, Nichtlinearitäten sind die Gründe dafür. Ursache und Wirkung lassen sich oft nicht trennen, weil die Wirk-Ketten immer länger und verwickelter werden. Viele menschliche Eingriffe in komplexe Systeme erreichen das Gegenteil des beabsichtigten Effekts [Beispiele 75f]. Komplexität ist eine Barriere für Nachhaltigkeit, weil Erkenntnisse schwer zu vermitteln (Unverständlichkeit führt zu Populismus), häufig unsicher und deshalb leicht anzuzweifeln sind [77f].

## 3. Kognitive Barrieren [80ff]

Für viele Menschen schwierig sind z.B. der Umgang mit exponentiellen Funktionen (dafür werden Beispiele genannt) und die Tatsache, dass viele Nachhaltigkeitsparameter nicht sensorisch wahrzunehmen sind, sondern gemessen oder gar berechnet werden müssen: Zeitskalen sind länger als Menschenleben; Biodiversität, CO<sub>2</sub>, Mikroplastik-Verteilung *bis in die Arktis* sind nicht unmittelbar erfahrbar, komplizierte Rechenmodelle schon gar nicht.

Zu den **Lösungsansätzen** zählen verbesserte und verstärkte Bildungsansätze [z.B. *Öko-Prüfung beim Führerscheinwerb*]. Die Vorschläge basieren z.T. auf der Arbeit des Kybernetikers Frédéric Vester ["*Ökolopoly*"]. Die zu vermittelnde Grund-Erkenntnis: in komplexe Systeme sollte nur mit großer Vorsicht eingegriffen werden.

## 4. Moralische Barrieren (Gier, Egoismus, Ignoranz, ....)

Der Autor weist auf den (scheinbaren) Widerspruch zwischen systemischen und moralischen Ursachen der Finanzkrise hin. (*Vergisst aber zu erwähnen, dass es auch unmoralische Systeme gibt, die nicht auf Zufall, sondern bewusster Aufrechterhaltung fußen*) [90ff]. Im **Lösungsansatz** wird Christian Felbers Feststellung zitiert, dass der Kapitalismus genau die Untugenden lehrt, die im Privatleben verpönt sind: Egoismus versus Hilfsbereitschaft, spießiger Eigennutz versus Großzügigkeit usw. [93f].

## 5. Barriere "Value-Action-Gap"

Man tut nicht, was man aufgrund seines Wissensstandes tun sollte. Aufklärung ist notwendig, reicht aber allein nicht. Es braucht Druck in die richtige Richtung [95ff]. Störfaktoren sind: Kurzfrist-Denken (Schaden & Nutzen treten erst "später" ein); fehlendes Interesse; fehlendes Verantwortungsgefühl; fehlende Gelder / Zeit / Informationen für nachhaltiges Verhalten; wirtschaftliche & *die Bequemlichkeit störende* Nachteile; fehlende Expertise; gesellschaftliche und institutionelle Fehlanreize [97f].

### Lösungsansätze:

- Preise mit internalisierten Umweltkosten dirigieren die Konsumenten in die richtige Richtung.
- Nachhaltige Produkte sollten auch die besseren sein bzgl. Zugänglichkeit, Bequemlichkeit usw. und im Angebot als Normalfall ("default") ganz vorne stehen, mit Anreizen für die Nachhaltigkeit und Nachteilen ("Bestrafung") für das Gegenteil.
- Naturerfahrung fördern (*zweifelhaft: man fährt mit dem Auto ins Grüne, ohne dessen Zerstörung durch die Autofahrt zu realisieren; man müsste beides trennen, wie es z.B. die Touristen-Vereinigung der "Alpine Pearls" tut*)
- Handlungsoptionen schaffen
- Gewohnheiten ändern ("nicht uncool sein")
- moralische Autoritäten als Vorbilder

## 6. Barriere Zielkonflikte

Der härteste Zielkonflikt ist Ökologie versus Ökonomie & Soziales. Aber es gibt auch viele "kleinere", technische wie menschliche [101ff]; sie machen die Komplexität aus. "Gutes Leben" ist immer voller Zielkonflikte. Die angebotenen **Lösungsansätze** sind *entweder wohlfeil oder zu unkonkret*.

## 7. Soziale Barrieren

- Systemträgheiten kann man aufzubrechen versuchen: durch die Einbindung aller Stakeholder und möglichst vieler Aktivisten; die Benennung klarer Perspektive; die Bevorzugung von Anreizen gegenüber Verboten und idealerweise durch das Aufzeigen von Benefits [110ff].
- Die Grundbedürfnisse der Gegenwart dürfen bei der Gestaltung der Zukunft nicht ignoriert werden. Das führt bei den armen Ländern zu dem Problem, dass sie sich entwickeln müssen, dabei aber ihren noch günstigen Fußabdruck einbüßen können. Die reichen Länder müssen ihren großen Fußabdruck verringern und "nachhaltige Blaupausen" entwickeln. [121] Änderungspotential liegt z.B. in der Agrar- & Handelspolitik, aber auch in der Unterrepräsentation der armen Länder in den internationalen Institutionen. Armutsbekämpfung (Verweis auf Duflo & Banerjee, siehe dazu Literaturliste & Kommentar), Bildung, Bevölkerungswachstum werden als weitere Aktionsfelder genannt [125f].

- Fundamentalismus und Populismus werden als weitere soziale Barrieren genannt (*ohne dass letzterer präzise definiert wird*). Für den Diskurs mit "Kurzdenkenden" erschwerend wirken Vorsorgemaßnahmen, die schon jetzt ihren Preis haben. Bedient werden sollte das Bedürfnis nach Orientierung und Komplexitätsreduzierung. *Mit Worthülsen wie "Modernisierung der Wirtschaft" [136] wird man aber wohl nicht weit kommen.*
- Die negativen Auswirkungen von sozialer Ungleichheit, national und global, werden beschrieben [137]. Die **Lösungsansätze** stellen allgemeine Überlegungen über Gerechtigkeit und Fairness an und nennen konkret mehr Steuern (für Reiche), weniger Korruption und Wachstum (!) für arme Länder; der Zielkonflikt wird angedeutet, aber nicht behandelt.
- Interessengegensätze auf internationaler Ebene, verbunden mit asymmetrischen und durch Lobbyismus auch intransparenten Machtstrukturen, werden dargestellt, aber nicht aufgelöst.

## **B. Extrinsische Nachhaltigkeitsbarrieren [161ff]**

### **1. Marktversagen**

Kommt häufig vor, ist aber immer auch ein Politik-Versagen, weil diese die Rahmenbedingungen setzt (*typische Exkulpation der Neoliberalen zur Verteidigung ihrer nicht korrekt funktionierenden Ideologie*).

"Niemand glaubt daran, dass der Umgang mit der Natur allein den Kräften des Marktes überlassen werden kann." [163]

Sehr richtige Erkenntnis - aber gegen die "Übernutzung der Gemeingüter" folgt kein einziger handfester konzeptioneller Ansatz des Autors. *Hier müsste das entscheidende Abbiegen stattfinden, aber es erfolgt nicht.* Wohl wird, ohne den Begriff zu verwenden, die "imperiale Lebensweise" des Nordens kritisiert, auf die Schwierigkeit von Monitoring und Sanktionierung hingewiesen, aber auch unterstellt, die Länder des Nordens würden sich um ihre "Glaubwürdigkeit" im Nord-Süd-Konflikt sorgen und deshalb daran arbeiten.

Kritisiert wird die *Externalisierung von Kosten* zu Lasten der sozial Schwachen oder anderer Länder oder zukünftiger Generationen oder schlicht zu Lasten der Natur. Etliche Beispiele werden aufgeführt [173ff]. Außer der Abschaffung nichtnachhaltiger Subventionen und Einführung eines "nachhaltigen" Steuersystems werden keine konkreten **Lösungsansätze** genannt, das Thema wird aber in Teil 2 nochmals aufgegriffen (s.u.).

Es folgt ein Exkurs über die die problematische Dominanz ökonomischen Effizienzdenkens in allen möglichen Lebensbereichen.

### **2. Fehlen von Global Governance** [191ff]

Die hier aufgeführten Defizite sind so vielfältig wie der Begriff schillernd und mäandernd ist. Ein internationales Rechtssystem zu fordern, eine Demokratisierung der Institutionen unter Ausschaltung der Machtkonstellationen - *das ist nicht falsch,*



*aber vermutlich illusorisch. Der Weg zur Nachhaltigkeit wird sich auch international wohl nur über einen mühsamen Aushandlungsmarathon öffnen.*

Bei Industrie und ihren Lobbyisten ist Verlogenheit an der Tagesordnung: Exxon sind seit 1982 exakt zutreffende Prognosen für den CO<sub>2</sub>-Gehalt der Atmosphäre bekannt (420 ppm für 2020), die gezielt ignoriert wurden. Auch der **Lösungsansatz** "Zivilgesellschaft" ist angesichts durch Lobbyisten gekaperter NGO's ambivalent. Statt verwässerter globaler Verträge sind Koalitionen der "Willigen" erfolversprechender. Mit moralisch gesteuerten Handelsrestriktionen - Nachhaltigkeitsaspekte wären da nur eine Kategorie unter vielen - könnten sie die Ideologie des "Frei"-Handels bekämpfen. *Doch wo sind diese Willigen auf internationaler Ebene? Kann sie jemand ausmachen unter der Meute der verlogenen Schurken?* Das Thema wird recht ausgiebig behandelt.

### **3. Zeitachse als Ausweichstrategie**

Die Leute verweigern Maßnahmen zur Nachhaltigkeit im Interesse zukünftiger Generationen, weil sie den Vorteil im Heute haben wollen, also für sich. Sie setzen Kinder in die Welt und fressen ihnen die Lebensgrundlage weg. Schon 2002 hat die Bundesregierung eine tolle "Nachhaltigkeitsstrategie" erarbeitet, aber ohne jede praktische Bedeutung [233]. Spätere Überarbeitungen führten nur zu Fristverlängerungen (zuletzt 2016).

### **4. Rechtliche Unverbindlichkeit**

Den Zielen der "Nachhaltigkeitsstrategie" wurden keine ressortspezifischen Maßnahmen zugeordnet, dadurch auch keine Verantwortlichen bestimmt. Zumindest reaktiv könnte man von einem unabhängigen Experten-Gremium mit Veto-Recht alle geplanten Gesetze auf Nachhaltigkeit prüfen lassen, was aber u.U eine Verfassungsänderung erfordern würde. *Der asiatische Kleinstaat Bhutan hat übrigens schon vor Jahren eine solche Instanz eingerichtet.*

Die rechtliche Sanktionierung von Umweltschädigungen ist schwierig, weil diese konkreter sind als die Rechtsverletzung zukünftiger Leidtragender [239f]. Die "liberale" Gesellschaft erkennt individuelle Egoismen an, aber kein Gemeinwohl (*außer wenn auch den bornierten Betonköpfen der Elite der Boden unter den Füßen weggezogen wird*). Erschwerend kommt hinzu, dass unter ökologischen Gesichtspunkten der Fokus auf einem globalen Gemeinwohl liegen muss.

### **5. Ambivalenz der Technik [252ff]**

Es gibt Institutionen für "Technikfolgenabschätzung", Studiengänge für "ethisch-naturwissenschaftliche Doppelkompetenz" - ohne Einfluss auf den bedrohlichen Weg ins Desaster. *Der Autor übersieht hier, dass es weniger um Kompetenzprobleme als um die Machtfrage geht. Die Lösungsansätze sind dürftig. Die (zurecht) beklagte fehlende Fachkompetenz der Öffentlichen Hand ist leicht zu überwinden, weil der Staat viel mehr Mittel hat oder sich beschaffen könnte als private Firmen, die von ihren Shareholdern ausgesaugt werden - man muss es nur wollen und darf den Staat nicht dem Trojanischen Pferd der Lobbykraten und ihrer willigen Politiker-Helfer überlassen. Außerdem spricht der*

*Autor ständig vom "Markt", den er offenbar - trotz Abschnitt 1, siehe oben - für sakrosankt hält, als könne der Staat diesen, mit selbstbestimmtem Fokus, nicht ausbremsen.*

Die Fragmentierung des Wissens wie auch der Institutionen und Zuständigkeiten wird beklagt [263ff]. Dass Interdisziplinarität anzustreben sei, *ist richtig, sollte aber durch Kooperation nicht allzu schwierig zu erreichen sein; größere Firmen schaffen das auch.*

## **6. Barriere Zeitgeist: Beschleunigung & Kurzfrist-Denken**

Zahlreiche Beispiele werden genannt [282ff]. Neben dem vordergründigen Geschwindigkeitsrausch ist die Ausdehnung des IT-Einsatzes der stärkste Treiber. Das Kurzfrist-Denken verhindert die Reflexion über zukünftige Folgen, was für Nachhaltigkeit zwingend ist. Rasches Online-Shopping verhindert Anlegen von Vorräten (im Gegensatz zur Tierwelt), außer in Krisen wie der Pandemie (*d.h. also: die fehlende Nachhaltigkeit wird nicht als Krise wahrgenommen*). Kurzfristiges Fokussieren entsteht durch Übersättigung mit "Anforderungen" (siehe auch 7. Konsumismus).

Als **Lösungsansätze** werden propagiert: bewusste Entschleunigung (privat & gesellschaftlich), Entrümpelung, Entflechtung, Entkommerzialisierung [286]. Langlebigkeit von Gütern soll durch Dienstleistungen unterstützt werden (Nutzen statt Besitzen). *Aber: Leasing kann auch durch ständigen Modellwechsel (z.B. bei Autos) kontraproduktiv sein.*

## **7. Barriere Zeitgeist: Konsumismus [288ff]**

In einer zunehmend unsicheren Welt bietet der Konsumismus eine Zuflucht in Sicherheit und Vorhersehbarkeit (Zygmunt Baumann). Konsum offenbart laut Erich Fromm das Problem der "Selbstsucht", eine Art Gier, die ein "Fass ohne Boden" ist. Sie kann nicht zur Befriedigung führen, weil der Selbstsüchtige sich selbst nicht leiden kann. Konsum als Ergebnis fehlender Selbstachtung oder zur Schaffung von Status-Symbolen jenseits der Grundbedürfnisse ist nicht akzeptabel. Alternativen sind Suffizienz und aktives Eintreten gegen Konsumidiotismus.

## **Teil 2: Handlungsprinzipien [302ff]**

Am Beispiel Dekarbonisierung wird massives Politikversagen konstatiert, weil selbstgesetzte Ziele weit (zu 90%) verfehlt werden, etwa beim Autoverkehr und in der Landwirtschaft. Bereits 1998 hat eine Bundestag-Enquête-Kommission 4 Grundsätze für Stoffkreisläufe benannt, die in den folgenden zwei Jahrzehnten nicht annähernd berücksichtigt worden sind [214f]. Vor allem die Industriestaaten haben Rohstoff-Entnahme und (Schad-)Stoff-Einträge in die Natur ohne Rücksicht auf Verluste betrieben. **Gegensteuern** will der Autor durch Effizienz auf der produktiven und Suffizienz auf der konsumptiven Seite. Bisher wurden Effizienzsteigerungen regelmäßig durch Rebound-Effekte (ökologisch) überkompensiert; eine Entkopplung (BIP-Wachstum bei abnehmendem ökologischen Fußabdruck) ist nicht in Sicht.

Die Suffizienz, aus Solidarität gegenüber dem Globalen Süden oder durch institutionelles Nudging & viele "kleine" Maßnahmen gefördert (*bloß nichts verbieten!*), mag das wahre, "aufgeklärte" Glück bringen (Nico Paech 2012), aber kein Politiker wagt diese Strategie, weil man damit keine Wahlen zu gewinnen glaubt.

Zur Frage der (Öko-)Kosten-Internalisierung wird darauf hingewiesen, dass die Firma Puma 2011 den entsprechenden Kosten-Block für sich ermittelt habe. Nicht dargelegt wird, in welchem Zeitraum diese Kosten angefallen sind und was mit den dahintersteckenden ökologischen Schäden geschehen ist (*vermutlich nichts*). Dass eine vollständige Internalisierung der Kosten möglicherweise Geschäftsmodelle in die Unrentabilität, Firmen in die Insolvenz treiben und das gesamte Wirtschaftssystem in die Dauer-Rezession, also eine existenzielle Krise stürzen könnte, wird nicht reflektiert. Aber eine halbherzige Lösung, also ein "weniger schlecht", sei nicht genug; das immerhin wird klar. *Möglicherweise stammt ja unser gesamter materieller Wohlstand, der sich seit mehr als zwei Jahrhunderten aufgebaut hat, ausschließlich aus dem Raubbau an der Natur; nur haben die Mainstream-Ökonomen sich bisher geweigert, das unter genauestem Hinsehen einmal auszurechnen.*

Es wird auch auf "schärfere" Bilanzierungsmodelle hingewiesen (z. B. im Rahmen von Felbers Gemeinwohl-Ökonomie). Aber die Konzepte werden nicht näher betrachtet; ob die darin verborgenen Reparaturen (Renaturierung) überhaupt noch funktionieren, wenn der gerade vertrocknende Wald verschwunden ist (in 10 Jahren, so Ulrike Herrmann in einer medico-Veranstaltung in Frankfurt am 13.2.2021), bleibt unreflektiert. *Konzepte sind ggf. schon überholt, bevor sie angewendet werden.*

Nachhaltiges Konsumieren (lokal, saisonal, vegetarisch; arbeitsintensiv- statt ressourcenintensiv produziert) wird hier ganz auf der individuellen Ebene betrachtet [328ff]. Da die Preise nicht die wahren Kosten widerspiegeln, soll der Konsument entsprechend gegensteuern. Dass ihn das in verschiedener Hinsicht überfordern kann, wird problematisiert.

Das Verursacherprinzip fordert die OECD seit 1972. Und wo ist es? Oft werden die Verursacher sogar direkt subventioniert, obwohl sich die G20 (!) 2009 darauf geeinigt haben, genau das nicht mehr zu tun.

Das Vorsorgeprinzip funktioniert auch häufig nicht, weil Gefährliches erst verboten wird, wenn Schaden angerichtet worden ist. Eine Beweisumkehr bei Sicherheitsaspekten (im weitesten Sinn) wäre hilfreich.

Auch eine emotionale Wertschätzung der Natur wird als nützlich für ihren Schutz deklariert. Persönliche und gesellschaftliche Prinzipien werden benannt, die dem sozialen Zusammenhalt dienen sollen (die Unterprivilegierten unterstützen; aufrechte, offene Dialoge führen; ....). *Die hier vereinigten soziologischen Gedankengänge sind nicht falsch, z.T. sogar für sich genommen durchaus interessant, eröffnen allerdings für die Nachhaltigkeitsproblematik keine konkreten Lösungsansätze.* Dasselbe gilt für systembezogene Prinzipien: systemisch denken, weil alles mit allem zusammenhängt; ganzheitliche Sicht, weil man sonst Fehler macht; global & langfristig denken; Transparenz & Vielfalt erhöhen ....

Zum Schluss folgen noch eine Zusammenfassung, 11 Seiten Anmerkungen sowie ein opulenter Literatur-Apparat. Dennoch hat der Autor - kein Ökonom, sondern "nur" Physiker - zwar die Fragmentierung des Wissens beklagt, *aber - wie so viele - die*

*Chance versäumt, durch intensive Kooperation mit Vertretern anderer Fachgebiete die von ihm gewünschte Interdisziplinarität herzustellen.*

Er outet sich als Anhänger einer "ökologisch-sozialen Marktwirtschaft", was er ebensowenig begründet und spezifiziert wie Harald Welzer andernorts seine Forderung nach einem "aufgeklärten Kapitalismus" [394]. *Dies schränkt die wissenschaftliche Kompetenz zur Problemlösung in einem komplexen Umfeld erheblich ein. Die allgemeine Scheu, das aktuelle Wirtschaftssystem - egal, wie man es nennt - konsequent zu hinterfragen und bei Bedarf auch in Frage zu stellen, ist ausgesprochen auffällig und erinnert in fataler Weise an gesellschaftliche Machtverhältnisse wie in der ehemaligen DDR, unter denen eine offene Kritik an der herrschenden Ökonomie natürlich zu erheblichen Repressionen geführt hätte. Wer oder was bremst aber bei uns das "Selbst denken" (Welzer) aus?*

*Also gilt wieder einmal: bei der Suche nach einem System der nachhaltigen Ökonomie keinen Schritt weitergekommen.*

Rolf Oesterlein, 21.2.2022

---

**Erscheinungsdatum: 18.2.2020**

**Maja Göpel: Unsere Welt neu denken: Eine Einladung**

Die Polit-Ökonomin Maja Göpel, derzeit als Honorarprofessorin an der Universität Lüneburg tätig, hat ein schmales Büchlein (208 Seiten) vorgelegt, das wohl als allgemeinverständlicher Einstieg in das Nachhaltigkeitsthema gedacht ist. Solche Bücher sind wichtig, auch wenn man darin keine neuen Erkenntnisse darüber erwarten darf, wie eine Postwachstumsökonomie aussehen könnte. Entsprechende Untersuchungen, an denen sie beteiligt gewesen wäre, stehen auch nicht im Hintergrund der Darlegungen, obwohl sie auch drei Jahre Mitglied des WBGU war (bis Ende 2020).

Am Anfang tut sich das Buch schwer, einen zielgerichteten roten Faden zu entwickeln. Auf dem Gedankengang zum Kernanliegen werden einige Umwege in Kauf genommen. Manche Statements, obwohl richtig und auch wichtig, fallen etwas plötzlich vom Himmel, also ohne vorbereitende Argumentation. Ob das Einsteigern einleuchtet, ist fraglich. Gelegentlich liegt das auch an der verwendeten Begrifflichkeit. Wissen finanzpolitische Neulinge, was "toxische Kredite" sind?

Das Weltbild der Mainstream-Ökonomen, der "homo oeconomicus", wird ausführlich und mit dem gebührenden kritischen Abstand dargestellt, ebenso die daraus resultierende Fehlerhaftigkeit der Lehr-Weisheiten. Deutlicher hätte die Autorin darauf hindeisen können, dass diese Form der Ökonomie eigentlich eine Ideologie ist und wem diese Ideologie eher nutzt und eher schadet. Inwieweit das häufige Eintauchen in die Historie der Ökonomie den Einsteigern beim Verständnis der Zusammenhänge hilft, ist schwer abzuschätzen.

Das BIP als ungeeignete Messgröße für das menschliche Wohlergehen wird problematisiert, ebenso das Verhältnis Staat versus Markt und die Auswirkungen von

Privatisierung und der sich ausdehnenden Schere zwischen arm und reich. Eingängig sollte die vollkommene Parallelität der beiden Kurven Wachstum des BIP und CO<sub>2</sub>-Emissionen sein, mit der Konsequenz, dass für die - auch von der aktuellen Ampel-Regierung propagierte - absolute Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch jeder Ansatzpunkt fehlt. Auch der fatale Mechanismus der Rebound-Effekte wird eindrücklich mit zahlreichen Beispielen dargestellt. Von der Verlogenheit der Greenwasher führen die Überlegungen zum Problem des Konsumismus.

Danach wird der Antagonismus Staat-Markt-Gemeinwohl dargestellt. Der erste massive Kritikpunkt ist die Externalisierung der Umweltkosten, die am Beispiel der Müll-Exporte und weiterer ökonomischer Trickereien exemplifiziert wird. Angebliche "Errungenschaften" aus dem privatwirtschaftlichen Bereich sind häufig vom Staat getriggert worden, finanziell wie inhaltlich. Fehlende übergeordnete Koordination von Einzelaktivitäten kann verheerende Konsequenzen haben, wie zahlreiche Beispiele von Deregulierungskatastrophen, Freihandelschäden und Finanzkrisen zeigen. Und die einzige Entkopplung, die garantiert stattfindet, ist die zwischen materiellem Wohlstand und allgemeinem Wohlergehen (Lebensglück), die in schwindende Selbstachtung und Depressionen im Hamsterrad münden kann.

Dann wird - ein bißchen wie im Kindergarten, aber vermutlich dennoch bitter notwendig - geduldig erklärt, warum Verzicht und Verbote notwendig und originäre Aufgabe des Staates sind. Auf die naturwissenschaftliche Dimension und Dringlichkeit des Nachhaltigkeitsproblems wird hingewiesen. Einen Nachteil sieht Maja Göpel darin, dass national und international in den "Panels", die die Entscheidungen vorbereiten und treffen, die Armen und am stärksten Betroffenen kaum vertreten sind. Ihnen bleibt nur, auf die Straße zu gehen. Überhaupt sind die krassen sozialen Unterschiede, zwischen und in vielen Ländern, eine massive Barriere für Veränderungen in Ökonomie, Ökologie und bei den Machtverhältnissen.

Zuletzt wird das Gerechtigkeitsproblem behandelt, das diese Situation kennzeichnet. Die nur grob angerissenen Ideen für Abhilfe bleiben alle systemkonform, d.h. der Kapitalismus wird geschont (z.B. Fonds für eine Art Lastenausgleich, wie er z.B. für Ecuador als Gegenleistung für die Nichtförderung von Erdöl in einem Naturschutzgebiet zur Debatte stand, aber letztlich gescheitert ist.)

Im Schlusswort wird wenig Konkretes für eine sozial-ökologische Transformation benannt. Eher liest man eine allgemeine Ermunterung für eine Art Aufbruchstimmung heraus; jeder Einzelne soll ein wenig "Selbst denken" praktizieren (obwohl vorher die Verschiebung der Verantwortung zum Einzelnen - zurecht - kritisiert worden ist). Alles klingt ein wenig freundlich-betulich und weckt den Eindruck, als könne die Rettung ohne Disruptionen durch gemächliche Hinwendung zur Nachhaltigkeit gelingen. Gründe, warum das so ablaufen könnte, werden allerdings - wie auch? - keine geliefert. Ohne Beunruhigung wird sich die träge Masse kaum bewegen lassen.

Rolf Oesterlein, 25.2.2022

**Erscheinungsdatum: 2 /2020**

**Rainer Griebhammer: #klimaretten.**

Jetzt Politik und Leben ändern

Vom Aufbau und vom Duktus her ähnelt das Werk der "Ökoroutine" von Kopatz: viele Fakten und Infos, auch ein paar historische (überflüssigerweise wird dabei die "Digitalisierung" als eine "technische Revolution" bezeichnet). Es gibt ein starkes Bemühen um Struktur und Pragmatismus; letzterer führt über weite Strecken in den Ratgeber-Modus. Leider bleiben dabei auch zweifelhafte Empfehlungen nicht aus, wie z.B. der Rat, im (vermutlich immer heißer werdenden Sommer) die Raumtemperatur durch Nichtnutzung des Computers abzusenken (S. 119). Das Buch preist sich selbst als "Nachschlagewerk" an, z.B. für junge Aktivisten von "Fridays for Future"; dazu gibt es einzelne Einschübe mit Hinweisen, wie sie ihre störrischen Eltern überzeugen können.

Während der Autor - wie der Titel schon andeutet - Politik und individuelle Verhaltensweisen nicht als Alternativen, sondern parallel zu bearbeitende Felder sieht, verkennt er die Bedeutung des Postwachstumsproblems total. Er hält es für ein theoretisches und sieht nicht, wie es an vielen Stellen den sehr konkreten, pragmatischen Fortschritt blockiert. Dementsprechend kommen auf diesem Sektor auch keinerlei Ansätze für eine Lösung. Auch die Machtfrage wird nicht behandelt, als sei sie ebenso entbehrlich wie die Suche nach neuen wirtschaftlichen Strukturen.

Im Unterschied zur Ökodesign-Richtlinie der EU, in der ab 2021 klammheimlich etliche positive Verschärfungen greifen werden (S. 122), wird das Klimaschutzprogramm der Regierung von 2019 zurecht als "katastrophal" auseinandergenommen. Auch die Sozialverträglichkeit wird als wichtige Forderung hervorgehoben und sehr kritisch betrachtet. Bei den vorgeschlagenen Maßnahmen merkt man die ökonomische Blauäugigkeit: das Armutsproblem wird nicht grundsätzlich angegangen, sondern nur punktuell kompensatorisch zu einzelnen ökologischen Vorschlägen. Die Ambivalenz von "Strafsteuern" (z.B. CO<sub>2</sub>-Steuer), die einerseits die Emissionen verringern (also niedrig bleiben) sollen, andererseits aber zur Finanzierung des Sozialausgleichs benutzt werden (also hoch genug sein sollen), wird nicht gesehen.

Nach ein paar allgemeinen Hinweisen für bewusstes Konsumverhalten werden die 4 Gebiete Strom, Mobilität, Ernährung und Wohnen jeweils unter folgenden 8 Analyse-Aspekten betrachtet:

1. Werte & Leitbilder; 2. Verhaltensweisen & Lebensstile; 3. Märkte & Finanzsysteme; 4. Politikinstrumente & Institutionen; 5. Forschung, Bildung, Wissen; 6. Technologie, Produkte, Dienstleistungen; 7. soziale & zeitliche Strukturen; 8. Materielle Infrastruktur

Es werden zu viele Zahlen aufgeführt, die man sich oft nicht merken kann und zu sehr ins Detail gehen (z.B. wenn sich eine Strompreiskomponente um 0,35 Cent /kWh erhöht; S.82), andererseits aber oft nicht präzise genug definiert werden (z.B. S. 150 beim Vergleich Auto / Bahn) - vermutlich um den (im Übrigen recht angenehmen) Textfluss nicht zu stören. Eine Beschränkung auf quantitative Angaben mit wichtiger Aussagekraft wäre besser gewesen.

Aussagekräftig wie z.B. die sehr bezeichnende Fehlprognose der Energiekonzerne 1993 zur Zukunft der erneuerbaren Energien (S.86), nach der dieselben nie mehr als 4% des Strom-Bedarfs würden decken können und ökonomisch in D. so sinnvoll seien wie "in Alaska Ananas zu züchten": zwei Jahre später hatten diese unterschätzten Erneuerbaren aber bereits 5% erreicht, nach 12 Jahren 10%, 20 Jahre später 25%, Anfang 2019 bereits 44%.

Im Abschnitt "Strom" werden Tipps zu Elektrogeräten und ihrer Nutzung gegeben sowie zur ökologischen Informationsbeschaffung (z.B. bewertet das unabhängige Portal [www.ecotopen.de](http://www.ecotopen.de) die ökologischen Eigenschaften vieler Geräte).

Im Abschnitt "Mobilität" wird nochmals die Schädlichkeit des (Straßen-)Verkehrs deutlich dargestellt. Trotz des Kernsatzes, dass nur weniger Autofahren hilft, wird kräftig über technische Möglichkeiten herumspekuliert (z.B. Brennstoffzellenfahrzeuge) und erörtert, wie unsere Autoindustrie die EU-Vorgaben (die ja durch die "Flottengrenzwerte" zum Mogeln geradezu einladen) einhalten könnte. Die Batterie-Probleme werden kleingeredet, z.B. durch einen Vergleich mit den technologisch altertümlichen Bleiakkus und durch die Ignorierung der Haltbarkeitsprobleme. Bekannte Fehlanreize wie das "Dienstwagenprivileg" und das ausbleibende allgemeine Tempolimit (auf das weltweit nur noch in Afghanistan, Somalia & Nordkorea verzichtet wird) werden natürlich kritisiert, aber andere Vorschläge bleiben vage ("bessere Digitalisierung" bei der Bahn, S. 151). Beim ökonomischen Vergleich Bahn / Flixbus wird unterschlagen, dass erstere ihr Streckennetz selbst finanzieren muss, der Straßencarrier nicht. Nur halbherzig wird die Empfehlung ausgesprochen, weniger zu fliegen. Insgesamt weckt der ganze Detail-Clinch leider den fatalen Eindruck, als könne man mit reformistischen Trippelschritten bei der Mobilität das "Klima retten".

Im Abschnitt "Nahrungsmittel" werden die bekannten Probleme überwiegend angemessen dargestellt (allerdings gibt es dafür bereits bessere Literatur). Nur beim Thema Lebensmittelverschwendung bleibt der Text oberflächlich: die Rolle der kapitalistischen Überproduktion wird nicht behandelt, und die Hilfestellung für das individuelle Ermitteln der Haltbarkeit von Produkten ist schlicht unbrauchbar ("Riecht es komisch?", S. 204). Obwohl auch hier recht unambitionierte Ziele propagiert werden (z.B. Erzeugung von Bio-Nahrungsmitteln bis 2030 von 9% auf 20% erhöhen), wird das totale Versagen der Bundesregierung auf diesem Sektor unmissverständlich kritisiert.

Das Thema "Wohnen" wird auf 26 Seiten abgehandelt. Das ist zu wenig für eine weiterführende Darstellung. Eine individuelle Energieberatung kann durch den Text vielleicht angeregt werden, mehr aber auch nicht. Auch hier findet man tieferschürfende Literatur.

*Rolf Oesterlein, 1.1.2021*

---

**Erscheinungsdatum: 28.1.2020**

# **Abhijit Banerjee / Esther Duflo: Gute Ökonomie für harte Zeiten.** Sechs Überlebensfragen und wie wir sie besser lösen können

## **Zusammenfassung:**

Abhijit Vinayak Banerjee ist ein aus Indien stammender US-Ökonom, Esther Caroline Duflo eine aus Frankreich stammende US-Ökonomin. Beide sind verheiratet und arbeiten am Massachusetts Institute of Technology auf dem Gebiet der Armut- und Entwicklungsforschung. 2019 erhielten beide den Alfred-Nobel-Gedächtnispreis für Wirtschaftswissenschaften, den die Schwedische Reichsbank eingerichtet hat und jährlich vergibt. Passend zur Preisverleihung legten sie wenig später dieses in die Zukunft weisende Werk vor. Da die SÖT auch eine starke soziale Komponente umfasst, erschien es sinnvoll, nach entsprechenden Hinweisen und Anregungen in diesem umfangreichen Werk (554 Seiten) zu suchen.

Das Ergebnis ist jedoch ernüchternd. Es werden zwar durchaus kritisch zahlreiche "Weisheiten" des ökonomischen Mainstreams als ideologische Vorurteile demaskiert. Es ist auch verblüffend, was diese Ökonomie alles nicht weiß - noch nicht einmal, wie man Wachstum "ankurbelt", obwohl die Herrschaften in aller Welt ständig eben davon reden, weil es wohl nach wie vor das fundamentale Ziel ihres Wirkens ist, auch das der Autoren: selbst bei den Inhabern der höchsten Auszeichnung findet man keinen einzigen Forscherschritt in Richtung einer Postwachstumsgesellschaft, weil sie die Dimension des Problems, trotz einiger Seiten über den Klimawandel, offenkundig nicht realisiert haben. Was ist das für ein Wissenschaftsbegriff, mit dem man es hier zu tun hat?

## **Kapitel 1: "MEGA - Make Economics Great Again"**

Die Autoren beklagen, dass Ökonomen von der Allgemeinheit wenig Vertrauen entgegengebracht wird (S. 15). Sie räumen die Ideologie-Fixierung bzw. Vernarrtheit in "Schulen" als Ursachen dafür ein; das gelte für etliche Kollegen, aber nicht für alle. Für sich beanspruchen sie wissenschaftliche Redlichkeit, auch wenn die Ergebnisse missliebig seien.

## **Kapitel 2: "Aus dem Maul des Haifischs"**

Beim Thema **Flüchtlinge** untersuchen die Autoren die Gründe, die die Menschen zur Migration treiben. Reine Vorteile bei den Lebensbedingungen in der Fremde reichen meist nicht, Kriege und andere Katastrophen "zu Hause" sind nötig. Selbst Migration innerhalb eines Landes ist oft schwer zu durchschauen, trotz verschiedener Studien / Experimente in unterschiedlichen Ländern. Die Autoren gehen davon aus, dass sich die Migranten am neuen Ort oftmals wirtschaftlich verbessern. Ob das immer gilt und auch für die Migranten absehbar ist, wird nicht genau untersucht. Man wertet die (Einzel-)Studien aus, die man hat.

Thema 2 ist die Frage, ob die Migranten an ihrem Zielort die Löhne der Einheimischen nach unten drücken. Dies ist häufig nicht der Fall, weil die neuen Arbeitskräfte nicht nur neue Konkurrenten sind, sondern auch zusätzliche Arbeitsplätze entstehen lassen. Die Ursachen sind unterschiedlich, z.B. in Abhängigkeit von der Qualifikation der Migranten und der einheimischen



Konkurrenten. Es gibt zahlreiche Studien aus vielen Regionen und unterschiedlichen Epochen.

Angeblich stellen Arbeitgeber lieber vertraute Einheimische denn Migranten ein, auch wenn diese niedrigere Löhne akzeptieren würden. Arbeitgeber zahlen grundsätzlich so viel Lohn, dass die Arbeiter bleiben, um sich nicht zu verschlechtern, jedenfalls im Niedriglohnsektor (S. 49ff).

Es folgen einige Aspekte wie Familienbeziehungen, die trotz drückender anderer Bedingungen Migration verhindern können; ebenso Risikoscheu und Unkenntnis. Unkenntnis in die andere Richtung (unangebrachte Euphorie) wird hier nicht erwähnt.

Danach wird, schon fast feuilletonistisch, darüber räsoniert, warum in den USA nicht alle Leute dorthin migrieren, wo (noch) die Boomtowns sind (72ff). "Auch Anwälte brauchen Gärtner!" lautet die etwas naive, auf jeden Fall vorwurfsvolle Formulierung: wie, wenn schon genug Gärtner dort sind? Warum die Jobs nicht zu den Menschen kommen, wird (für die USA) mit persönlichen Wohlfühlaspekten der Bessergestellten etwas oberflächlich erklärt, wenn man von dem Buch mehr konzeptionelles Denken erwartet.

Insgesamt erweckt dieses Kapitel den Eindruck, als gäbe es zu wenig Migration, und alles wäre besser, wenn die Immobilität der potentiellen Migranten und die Aversionen der Residenten verschwinden würden.

### **Kapitel 3: "Die negativen Folgen des Handels"**

Es wird über das "Theorem der komparativen Vorteile" geplaudert; man erfährt aber nichts Neues (außer dass es "linke" Ökonomen gibt - z.B. Paul Krugman, USA). Die Frage, ob Indien besser mit Regulierung gefahren wäre (statt Marktöffnung für den Handel), wird aufgeworfen und als unbeantwortbar wieder begraben. Aber immerhin wird eingeräumt, dass die Liberalisierung nicht nur das Wachstum (BIP), sondern auch die Ungleichheit erheblich gesteigert hat. Dazu werden zahlreiche weitere Länder genannt, in denen das gleiche geschah: Es steigen die Einkommen der Oberschicht, aber nie der gering Qualifizierten. Allerdings muss dafür nicht die Handelsliberalisierung der einzige Grund sein, denn sie erfolgte meist zusammen mit einer Fülle weiterer Liberalisierungen/Deregulierungen, die in die gleiche Richtung wirken (z.B. auf den Arbeitsmärkten).

Eine junge Ökonomin, die nachwies, wie bei Handelsausweitungen die Armut zunahm, wurde in der Fachwelt gemobbt (S. 100).

Träge sind (in Indien) nicht nur die Arbeitskräfte (auch bei Wechsel im Land, und sogar in der Firma), sondern auch die Kreditgeber und Firmenleitungen.

Es folgt seitenweise Geplauder über die Wichtigkeit von Reputation von Handelsfirmen; auch ein misslungener DVD-Player-Kauf, persönlich verbürgt, wird langatmig ausgebreitet - unklar, warum. Ein wilder Ritt durch alle möglichen Wirtschaftsregionen bringt Beispiele für allerlei Handelsstrategien, etwa Chinas Währungsdumping zur Exportförderung.

Chinas Exportausweitung in die USA wird unter dem Aspekt der Auswirkungen auf die dortigen Arbeitsplätze betrachtet ("China-Schock", S. 126ff). Wegen der zuvor beschriebenen Cluster-Bildung etlicher Branchen ist die (natürlich negative) Auswirkung regional unterschiedlich - nicht gerade eine sensationelle Erkenntnis. Und als Lösung des Problems wird schon wieder angedeutet, die Arbeitskräfte hätten doch nur in die nicht betroffenen Cluster wandern müssen - was aber wegen ihrer Trägheit unterblieben sei. Andererseits: die geschröpften Cluster sollen "intervenieren" (?), damit es wieder aufwärts geht.

Man erfährt, dass in den USA manche "Sozialprogramme" den Berechtigten genau 23 US-Cent auszahlen, was die Autoren allerdings auch selbst als "entwürdigend" bezeichnen. Der "China-Schock" hat in den USA aufgrund des lächerlichen Sozialsystems Menschen vernichtet, auf unterschiedliche Weise, bis hin zum Suizid. Im Klartext: sie sind eine Mörderbande, die Sozialdarwinisten der USA.

Der Außenhandel bringt großen Ländern weniger Gewinn als vermutet (USA ca. 8%), und für kleinere/ärmere ist der Freihandel auch nicht das Tor zur "Entwicklung". Die weltweite Verlagerung von Arbeitsplätzen bringt auf beiden Seiten Instabilität und Nutzen oft nur für die Shareholder (S. 144 ff). Zölle (Handelskriege!) bringen auch nichts, auch nicht den USA. Bessere Programme (z.B. Umschuldung) und Umzugshilfe werden vorgeschlagen. Was denen wenig hilft, die zu alt sind. Das Kapitel endet mit einer gewissen Ratlosigkeit; dem Vorurteil, wer nicht umziehen wolle, sei selbst schuld, folgen die Autoren dann aber doch nicht.

#### **Kapitel 4: "Vorlieben, Wünsche und Bedürfnisse"**

In armen Ländern, aber auch in Schweizer Bergdörfern, werden die "Allmende" als Gemeingüter gehalten, weil das für alle besser ist. Ökonomen, die diese Zusammenhänge nicht verstehen und Privatisierung anregen, haben in solchen Situationen schon katastrophale Schäden angerichtet (S. 162). Allerdings sind die Normen einer Gemeinschaft nicht immer positiv einzuschätzen; sie können im Extremfall sogar Rassismus befördern. In Indien existieren in vielen Dörfern trotz gesetzlicher Verbote noch kastenmäßige Diskriminierungen, in den USA Diskriminierungen gegen Schwarze und Einwanderer überhaupt.

Es folgen Berichte über psychologische Tests darüber, wie die Leute zu ihren Präferenzen kommen. Diese können in verschiedenen Rollen / Kontexten sogar bei *einer* Person unterschiedlich sein: ein Experiment in der Schweiz zeigte, dass Bankangestellte als Privatperson weniger betrügerisch handeln denn als Banker (S. 184 f). Der Ratschlag, man solle die "Wahrheit" zwar durchaus sagen, aber möglichst "wertfrei" (S. 187), ist reichlich weltfremd; die Wahrheit vor allem über brisante Themen ist fast nie wertfrei (oder wie sollte die "wertfreie" Wahrheit über den Holocaust aussehen?

Ein möglicherweise funktionierender Trick ist es, dem Gegenüber das erwünschte Verhalten als Kompliment zu attestieren und dann als konsequente Fortführung einzufordern ("Du bist doch ein netter Junge, also ...." führt vielleicht dazu, dass er wirklich ein nettes Verhalten zeigt); der Trick besteht in der Stärkung des Selbstwertgefühls. Arme brauchen nicht nur ökonomische Hilfe, sondern auch eine Unterstützung ihres Selbstwertgefühls. (S. 189).

Es folgen Gedanken zur Schwierigkeit bei der Beschaffung fundierter Informationen, verursacht durch (vorsätzliche) Desinformation bei der Verbreitung einerseits und Unwilligkeit oder Unfähigkeit beim Empfang andererseits. Überlegungen schließen sich an, wie man in den USA und Indien die raren Eliteschulen sozial "gerecht" mit Schülern bestückt (ausschließlich gute Schulen in ausreichendem Maße zu haben, steht offenbar nicht zur Debatte). Abbau von Vorurteilen zwischen Bevölkerungsgruppen könnte über durchmischtes Wohnen erreicht werden. Den "Wutbürgern" sollte man begegnen, indem man versucht, an den Kern ihrer möglicherweise existentiellen Probleme oder Unbehaglichkeiten heranzukommen.

## **Kapitel 5: "Das Ende des Wachstums?"**

Das Kapitel beginnt mit historischen Schwankungen des Wachstums und der Frage, ob es vielleicht nie wieder so hoch wird wie manchmal früher. Unter "nachhaltigem" verstehen die Autoren schlicht dauerhaft hohes Wachstum. Dann schlagen sie sich mit der Messung / Bewertung des Internets herum. Arme und reiche Länder werden BIP-quantitativ verglichen; kontrovers wird die Frage behandelt, ob und wie man Wachstum beeinflussen kann (manche Ökonomen meinen: es passiert einfach). Viel Theoretiker-Streit.

Immerhin wird gelegentlich eingeräumt, dass BIP-Wachstum nicht unbedingt das Wohlergehen erhöht (nicht neu; siehe Robert Kennedy vor einem halben Jahrhundert!). Trotz Skepsis werden immer wieder voreilige Erklärungen für "Geschichten" abgeleitet ("Narrative"), die auch andere Ursachen haben könnten - alles sehr spekulativ. Dass der Ansiedlungswettbewerb zwischen Städten einem Land nichts bringt, wird eingeräumt (ist aber auch nicht gerade eine nobelpreiswürdige Erkenntnis; S. 260). Den armen Ländern wird empfohlen, ihre slumgeprägten Städte infrastrukturell zu verbessern und lebenswerter zu gestalten; das könne ihnen Wachstum bringen (der einzige Weg aus der Armut!), ohne andere Regionen zu schädigen (S. 261). Eine klare Aussage folgt auf Seite 271: Steuersenkungen für Reiche führen nicht zu höherem Wachstum; es ist reine Ideologie. Interessant auch, dass historisch in den USA sehr hohe Spitzensteuersätze gegolten haben, angeordnet von republikanischen Präsidenten (S. 266).

Es gibt viel zweifelhafte Zahlenhuberei. Wieso kann man die weltweite Grenze für "extreme Armut" einheitlich mit 1,90 US-Dollar angeben, obwohl die Dollar-Kaufkraft in den über 200 Ländern dieser Erde äußerst unterschiedlich ist (S. 376)?

Es geht hin und her: manchmal werden Wachstumsförderer benannt, manchmal in Zweifel gezogen. Gute Bildung könnte das Wachstum steigern, aber auch die Folge von steigendem Wachstum sein; also: selbst Ursache und Wirkung sind nicht zuverlässig zu identifizieren (S. 279). Ein ähnlicher "Offenbarungseid" ist auf Seite 285 zu lesen.

Die Arbeitskräfte in armen Ländern, die die Umverschämtheit besitzen, nicht jeden miesen Job anzunehmen, werden als Träumer bezeichnet, selbst schuld an ihrer Misere (S. 296ff). Wenn sich in Indien 28 Mio. Leute auf 9000 einfache Stellen im Staatsdienst bewerben - sind die alle doof (S. 304)? Die Personalfuzzis schwärmen

doch immer von Leuten, "die wissen, was sie wollen". Die Empfehlung der Autoren lautet: die attraktiven Arbeitsplätze zu verschlechtern. Was die schlecht bezahlten (privaten) Arbeitsplätze mit dem ökonomischen Druck der reichen Länder auf die Armen zu tun haben, wird nicht erwähnt - so wird das nichts mit der Armutsbekämpfung.

Immerhin verweisen die Autoren die weitverbreitete Theorie, der Vermögenszuwachs der Reichen werde als Trickle-Down-Effekt zu den Armen sickern (wie die biblischen "Brosamen" vom Tisch des reichen Mannes) in irrationalen Raum der Legende. Reiche fördern und Arme zu weiteren Opfern zwingen (also Ungleichheit erhöhen), tötet das Wachstum (S. 312).

Schlussfazit der Autoren: wie man Wachstum hochtreibt, wisse man nicht wirklich. Aber es reiche ja auch, das Wohlergehen - vor allem in den armen Ländern - zu erhöhen. Nur: die ökologischen Grenzen des Wachstums spielen in diesem Kapitel nicht die geringste Rolle.

## **Kapitel 6: "In heißem Wasser"**

Jetzt wird der Klimawandel betrachtet: von den reichen Ländern verursacht, die Armen am stärksten treffend. Hitze hat Nachteile für Arbeitskraft und Gesundheit; Klimaanlage fördern den Wandel noch. Die Autoren meinen, Klimaschutz und Wachstum unter einen Hut bringen zu können; man muss Forschung und Entwicklung anschieben, damit "saubere Technologien" die anderen ersetzen. Die Prognose ist eine Sache von Optimismus und Pessimismus. In bisherigen Projekten waren die Annahmen immer zu optimistisch. Vielleicht müssen wir doch auf Autos verzichten (S. 331). Mit einem detaillierten Blick auf die massive Umweltverschmutzung in China und Neu Delhi ist das Kapitel auch schon zu Ende.

## **Kapitel 7: "Player Piano"**

Hier wird über die Wirkung der "Digitalisierung" auf Arbeitsplätze spekuliert. KI wird für etwas Neues gehalten, und deshalb räumt man ein, dass man eigentlich gar nichts weiß, die Zukunft betreffend. Und spekuliert munter und ziemlich sinnentleert weiter.

Danach wird die schamlose Bereicherungsstrategie der angelsächsischen Neoliberalen dargestellt, die die Ungleichheit vorangetrieben haben (S. 361ff). Ein anderer Grund für die Ungleichheit besteht in den irrational-exorbitanten Verdiensten/Profiten im Finanzsektor (die gibt's z.B. in Dänemark nicht, ebenso wenig wie die große Ungleichheit).

In den USA steigt die Sterblichkeit weißer Menschen im mittleren Alter im Unterschied zu allen anderen Gruppen; Hauptgrund: Tod aus Verzweiflung (S. 389ff). Ähnliches geschieht in anderen angelsächsischen Ländern. Sie sehen ihre Situation als eigenes Versagen, weil ihnen die Gehirnwäsche eingebläut hat, das System sei gerecht, und die Alternative zur Verzweiflung (oder deren Vorstufe) ist: Wut. Das tragische: aus Wut wählen sie in den USA reaktionäre Republikaner, die aus ideologischer Verbohrtheit (z.B. "keine staatlichen Eingriffe") überhaupt nichts für die Wutbürger tun. Ein kritisches Kapitel-Schlusswort (S. 395) entlarvt den "amerikanischen Traum" als eine gezielte Irreführung.

## **Kapitel 8: "Staatliche Legitimation" (Steuern)**

Entgegen mancher Legende: Die Reichen hören nicht auf zu arbeiten, wenn sie mehr Steuern zahlen müssten. Aber wenn man erst ab 50 Mio Dollar Vermögen hoch besteuert, bringt's nicht viel; wenn man "(fast) alle" höher besteuert, macht die Mehrheit (in den USA) nicht mit. Zwischen 50 Mio und "fast alle" gibt's offenbar nichts - obwohl über die wachsende Zahl der Abgehängten und Sozialschwachen ausgiebig berichtet wird, die ja wohl keine Steuererhöhung verkraften würden. Der Trick ist der Selbstbetrug bzgl. Aufstiegschancen: "If I were a rich man" - dessen Steuern sollen deshalb vorsorglich niedrig sein.

Ein weiterer Trick: die Plutokraten im US-Staatswesen bemühen sich unermüdlich, den Bürgern eine Staatsskepsis einzureden. "Die Ideologie der Eigenverantwortlichkeit ist ein Fantasiegebilde!" (S. 404) Deren größte Propagandisten sitzen in Bundesstaaten, die am stärksten von Bundeshilfe abhängig sind.

## **Kapitel 9: "Cash & Care"**

Die Fragestellung lautet: soll man bedingungslos mit Geld unterstützen odersoll man "sorgen", d.h. sich um die Sozialschwachen auch mit Auflagen kümmern. Das Problem ist die Bezeugung von Respekt gegenüber den Hilfsbedürftigen.

Ausgiebig, aber sehr wohl kritisch werden die Eiertänze der reichen Bedenkenträger gegen Sozialhilfe aller Art geschildert. Mit einigen Vorurteilen räumen die Autoren durch Hinweise auf gezielte Studien auf. So ist die Vermutung, bei Bargeldhilfen würden Männer die Summe eher verpulvern als Frauen, schlicht falsch; es konnten keine genderspezifischen Unterschiede ermittelt werden. Man gab die Hilfe dennoch oft an Frauen, wenn man dadurch die familiären Machtverhältnisse ändern wollte. Auch die angebliche Trägheit konnte in Entwicklungsländern wie auch in den USA nicht in Studien nachgewiesen werden. Selbst bedingungslose Unterstützung hat nicht dazu geführt, dass die Leute zu arbeiten aufhörten (S. 439f).

Für Entwicklungsländer schlagen die Autoren ein "rudimentäres", aber bedingungsloses Grundeinkommen vor, für das es allerdings keine längerfristigen Studien gibt (S. 445f).

In den USA wird das Grundeinkommen diskutiert unter der Maßgabe, dass die "Digitalisierung" alle einfachen Arbeitsplätze vernichten wird und/oder die Wutbürger besänftigt werden müssen. Der "Freizeit aspekt" wird problematisiert: viele können mit zusätzlich "gewonnener" Freizeit nichts Zufriedenstellendes anfangen, und Kündigungen als Ausgangspunkt für diese Freizeit können sich sogar steigernd auf die Mortalität auswirken (S. 453). Und das Thema "Selbstwertgefühl" taucht auch wieder auf. (In den Entwicklungsländern bauen die Leute dasselbe seltener auf ihrem Job auf.)

Das dänische Modell "Flexi...." (schnell einen Job verlieren und einen neuen finden) ist auch suboptimal, vor allem für Ältere. Die Autoren tendieren eher zu einer filigranen, situationsangepassten Synthese unterschiedlicher Unterstützungsoptionen (S. 456ff).

Für die USA geht das Buch nun sehr ins Detail, mit zahlreichen sehr spezifischen Programmen, z.B. im Bildungsbereich. Es gibt verblüffend viele solcher Programme, aber die meisten sind zu kurzatmig und nicht wirklich auf die nachhaltige Überwindung der prekären Verhältnisse ausgerichtet.

Vor allem bei den Programmen für die Ärmsten muss man darauf abzielen, dass ihnen Respekt und Würde zugestanden werden und Selbstbewusstsein aufgebaut werde, was mit reinen Transferzahlungen nicht geht, so die Autoren. Aber bei "entgegenkommenden" Care-Projekten wird immer wieder erwartet, dass die Hilfsbedürftigen eigene Ideen entwickeln sollten (die die Projektinitiatoren selbst offenbar nicht haben), oft hinsichtlich selbstständiger Beschäftigungen (jeder sein eigener Schein-Unternehmer - diese Crux ist den Autoren offenbar nicht geläufig). Dass das möglicherweise viel zu schwierig, ein regelrechtes Am-eigenen-Schopfaus-dem-Sumpf-ziehen ist, genau auf der Linie der im Vorkapitel kritisierten Ideologie der "Selbstverantwortlichkeit", wird offenbar nicht gesehen, auch nicht von den Autoren.

Als größtes Hindernis jeder Sozialpolitik sehen sie die Verachtung, mit der den Armen und Benachteiligten begegnet wird.

*Rolf Oesterlein, 1.4.2021*

---

**Erscheinungsdatum: 7.10.2019**

**Michael Kopatz: "Schluss mit der Ökomoral!"**

Wie wir die Welt retten, ohne ständig daran zu denken

Es handelt sich hier um eine Art Ergänzung zum 2016 erschienenen Vorläufer "Ökoroutine", der ein durchaus neues Konzept in überzeugender Form vorgestellt hat (Kommentar s.u.). Viel Neues erfährt man im Nachfolger allerdings nicht. Aber das könnte man mit der Maxime des Autors, dass gute Botschaften sich nur durch Beharrlichkeit und Wiederholungen durchsetzen, durchaus rechtfertigen. Problematisch erscheint jedoch die punktuell-episodenhafte Darstellung ohne analytischen Tiefgang. Gewiss, das lässt sich sehr süffig lesen, und Veröffentlichungen im nüchtern-komplexen Wissenschaftler-Sprech sind nicht jedermanns Sache. Aber die punktuelle Betrachtungsweise unterschlägt häufig Zusammenhänge, die das gerade behandelte Teil-Thema in einem anderen, realistischeren Lichte erscheinen lassen. Beim propagierten Ziel "100% Bio-Landwirtschaft" wird z.B. lobend darauf hingewiesen, dass die wegfallende Wertschöpfung beim Verzicht auf Chemikalien durch den Einsatz von zusätzlichen Maschinen und Robotern zum mechanischen Pflanzenschutz kompensiert werde. Dass damit aber Ressourcen-Verbrauch und CO<sub>2</sub>-Emissionen erhöht werden, also ein klassischer Rebound-Effekt eintritt, wird verschwiegen, obwohl der Autor - an anderer Stelle - durchaus auf diesen Problembereich eingeht.

Insgesamt erweckt das Buch den Eindruck, es gebe eigentlich für alle anstehenden Schwierigkeiten praktikable Lösungen, man müsse sie nur umsetzen. Der Autor erwähnt zwar den ökonomischen "Wachstumszwang", kritisiert auch zurecht das Forschungsdefizit bei diesem Thema, stellt aber nicht dar, dass dieses Forschungsdefizit kein lässliches Versäumnis in abgehobenen

Wissenschaftssphären ist, sondern bei nahezu allen praktischen Vorschlägen - auch seinen eigenen - ein massiver struktureller Bremsklotz.

Und der funktioniert z.B. so: BW-Ministerpräsident Kretschmann, vom taz-Interviewer darauf hingewiesen, dass ein E-Auto-Getriebe nur ein Sechstel des Aufwands für einen Benzin/Diesel-Antrieb erfordert, verlangt daraufhin die Kompensation der entgangenen Wertschöpfung, also den Rebound-Effekt. Ist Kretschmann ohne Einsicht? Keineswegs. Er weiß, dass ein Absinken des lokalen Bruttosozialprodukts eine Rezession (nicht nur) über sein Bundesland bringen würde. Und eine tiefe Wirtschaftskrise in ganz Deutschland oder gar der EU würde nicht nur seine Partei (und andere) hinwegspülen, sondern vermutlich dem Rechtsextremismus katastrophalen Zulauf bescheren.

Völlig daneben ist der Titel des Buchs. Moralgesteuertes Verhalten ist das Essential, mit dem sich der Mensch vom Tier unterscheidet. Natürlich kann man über moralische Anforderungen streiten (soll man auch, tut man auch), aber man kann sie nicht pauschal ausknipsen. Niemand kann das, weder der Papst noch Herr Kopatz. Der hält das im Text auch gar nicht durch: wenn er z.B. auf die Wahrnehmung von "Verantwortung" pocht, setzt er voll auf einen moralischen Topos; und endlos weite Tiertransporte bezeichnet er als "ethisches Desaster".

Geradezu absurd mutet die Begründung für den Aufruf zur Unmoral an: moralische Appelle würden "schlechte Stimmung" hervorrufen. Das Orchester auf der Titanic soll weiterspielen, auf dass der seit drei Jahrzehnten existierende Buchtitel "Wir amüsieren uns zu Tode" endlich einmal grausige Wirklichkeit wird, oder? Und dass wir mit unserer "imperialen Lebensweise" andernorts Schäden anrichten, die tödlich sein können, dürfen wir wohl auch nicht sagen, weil es ebenfalls keine gute Stimmung macht. Zur Bewahrung der guten Laune darf man die Moral über Bord werfen - diese Botschaft spricht aus dem Buchtitel.

Es ist eine Illusion zu glauben, man könne eine existentielle Krise zum Wohlfühlthema hochjubeln. Klar, es soll ja nur eine Strategie für ein ehrenwertes Ziel sein. Aber sie wird nicht funktionieren. Sie unterscheidet sich kaum von jener der "Green-Washer" (ein solcher ist Michael Kopatz absolut nicht), die den Leuten weismachen wollen, mit ein paar technischen Innovationen (die es nur leider noch nicht gibt) könne man's richten und die "imperiale Lebensweise" hierzulande beibehalten. Ohne ein noch unbekanntes Maß an Resilienz werden wir sicher nicht davonkommen, und das sollte man auch offen propagieren.

Der Autor hat ja völlig recht, wenn er das persönliche Konsumverhalten als sekundär und den politischen Widerstand gegen das infrastrukturelle Nichtstun als das entscheidende einstuft. Da es (Adorno) kein "richtiges" Leben im falschen gibt, wird jeder Öko-Pragmatiker früher oder später durch strukturelle Mängel und Zielkonflikte ausgebremst, die er privat nicht beheben kann. Weil diese Grenzen vom persönlichen Umfeld abhängen (z.B. ÖPNV-Nutzung: Ballungsgebiet versus ländlicher Raum, alleinerziehende Mutter versus zeitautonomer Rentner usw.), kann niemand sie allgemeingültig definieren und damit auch nicht als moralisches Postulat fixieren. Und richtig: Lamentieren hilft schon überhaupt nicht. Aber wenn man einen plakativen Titel für sein Buch braucht, muss man nicht gleich die Moral abschaffen wollen.

Die Strategie der moralischen Absolution zwecks politischer Motivation verheißt wenig Erfolg. Wer ohne Rücksicht auf Verluste seine egoistischen Bedürfnisse befriedigt, wird keinen politischen Finger rühren, um sich daran durch Gesetze, Standards und geänderte Verhältnisse hindern zu lassen. Die Diskrepanz zwischen realer Verhaltensweise und wohlfeilen Absichtserklärungen in Umfragen ist natürlich auch dem Autor nicht entgangen. Er nennt sie Schizophrenie. Schizophrenie ist eine Krankheit, für die der Patient nicht verantwortlich ist und aus der er auch nur durch fremde therapeutische Hilfe herauskommen kann. Kaum anzunehmen, dass Millionen Deutsche an diesem Leiden erkrankt sind. In Wahrheit steckt wohl hinter der nicht zu übersehenden Widersprüchlichkeit in den meisten Fällen schlicht - Verlogenheit; ein Wort, das Michael Kopatz offenbar scheut wie der Teufel das Weihwasser. Verlogenheit ist in der Regel keine Krankheit, sondern eine Charakterschwäche, moralisch sehr schwer zu rechtfertigen, aber sehr wohl aus eigener Kraft zu überwinden. Man hätte das Buch "Schluss mit der Verlogenheit" nennen können.

*Rolf Oesterlein, 1.1.2021*

---

**Erscheinungsdatum 10.5.2019**

## **Wolfgang Kessler: Die Kunst, den Kapitalismus zu verändern. Eine Streitschrift**

Wie der Titel schon nahelegt, haben wir es hier mit systemimmanenten Vorschlägen zu tun. Obwohl der Autor promovierter Ökonom ist, kann man kein revolutionäres Szenario erwarten - ob aus Überzeugung oder anderen Gründen, bleibt dahingestellt. Dennoch kann das Buch für Einsteiger geeignet sein, die sich vorsichtig an das sozial-ökologische Transformationsthema heranpirschen möchten. Man muss auch eingestehen, dass selbst die Umsetzung eines Teils der vorgestellten reformistischen Ansätze schon eine erhebliche Verbesserung der aktuellen Situation bedeuten würde. Und mit dieser Erkenntnis kann man jene konfrontieren, die wegen den Unwägbarkeiten größerer Veränderungen vor diesen zurückschrecken und sich ängstlich an den status quo klammern. Ein Bericht in der Zeitschrift "Futur Zwei" aus dem Stadtrat von Bautzen zeigt, dass dort - wo die AfD und eine ihr nahestehende Bürgerliste die Mehrheit haben - in der CDU die Tatsache des menschengemachten Klimawandels kein gesicherter Wissensstand ist.

Andererseits besteht in solchen Publikationen immer auch die Gefahr der Verharmlosung. Wenn alles im gewohnten System-Rahmen behoben werden kann, kann es ja nicht so schlimm sein; man kann also beruhigt sein - und dann ist der Schritt nicht mehr weit, alles beim alten zu lassen. Dies ist die Ambivalenz auch dieses Büchleins (122 großbedruckte Seiten).

*Rolf Oesterlein, 1.4.2021*



**Erscheinungsdatum: 8.5.2019**

## **Mathias Binswanger: Der Wachstumszwang**

Warum die Volkswirtschaft immer weiterwachsen muss, selbst wenn wir genug haben

Die Fortsetzung von "Geld aus dem Nichts" (2015). Auch der Wachstumszwang wird angeblich von den Mainstream-Ökonomen nicht als existent akzeptiert, bzw. schlicht nicht behandelt. Deshalb ist Binswangers Buch, zumindest vom Unterton her, kritisch gegen diesen Mainstream gerichtet.

Offenkundig wendet sich der Text auch, vielleicht sogar vornehmlich, an NichtökonomInnen. Es werden zur Erklärung des Wachstumszwangs als eine systemische und damit keineswegs optionale Komponente des herrschenden "kapitalistischen Wirtschaftssystems" ausgesprochen einfache Formulierungen, einfache Beispiele, ja sogar einfache Szenarien entworfen. Dabei ist allerdings vieles redundant. Es ist rasch einleuchtend, worauf der Autor hinauswill, und das wird dann immer wieder durchgequirlt, ohne dass man dabei aber etwas wirklich Neues erfährt. Alle Aussagen sind rein qualitativ, irgendetwas "durchgerechnet" wird nicht.

Etwas wunderlich wirkt das Kapitel, das sich mit ökonomischen Vorschlägen aus der Ecke der nach Postwachstumsmöglichkeiten suchenden Ökologen (Nico Paech usw.) befasst. Einige dieser Vorschläge werden zwar reportiert, aber dann mit dem Argument zurückgewiesen, solche Maßnahmen stimmten nicht mit der Realität des aktuellen Wirtschaftssystems überein. Es sieht so aus, als habe Binswanger überhaupt nicht realisiert, dass die Ökologen ja keineswegs das aktuelle System unverändert beibehalten wollen, sondern geradezu nach Modifikationen suchen. Ob man nach irgendwelchen Änderungen das daraus resultierende System dann noch als "kapitalistisches Wirtschaftssystem" gemäß der reinen Lehre des Mainstreams oder auch des Herrn Binswanger (falls er sich wirklich vom Mainstream unterscheidet) bezeichnen kann, wird man dann sehen, wenn man etwas gefunden hat, ist aber mindestens derzeit noch ohne Belang. Worauf es ankommt, ist die Frage, ob die Änderungsvorschläge funktionieren können, ob sie die gesetzten Ziele erreichen oder ob sie unerwünschte Nebeneffekte haben, die nicht tolerierbar sind (wie z.B. im aktuellen System schwere Rezessionen mit flächendeckend ansteigenden Insolvenzen und Arbeitslosenzahlen). Aber genau darüber gibt das Buch so gut wie keine Auskunft.

Stattdessen findet man einen etwas skurrilen Exkurs über Bürokratie. Diese wird angeblich vom kapitalistischen System generiert, um den Konsum verstärkende Arbeitsplätze zu schaffen. (Der Konsum als wichtige Säule des Kapitalismus wird auch noch in einem Kapitel über die Kunst der Bedürfnisweckung in gesättigten Märkten hervorgehoben.) Zwar böten diese "Bürokratie-Arbeitsplätze" weitgehend nur sinnlose "Bullshit-Jobs", aber wenn man diese weglassen und die Arbeitszeit der sinnvoll Arbeitenden entsprechend reduzieren, die sinnvolle Arbeit also auf mehr Köpfe verteilen würde, dann müsste ja deren Lohn, konsumfeindlich, reduziert werden - ein schlichter "Rechenfehler": Binswanger übersieht das Nullsummenspiel in dieser Situation.

Als Beispiel für die Bürokratie-Theorie wird noch das Gesundheitssystem thematisiert, allerdings zu oberflächlich, als dass man etwas lernen könnte.

Die "Grenzen des Wachstums" greift Binswanger dann nochmals explizit auf, mit dem Fazit, dass sie nicht in Sicht seien. Als Beleg nennt er allen Ernstes u.a. eine Umfrage in USA, gemäß der die Mehrheit der Bürger genau das glaube. Und tatsächlich: er fordert den *Glauben* ans Wachstum! Und wie kann man den aufrechterhalten? Man redet sich z.B. ein, dass Dinge, die in der Vergangenheit Bestand hatten, **deshalb** auch in der Zukunft bestehen werden. Wer dreimal bei der ärztlichen Vorsorge befundfrei war, wird das auch in Zukunft sein und daher ewig leben - gilt ja als allgemeine Erfahrung.

Ansonsten der übliche Green-Washing-Nonsense: erhöhte Energie-Effizienz wird mit Entkopplung von Ressourcen- und BIP-Wachstum gleichgesetzt, die technische Innovation ist dank der Halbgötter im Ingenieurskittel grenzenlos, und wenn Prospektoren irgendwo etwas gefunden haben (und sie haben doch immer noch etwas gefunden!), sind alle Probleme gelöst. Auch die Klimaproblematik wird aufs Lächerlichste "widerlegt". Es zeigt sich wieder einmal: spätestens wenn sie fachfremd argumentieren, wirken die meisten Ökonomen wie die berühmten "Nieten in Nadelstreifen". Und wenn sie behaupten "Der Kapitalismus funktioniert bestens - nach wie vor.", weiß man auch, dass sie die Frage "Bestens für wen?" nie stellen werden, weil sie sie längst ideologisch beantwortet haben: bestens für die Profiteure.

Allerdings: Den Satz "Eine kapitalistische Wirtschaft kann keine Postwachstumsökonomie sein" sollte man sich merken - er könnte stimmen.

Rolf Oesterlein, 1.1.2021

---

**Erscheinungsdatum: 13.2.2019**

**Harald Welzer: Alles könnte anders sein.**

Eine Gesellschaftsutopie für freie Menschen

Der rund 300 Seiten lange Text ist ein thematischer Rundumschlag. Der fällt dem routinierten Autor, der sich eine beachtliche Prominenz erarbeitet hat und als publizistischer Allrounder an vielen Orten präsent ist, nicht allzu schwer. Viele kluge Einsichten werden häufig außerordentlich brillant formuliert: "Nachhaltig sind wir erst, wenn es den Begriff nicht mehr gibt." ist so ein Beispiel.

Am besten ist der analytische Teil des Buches. 1989, als man (also: der Kapitalismus) sich am Ziel wähnte und "mit dem Weiterdenken aufhörte", haben die Probleme begonnen. Bis dahin konnten auch Arbeiterschichten mit Wohlstandszuwächsen rechnen, und das war der psychologische Kitt der Nachkriegszeit als Kontrast zum Kommunismus. Darauf glaubte man ab jetzt verzichten zu können. Öffentliche Gemeingüter (z.B. Schwimmbäder, Bibliotheken, Jugendzentren) wurden systematisch kaputtgespart; die Zahl der Sozialwohnungen ist in den letzten 30 Jahren von 3 auf 1,2 Mio. zurückgegangen.

Dann wurde es in der Komfortzone unbequem, weil die "Rechnung" für diese Lebensweise langsam ins Bewusstsein drang, indem z.B. Komfortbedürfnisse auf Überlebensbedürfnisse trafen (Fettleibigkeit versus Unterernährung). Als Zeichen eines Verfall-Prozesses identifiziert Welzer das Ignorieren der Untergrenzen der Humanität. Weltweit 69 Millionen Flüchtlinge (Prognose für die nächsten 3 Jahrzehnte: 250 Millionen) zeugen vom schlechten (unsicheren) Leben in einem System, das seine Grundlagen auffrisst (konsumiert). Aktuell haben alle Länder dieser Erde *entweder* eine hohe Lebenssicherheit *oder* einen kleinen ökologischen Fußabdruck; das utopische Ziel besteht darin, beides zu haben.

Hierzulande hat die Korrelation zwischen Einkommen und Lebensglück längst den Sättigungspunkt überschritten. Dennoch verharren die Bürger in ihrer Rolle als Verbraucher, der auf Lieferung pocht: Produkte, Dienstleistungen, Informationen, Politikangebote. Hineingedrängt in diese Rolle werden sie von einer Elite, deren öffentliche Vertreter sich mit gutem psychologischem Erfolg als "gewiefte Agenten gesellschaftlicher Lebenslügen" betätigen. Trotz umfangreichen Wissens ist die Veränderungsbereitschaft dünn gesät. Jeder Mensch muss in der Gesellschaft flexibel sehr unterschiedliche Rollen wahrnehmen (schon als Schüler jeweils gegenüber den Eltern, Mitschülern, Lehrern); das führt zu Überforderung und Widersprüchlichkeiten: trotz Sorge ums Klima werden Kreuzfahrten gebucht und SUV's gefahren.

Ein weiteres Symptom des Verfalls ist für Welzer das Erstarken der Menschenfeinde. Erich Fromm wird zitiert mit der Erkenntnis, dass Menschen, die Orientierung, Halt, Anweisung brauchen, sich dort anschließen, wo vordemokratische Untertanen gebraucht werden - weil sie "Furcht vor der Freiheit" haben.

Trotz alledem müssen die Verfechter eines "Weiter so!", die ein Experiment mit absehbar negativem Ausgang propagieren, diese Position noch nicht einmal rechtfertigen - im Unterschied zu allen, die nach Alternativen suchen.

Bei der Suche nach solchen Alternativen wird Welzers Buch, das in der Analyse durchaus überzeugend ist (wenn es auch nicht allzu viel Neues bringt), leider immer schwächer. Das beginnt mit polemischen Angriffen (z.B. gegen den Begriff "Anthropozän"), deren Zielgruppe und Argumentationskette unklar bleiben. Auch bei den Ausführungen zum Thema Bildung erschließt sich nicht, worauf der Autor hinaus will; was soll der (sachlich durchaus korrekte) Hinweis, im Holocaust hätten auch Inhaber des Dokortitels mitgewirkt?

Das Routinierte und der Hang zu allumfassender Thematisierung führen stellenweise zu einer bedenklichen Oberflächlichkeit. Das sei am Beispiel Bhutan etwas genauer erläutert:

Dieses Land hat als bisher einziges das Bruttonationalprodukt (angelsächsisch GNP = Gross National Product) als ökonomische Steuergröße abgeschafft und stattdessen als Alternative mit Forschern der Universität Oxford einen wohlüberlegten, komplexen Index entwickelt, der - in Anlehnung an das GNP - die Bezeichnung "GNH" (Gross National Happiness) trägt. Welzer kommentiert: *"So weit wird es mit dem Glück in einem Land nicht her sein, das im Index menschlicher Entwicklung (HDI) auf Platz 132 rangiert."*

Die Unterstellung, wer das Wohlergehen der Bevölkerung als wichtiges politisches Ziel ins Auge fasst, würde behaupten, dieses Ziel schon perfekt erreicht zu haben, ist schlicht - um eine Lieblingsvokabel des streitbaren Autors zu zitieren - Quatsch (niemand in Bhutan behauptet derlei, was man in der umfassenden englischsprachigen Internet-Dokumentation des Sujets nachlesen kann). Noch erschreckender ist die "Beweisführung" durch den HDI: in diesen Index fließt auch das einige Sätze vorher von Welzer abgelehnte GNP ein, dafür fehlen Nachhaltigkeitsaspekte und Größen wie soziale Gerechtigkeit. Vollends vergessen hat der Autor seine anderswo ausgesprochene (berechtigte) Aversion gegen Rankings und auch jeden Gedanken daran, dass man vielleicht keine kulturübergreifenden einheitlichen Kriterien für "menschliche Entwicklung" finden kann und damit das diesbezügliche Ranking schon a priori willkürlich und nichtssagend ist. Man gewinnt den fatalen Eindruck, dass hier im Geiste eurozentrischer Überheblichkeit die Grundhaltung hervorbricht, dass aus einem jämmerlichen, armseligen Dritte-Welt-Land irgendwelche progressiven Impulse einfach nicht kommen können.

Der größte Blackout des Buches liegt aber woanders. Es wird einerseits korrekt dargelegt, dass Menschen von Anfang an lernende, soziale Wesen sind, lange bevor sie zu "Individuen" werden (andernfalls würden sie nicht überleben). Und dass andererseits ein kultureller Rahmen mit sozialem Engagement, Altruismus und Ressourcenschonung dem Konkurrenzprinzip und der Nutzenmaximierung des Kapitalismus widerspricht. Dennoch behauptet Welzer, mit einem "aufgeklärten Kapitalismus" werde sich alles zum Guten wenden. In diesem "aufgeklärten Kapitalismus" werde es keinen Wachstumszwang geben, und es ließen sich gleiche Lebenschancen überall in der Welt herbeiführen. Kein Wort darüber, wie das funktionieren könnte. Die Internalisierung *aller* Kosten, also auch der Umweltschäden usw., sei "betriebswirtschaftlich keine Hexerei". Kritische Ökonomen haben hingegen ausgerechnet, dass diese Kosten-Internalisierung - also das konsequente Verursacher-Prinzip - die Rentabilität zahlreicher wirtschaftlicher Aktivitäten zerstören und einen Einbruch des Wachstums mit massenhaft Insolvenzen, also eine massive Rezession herbeiführen würde, mit Folgen, die das Erstarken der rechtsextremen Menschenfeinde noch verstärken würde - das ist Welzer offenbar nicht bekannt, obwohl es der entscheidende, noch ungelöste Knackpunkt der sozialökologischen Transformation ist.

Insgesamt handelt es sich also um einen recht ambivalenten Text; mit Sicherheit ist es nicht die beste von Welzers zahlreichen, überwiegend sehr lesenswerten Veröffentlichungen. Vielleicht wäre es empfehlenswert, der umtriebige Autor würde sich eine Phase des Innehaltens verordnen und diese verstärkt der Reflexion seiner Widersprüche und Unzulänglichkeiten widmen.

*Rolf Oesterlein, 1.3.2021*

---

**Erscheinungsdatum: 2.10.2017**

**Club of Rome (Ernst Ulrich von Weizsäcker): "Wir sind dran"**

## Der große Bericht: Was wir ändern müssen, wenn wir bleiben wollen.

Von Weizsäcker ist Herausgeber (Vorwort); viele Wissenschaftler haben Beiträge geliefert, ein Redaktionsteam hat harmonisiert.

3 Teile:

A Bestandsaufnahme, was alles nicht nachhaltig läuft

B Notwendigkeit eines philosophischen Umdenkens

C Ansätze für Änderungen bei Staat, Unternehmen und Zivilgesellschaft

Der Kommentar bezieht sich auf Teil C.

Es ist eine wilde & willkürliche Mischung von Ansätzen. Eine Linie ist nicht zu erkennen, geschweige denn auch nur der Versuch, ein homogenes Szenario zu entwickeln. Selbst Verbindungen zwischen den Einzelaktionen bleiben unklar. Die für sich genommen durchaus sinnvollen und erstrebenswerten Vorschläge bringen z.T. für das eigentliche Ziel überhaupt nichts, wie z.B. die Transaktionssteuer.

Der Kapitalismus soll offenbar unbedingt unangetastet bleiben. Einige der beschriebenen Ansätze sollen die Nachhaltigkeitsaktivitäten rentabel machen, denn dann läuft ja im Kapitalismus alles wie von selbst. Deshalb soll auch nicht nach Lösungen für ein (BIP-)wachstumsfreies Wirtschaftssystem gesucht werden, sondern nach einer Entkopplung von ökonomischem Wachstum und Ressourcen-Verbrauch. Allerdings weist die Zusammenstellung auch für dieses Problem keine systematischen Lösungsschritte auf.

Gefordert wird z.B. eine sog. "Donut-Ökonomie". Das ist ein anschaulicher Name für die Tatsache, dass die Wirtschaftswissenschaften kein eigenständiges, unabhängiges System zu gestalten haben, sondern ein in ein anderes, größeres eingebettetes und deshalb dessen Randbedingungen (Grenzen) berücksichtigen müssen. Der ökonomische Mainstream verweigert diese Sichtweise bis dato strikt, wenn er z.B. die schädlichen Auswirkungen seiner weltweiten Rezepte (z.B. die Generierung von Bürgerkriegen infolge von Durchsetzung einer unsozialen Austeritätspolitik) mit der Begründung "Nicht zuständig!" einfach ausblendet. Diese "Donut"-Ökonomie zu fordern, ist natürlich völlig richtig, aber nicht ausreichend und, trotz des neuen Namens, gefühlt seit ewigen Zeiten bereits als Notwendigkeit benannt. Vielleicht sollte man einmal damit anfangen, diese Ökonomie zu spezifizieren. !?

Enttäuschend ist auch, dass ein Naturwissenschaftler wie Weizsäcker sich bei seinen Überlegungen auf "demokratisch mehrheitsfähige Reformen" beschränken lässt, wohlwissend, dass die Physik keine noch so gut gemeinten Abstimmungen akzeptiert. Die zukünftigen Aufgaben als "spannende Reise" zu bezeichnen, ist eine verantwortungslose Verharmlosung der aktuellen, existentiell brisanten Situation. "Die Denklinie von nicht-nachhaltigem Wachstum verlassen" - das erweckt den falschen Eindruck, man habe das "nachhaltige Wachstum" (s.o., "Entkopplung") bereits gefunden. Eifrig wird an die Unternehmerschaft appelliert, als "private Sponsoren" aufzutreten; die gnadenlose Wallstreet soll mit Philanthropie bekämpft werden - vielleicht begeistern sich dann alle für die "Gemeinwohl-Ökonomie", die Christian Felber im Buch auch (kurz) darstellen darf.

Alles in allem kann (und soll?) man den Eindruck gewinnen, alle diese kreativen Ideen würden sich konfliktfrei zu einem homogenen Ganzen fügen, das das

Postwachstumsproblem endgültig und zufriedenstellend löst; niemandem muss dabei auf die Füße getreten werden, niemand muss irgendwelche "Besitzstände" aufgeben. Ein Bärendienst für das Thema.

Ein im Anhang mit Leseprobe aufgeführtes Buch von Prof. Hans Joachim Schellnhuber, dem Gründer und langjährigen Direktor des Potsdam-Instituts macht wenigstens die Brisanz, die existentielle Bedeutung des Themas deutlich ("Selbstverbrennung - die fatale Dreiecksbeziehung zwischen Klima, Mensch und Kohlenstoff"): "Es sind ungeheuerliche Dinge geschehen, die uns ins Ohr brüllen, dass die vertraute Welt aus den Fugen gerät."

*Rolf Oesterlein, 1.1.2021*

---

**Erscheinungsdatum: 31.8.2017**

**Helge Peukert: Das Moneyfest: Ursachen und Lösungen der .Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise**

Helge Peukert ist Professor am Forschungsbereich "Plurale Ökonomik" der Universität Siegen, an dem auch Nico Paech tätig ist. Sein hier vorgestelltes Buch befasst sich in 3. Auflage kritisch mit der Finanzkrise von 2008ff, Stand 2017. Da das Finanzsystem politisch als massiver Wachstumstreiber wirkt, sind seine Auswirkungen auch im Zusammenhang einer sozial-ökologischen Transformation .unbedingt eine genauere Betrachtung wert

Obwohl bei Banken, Politikern und Wissenschaftlern ein "business as usual" zu beobachten ist, das auf eine erfolgreiche Überwindung der Finanzkrise hindeuten könnte, sind die destabilisierenden Elemente, die sie verursacht haben, keineswegs entschärft; das Finanzsystem befindet sich seit einem Jahrzehnt in einem "Ausnahmestandard". Die Krise war für viele Deutsche eher von theoretischer Natur, deshalb hat es weder auf der Straße noch an der Wahlurne nennenswerte Proteste gegeben; in Europa liegen 90% des Finanzvermögens bei 5% der Haushalte, und .diese Eigentumsverhältnisse waren und sind ein Krisentreiber

Es haben bis 2017 und danach sogar Wendungen zum Schlechteren stattgefunden. In den USA hat die Regierung Trump viele bescheidenen Verbesserungen postwendend revidiert. Kriminelle Machenschaften wie der Cum-Ex-Skandal haben die Steuerzahler 30 Milliarden Euro gekostet. In der Eurozone gibt es Mitte 2017 faule Kredite in Höhe von ca. 1 Billion Euro; das ist eine Verdoppelung gegenüber 2008. Die weltweite Verschuldung beträgt 327% des globalen Bruttosozialprodukts (BSP). Die vielen "Nie wieder!"-Versprechungen bei der Bankenrettung wurden schon bald wieder gebrochen. Und für die "Bankenrettung" sind in Europa 1,6 Billionen € an staatlichen Beihilfen geflossen, um das "Casino" am Laufen zu halten .und einigen ausgewählten Spielern das Risiko abzunehmen

"Rettungsschirme" darf es eigentlich gar nicht geben: sie widersprechen dem "Beistandsverbot der EU-Verträge, widerlegen die neoliberale Lehre der Marktgläubigen (hier: die angeblich reinigende Wirkung von Insolvenzen) und lassen die Allgemeinheit haften, anstatt die Finanzwirtschaft anzutasten. Sie haben in Deutschland fast alle Banken am Leben gehalten. Diese haben sich mit allerlei

Tricksereien bedankt, z.B. bei den Banker-Gehältern. Verantwortliche Politiker wurden übrigens keine ausgetauscht (außer in Island). Scheinbar restriktive Maßnahmen wie Provisionsverbote, Regulierung von geschlossenen Fonds, Leerverkäufen und Hochfrequenzhandel, Steueroasen-Abschaffung und .Transaktionssteuer-Einführung blieben nur Diskussionsthemen, aber ohne Effekte

In den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts war die Weltwirtschaftskrise in Vergessenheit geraten, und man deregulierte ohne zu reflektieren, dass Deregulierung Instabilität und Krisenanfälligkeit erzeugt. Sogenannte "Risikomanager" sind immer noch der Meinung, durch Mathematisierung zukünftige Entwicklungen im Griff behalten zu können, obwohl Extrem-Ereignisse viel häufiger auftreten als in der Theorie vorausgesagt. Auch der Computer-Einsatz hat die Rationalität nicht erhöht, sondern die Aufschaukel-Effekte durch blindes Herdenverhalten. Es gibt eine regelrechte "Finanz-Demenz", die zu gier- oder .angstgetriebenen Euphorie-Ausbrüchen neigt und jegliche Lerneffekte unterbindet

Außer um die Akteure des Finanzsystems geht es Peukert, wie der Untertitel des Buchs nahelegt, auch um die Staatsverschuldung. Grundsätzlich sollte die Staatsfinanzierung durch Steuern und nicht durch Kapitalaufnahme erfolgen. Und wenn die Verschuldung doch eingetreten ist, sollten zu ihrem Abbau die Spitzeneinkommen und -vermögen belastet werden, weil das am gerechtesten ist. Eine Entschuldung über Austerität funktioniert nicht. Selbst der IWF hat mittlerweile seine eigene Unterschätzung der negativen Auswirkungen von Sparhaushalten eingeräumt. In Griechenland hat die sogenannte "Troika", die am europäischen Parlament vorbei gehandelt hat und aufgrund ihrer Immunität nicht verklagt werden kann, durch bemerkenswerte Kurzsichtigkeit gegläntzt und in Komplizenschaft mit den Reichen, die die Krise verursacht hatten, auf Kosten der Armen gespart; weder Vermögensabgaben noch Zwangsanleihen wurden den 2000 reichsten Griechen auferlegt. Die korrupten Regierungsstrukturen blieben unangetastet. Man hat der Troika eine Art "Richter-Funktion" übertragen, mit der sie rücksichtslos .Eigeninteressen gegen die Griechen durchgesetzt hat

Die Überdimensionierung des Finanzsektors (2007 betragen die Umsätze das 70fache des globalen BSP) erschwert jede Regulierung. Die vorhandenen Institutionen sind nicht unabhängig, eine internationale Regulierungsinstanz existiert nicht; sogar die G20 haben kein entsprechendes Mandat. Auch die Europa-Politiker, in einem labilen Gleichgewicht mit Wählern und der Finanzwirtschaft, treten international eher als Bremser jeglicher Regulierungsmaßnahmen auf. Steuer-Oasen, Steuerdumping, sogar Geldwäsche (Zypern) im eigenen Haus werden nur rhetorisch bekämpft; die ohnehin wenig aussagekräftigen Banken-Stress-Tests werden verwässert, ebenso das Einlagensicherungssystem, das einen massiven Run auf die Bankguthaben nicht überstehen würde. Peukert spricht auch hier von Komplizenschaft. Er kritisiert die willkürgesteuerte Anwendung der Maastricht-Kriterien und ist auf rund 70 nicht-sanktionierte Verfehlungen gestoßen. Dabei riskiert .eine Reformunfähigkeit der EU das Auseinanderbrechen des Euro-Raums

Was sollte getan werden? (Peukert hat seine Vorschläge auch in Kurzform in einem dem Buch beiliegenden "Moneyfest" formuliert; deshalb auch der Buch-Titel)

- Geschäftsfelder der Banken trennen (Trennbankensystem, das in den USA lange Zeit vorgeschrieben war); Trennung zwischen Eigenhandel & Beratung;

also: eine begrenzte "Spielwiese" erlauben und den Geschäftsbanken "beruhigende Langeweile" verordnen

- Eigenkapitalanforderungen an Banken erhöhen ( $\geq 30\%$ , gab es in der Nachkriegszeit schon einmal); auch für die sog. Schattenbanken (Hedgefonds,) gegen spekulative Rohstoff-Preiserhöhungen (z.B. Aluminium); realistische Stress-Tests durchsetzen und angeblich "notwendige" Schlupflöcher, die auf Kosten der Allgemeinheit gehen, schließen
- Entflechtung von "Mega-Banken", weil sie Blasen und scheiternde Fusionen generieren, weil "System-Relevanz" zu höheren Risiken verleitet, nur Selbsthaftung zu Vorsicht führt und jede Marktdominanz den Prinzipien der "Marktwirtschaft" widerspricht
- Leerverkäufe und Kreditausfallversicherungen (CDS), die zum Wetten gegen Staaten führen (z.B. Griechenland), regulieren, am besten abschaffen (fordert sogar der emirierte Mainstream-Ökonom Prof. Sinn)
- Derivate limitieren, die Einklagbarkeit und den Verkauf an Klein-Anleger abschaffen, weil das Risiko nicht im voraus erkennbar ist
- europäische Zoll-Union gegen Sozial- und Umwelt-Dumping schaffen; ähnliche Regulierungen bei der "heiligen Kuh" Freihandel
- Steuer-Oasen durch Mindeststeuersätze bekämpfen
- durch Umschuldungen Kreditrisiken von der Allgemeinheit auf die Anleger schieben
- öffentliche Kontrolle der Rating-Agenturen, deren Bewertungen derzeit von der BaFin in vielen Fällen vorgeschrieben werden, was als Werbung für ihre angebliche Qualität wirkt, obwohl sie oft nur Daten der zu bewertenden (und zahlenden!) Institute nutzen und in der Finanzkrise massiv versagt haben
- Einführung einer Finanztransaktionssteuer (FTS), alternativ oder ergänzend auch eine leicht administrierbare Gewinnbesteuerung in Abhängigkeit von der Haltezeit - zur Entschleunigung der Transaktionen und Zurückdrängung des Derivate-Handels (kann durchaus auch in einzelnen Staaten eingeführt werden; das Kinderarbeitsverbot hat sich trotz "Wettbewerbsnachteilen" genau in dieser Weise ausgebreitet)

Ausführlich setzt sich Helge Peukert auch mit der Geldschöpfung auseinander. Sie geschieht heute nicht etwa durch die Zentralbanken, sondern durch die Geschäftsbanken mittels Kredit-Vergabe. Das bedeutet, dass der Staat nicht über eine souveräne Geldschöpfungsmöglichkeit verfügt, sondern abhängig davon ist, was auf dem Bankensektor geschieht. In guten Zeiten kommt es zu überschießender Kreditvergabe, über deren Verwendung keine Kontrolle besteht, in schlechten zu Crashes. Darin sieht der Autor einen Faktor der Instabilität.

Die Alternative ist ein (in Europa) von der EZB ausgegebenes sog. "Vollgeld". Dazu gibt es noch einen beträchtlichen Spezifizierungsbedarf, der sicher nicht ohne Kontroversen ablaufen wird. Aber die EZB wäre nicht mehr die "Bank der Banken im Interesse der Banken". Ihr Vollgeld hätte in der Staatsfinanzkrise nicht zur Verschuldung geführt. Die Kontrolle über die Geldmenge bedeutet die staatliche Unabhängigkeit von den Kapitalmärkten. Das Zinsgefälle innerhalb der EU und die Reichtumskonzentration werden durch EZB-Vollgeld reduziert. Die Sicherheit steigt, weil auf Konten eingezahltes Geld ständig verfügbar ist. Allerdings ist die Balance zwischen Inflation und Rezession auf EU-Ebene nicht ganz einfach sicherzustellen.



Beim aktuellen, an die Kreditvergabe gebundenen Geldsystem ist die Verschuldung ein Strukturmerkmal. 2012 erzeugten in Nordamerika 38 Billionen Dollar und in Westeuropa 33 Billionen Dollar privates Finanzkapital einen immensen Verzinsungs- und damit Verschuldungsdruck, dessen destabilisierende Auswirkungen nur durch ständiges Wachstum im Rahmen gehalten werden können. Beigetragen haben zur "Verschuldungslawine" aber auch die Staaten und der Realsektor mit seinem Bedarf an Natur-Kapital. Das führt zur Kernfrage, wie eine Ökonomie ohne Wachstumszwang aussehen könnte. Eine Postwachstumsökonomie scheitert schon am Zinseszinsseffekt des aktuellen Finanzsystems, sie kann aber andererseits nicht schon durch dessen Reformierung erreicht werden, zu der Peukert auch den politischen Willen nicht erkennen kann. Im abschließenden 16seitigen Kapitel "Ohne intakte Biosphäre ist alles nichts!" zeigt er die Probleme, Dilemmata und eine gewisse Ratlosigkeit auf. Vielleicht ist das deshalb so, weil zu viele fähigen Köpfe gar nicht an der Herausforderung arbeiten, sondern innerhalb des etablierten Finanzsystems, wo sie viel mehr Geld verdienen können .....

Rolf Oesterlein, 24.2.2022

---

**Erscheinungsdatum: 26.9.2016**

## **Jörgen Randers & Graeme Maxton: "Ein Prozent ist genug."**

Mit wenig Wachstum soziale Ungleichheit, Arbeitslosigkeit und Klimawandel bekämpfen

Das Buch präsentiert 13 politische Empfehlungen, um die 3 im Untertitel genannten Ziele (Bekämpfung von sozialer Ungleichheit, Arbeitslosigkeit und Klimawandel) zu erreichen. Die über den Klimawandel hinausreichende Ressourcen-Problematik wird nur am Rande erwähnt, eigentlich ignoriert; daher auch der ärgerliche Titel, in dem die Zahl reichlich willkürlich ist und der Knackpunkt nicht angesprochen wird: wie sieht eine wachstums**freie** Ökonomie aus?

Der Physiker Randers, als junger Doktorand bereits 1972 an der Ausarbeitung des Berichts an den "Club of Rome" beteiligt, verlässt das naturwissenschaftliche Feld, geht auf die ökonomische Ebene und bindet auch den sozialen Aspekt mit ein. Er kritisiert konsequent den Neoliberalismus (die Marktradikalen) und fordert einen starken Staat, aber ohne eine neue Ökonomie systemisch zu skizzieren. Die behandelten Aspekte sind wichtig, z.T. auch sehr gut dargestellt (trotz einiger Schwächen in der Gliederung - manches kommt unverhofft), aber sie sind nicht "flächendeckend". Die Argumentation ist bezüglich der Detailliertheit inhomogen; manches muss man glauben (oder eben nicht). Einige Legenden werden trefflich widerlegt, z.B. die UN-Statistik von der weltweiten Reduktion der Armut. Auch das demokratische System des Westens wird (endlich einmal) sehr hart kritisiert, obwohl das vielleicht nicht zwingend zum Thema gehört, wenn man nur 280 Seiten hat. Manches rutscht aber auch unreflektiert in die Argumentation. Es ist ziemlich abwegig, wenn als Gegenpol zur westlichen Ausbeutung von Mensch und Natur ausgerechnet Venezuela und der Iran positiv erwähnt werden; eine solche

Fehlleistung kann für manchen Leser das Vertrauen in die gesamte Diktion des Buches untergraben, was sehr bedauerlich wäre.

Die Ausführungen sind auf die westliche, "reiche" Welt fokussiert, weil die Autoren dieser die umfassenderen Handlungsoptionen und -pflichten zuschreiben. Am strittigsten unter den 13 Vorschlägen ist vermutlich der zur Eindämmung des Bevölkerungswachstums. Da wird Beifall von der falschen Seite kommen; ebenso der Vorwurf, der reiche Westen wolle so seinen Wohlstandsvorsprung sichern. Dass Randers den ärmeren Ländern - im Unterschied zu den Staaten des Westens - klassisches Wachstum zubilligt (Nachhol-Effekt), wird möglicherweise zur Entkräftung nicht reichen.

Bei der Verdeutlichung der Brisanz der Situation schwankt das Werk unschlüssig zwischen Dramatisierung, Nüchternheit und freundlicher Ermunterung, was weniger vorinformierte Leser verwirren kann. Das gilt auch für Aussagen über die Zukunft, weil nicht immer klar ist, auf welches Szenario sie sich beziehen:

- a) die Situation, wenn keinerlei Umkehr stattfindet;
- b) die Situation, wenn (bestimmte) geeignete Maßnahmen ergriffen werden;
- c) die Situation, die nach Ansicht der Autoren in jedem Fall kommen wird.

Wie der zu befürchtende "Kollaps" aussieht, muss angeblich nicht beschrieben werden, da das bekannt sei. Einerseits wird er aber doch ein wenig angedeutet, andererseits erscheint fraglich, ob er tatsächlich allgemein bekannt und verinnerlicht ist.

Wenn nur ein Teil der Anregungen dieser Autoren in die Politik einflösse, würde das schon einen Richtungswechsel bedeuten. Dennoch ist das Buch nicht der große Befreiungsschlag, auf den man immer wartet. Da der auch nicht aus einer einzigen zündenden Idee bestehen kann, ist das auf 280 Seiten wohl auch nicht möglich.

Rolf Oesterlein, 1.1.2021

-----  
**Erscheinungsdatum: 25.7.2016**

**Michael Kopatz: Ökoroutine**

Damit wir tun, was wir für richtig halten

Um es gleich vorwegzunehmen: dem Autor ist hier eine nahezu perfekte Symbiose zwischen Theorie und Praxis gelungen. Die Diktion seines Buches charakterisiert er knapp und treffend:

*"Im Alltag ersetzen oftmals Routinen zeitraubendes Abwägen und werden nicht als Zwang empfunden. In diesem Sinn soll sozialökologisches Verhalten zur Routine werden. Regeln und Standards sind hierbei – wie auf vielen Feldern - hilfreich; Standards können durch ihre sukzessive Verschärfung die Verhältnisse kontinuierlich verbessern. Ihre pauschale Diffamierung als „Verbote“ seitens der Öko-Bremser ist schlicht verlogen. Ökoroutine setzt auf starken Staat & starkes ziviles Engagement."*

Im Folgenden ergießt er ein Füllhorn mit Anregungen über seiner Leserschaft aus, das seinesgleichen sucht. Anregungen dafür, wie sozialökologisches Verhalten - des

einzelnen wie der Institutionen - aussehen könnten und wie es zur Routine werden kann. Es wird kaum ein Lebensbereich ausgelassen. Zu den Vorschlägen werden auch leicht eingängliche Argumente geliefert.

Die politische Ebene wird nicht ausgespart; es wird deutlich gemacht, dass ein Verharren im privat-individuellen Umfeld nicht ausreicht und fatal wäre. Mit der Erkenntnis, dass eine "Transformation mit den Profiteuren der alten Ordnung" eine Illusion ist, wird die Richtung vorgegeben.

Allerdings ist Kopatz kein Ökonom. Das Thema "Wachstumszwang" wird etwas ambivalent behandelt: einerseits wird es durchaus als systemisches Problem dargestellt, andererseits als eine Option, auf die Unternehmen auch verzichten könnten, wenn sie wollten. Insgesamt sind die Vorschläge häufig um Konformität mit dem aktuellen (neoliberalen) Wirtschaftssystem bemüht. Aber fairerweise sollte man einem Nichtökonom zugestehen, dass er eine System-Diskussion als einen Sprung in sehr kaltes Wasser empfindet und deshalb meidet. Das Anliegen des Buches ist auch ohne diesen Part legitim und bravourös umgesetzt.

*Rolf Oesterlein, 1.1.2021*

---

**Erscheinungsdatum: 12.3.2015**

**Thomas Piketty: Die Schlacht um den Euro.** Interventionen

Es handelt sich bei diesem Buch des bekannten französischen Wirtschaftswissenschaftlers nicht um einen zusammenhängenden Text, sondern um eine Sammlung von Artikeln und Kolumnen unterschiedlicher Länge. Sie behandeln verschiedene grundsätzliche wie aktuelle Aspekte finanzwirtschaftlicher Themen der Jahre 2007 bis 2015.

Piketlys grundsätzlicher Kritikpunkt am Konstrukt der Gemeinschaftswährung Euro ist das Fehlen einer gemeinsamen Schuldenverwaltung. Dadurch entfällt zwar die Spekulation auf die Währung der Einzelstaaten, aber nicht auf die unterschiedlichen Zinssätze ihrer Schulden. Piketty ist überhaupt ein entschiedener Verfechter einer politisch-ökonomischen Union. Er beneidet die USA, die eine viel effizientere Finanzpolitik betreiben können als die EU. Allerdings verrät er nicht, wo die Eigenständigkeiten aufhören und schon gar nicht, wie die zu treffenden Vereinbarungen für eine politische Union geregelt werden sollten.

Das Dilemma der unterschiedlichen Zinssätze für Staatsschulden besteht darin, dass ihre Festsetzung willkürlich erfolgt. Selbst die Nationalbanken richten sich immer noch nach den privaten Rating-Agenturen, obwohl diese in der Wirtschaftskrise von 2008ff massiv versagt haben und u.a. wegen des Prinzips, sich die Bewertungen von den Bewerteten bezahlen zu lassen, heftig kritisiert wurden. Ländern wie Griechenland kann von einigen wenigen Akteuren über Nacht die Zinslast von 3% auf 6% erhöht werden - mit katastrophalen Folgen für die Schuldner. Gemeinsame europäische Schuldverschreibungen würden dem einen Riegel vorschieben.

Piketty befasst sich auch mit der Frage, wo die Widerstände gegen eine "Schulden-Union" herkommen. Vehement kritisiert er "private Ressentiments", die keinen Platz

in den komplexen ökonomischen Beziehungen haben dürften, wie etwa die Stereotypen von den "faulen Griechen": "Den Griechen liegt die Faulheit genau so wenig in den Genen wie den Deutschen die Nazi-Ideologie."

Er beschreibt die Situation in Zypern, wo russische Oligarchen ihr Geld abgeladen haben, das dann in "faulen" griechischen Anlagen versickerte. In der Wirtschaftskrise sollte dann die EU den Zyprioten helfen, und Piketty kritisiert zurecht, dass eine solche Hilfe letztlich die russischen Oligarchen unterstützt - wodurch andernorts keineswegs unberechtigte Aversionen gegen die "Eurobonds" entstehen.

Ein anderes Beispiel ist Irland, das mit niedriger Körperschaftssteuer ausländische Konzerne anlockt und dann in der Krise EU-Unterstützung fordert, um seine Steuern nicht erhöhen zu müssen - was bedeutet, dass die EU skandalöserweise die niedrigen Steuerzahlungen der ausländischen Konzerne subventioniert.

Natürlich hat Piketty insofern ein konsistentes Szenario vor Augen, als er sich intensiv mit dem Thema Steuern befasst und deren Einheitlichkeit in einer Fiskal-Union fordert, womit auch alle Formen des schädlichen Steuerdumpings, mit dem sich die EU-Staaten gegenseitig bekämpfen beim Konkurrieren um Nicht-EU-Konzerne, eliminiert wären.

Steuerpolitik sieht er innerhalb der Einzelstaaten als Mittel zur Bekämpfung des sozialen Auseinanderklaffens. Er verdeutlicht das anhand des Beispiels der L'Oréal-Erbin Bétancourt in Frankreich. Er zeigt, wie der nominale Einkommenssteuersatz von 32% für die Superreichen durch zahlreiche Ausnahmeregelungen, die die Einkünfte künstlich vom tatsächlichen Wert nach unten rechnen, sich in empörender Weise verringert. Historisch verweist er auf die USA, die von 1930 bis Ende der 1970er Jahre exorbitant hohe Spitzensteuersätze eingeführt hatten, um die Krise zu überwinden und "die Verursacher der Krise zur Verantwortung zu ziehen". Genau das sei bei der jüngsten Krise in den Jahren nach 2007 nicht geschehen.

In den Beiträgen mit aktuellen Bezügen erweist sich Piketty als kritischer Geist. Den Ex-Präsidenten Sarkozy bezeichnet er als "notorischen Lügner"; die Wirtschaftspresse bezichtigt er der unüberprüften Verbreitung manipulativer Zahlen aus unveröffentlichten Studien, die gar keine sind - sofern die Periodika nicht gleich vollständig von den Mächtigen aufgekauft werden. Er mokiert sich über die notorische Inflationspanik der Reichen bei Aktivitäten von Nationalstaatsbanken ("Geld drucken!"), während man in Wahrheit am Rande von Deflation und Rezession stehe.

Pikettys Empfehlungen zielen meist in die richtige Richtung (gegen Steuerflucht, für Einkommensangleichungen, für Stabilität im Finanzsystem), aber ein systemsprengender "Revoluzzer" ist er sicher nicht. Wachstum wird nicht in Frage gestellt, ökologische Probleme bleiben unerwähnt. Er hält aufgrund des technischen Fortschritts "immaterielles Wachstum" für möglich, ohne allerdings zu beleuchten, ob damit für Klimawandel und Ressourcen-Verbrauch „harmloses“ BNP-Wachstum erzielt wird (er scheint es anzunehmen).

Manche seiner Bewertungen sind - vielleicht auch infolge der Kürze der Beiträge - nicht nachvollziehbar oder auch anfechtbar. So wundert er sich, dass die EU trotz ihres in absoluten Zahlen stattlichen kumulierten BNP nicht stärker durch Sanktionen

in die Weltpolitik eingreift, ohne auch nur ein einziges Beispiel dafür zu nennen, dass Sanktionen jemals in einer konflikträchtigen Situation etwas Positives bewirkt haben.

*Rolf Oesterlein, 1.4.2021*

---

**Erscheinungsdatum: 4.7.2013**

**Marcel Hunecke: Psychologie der Nachhaltigkeit.** Psychische Ressourcen für Postwachstumsgesellschaften

In die nicht eben einfache Frage, wie eine ökologisch und ökonomisch nachhaltige Gesellschaft aussehen könnte, mischt sich immer wieder der Aspekt ein, wie man denn die - sachlich noch immer nicht ausreichend klar definierte - Transformation dorthin durchsetzen will. Man stößt auf mancherlei Hindernisse; eines davon ist die Befindlichkeit der Akteure: wie ticken die Politiker, wie die Wirtschaftsrosse, wie tickt die Bevölkerung? Die Soziologen und Psychologen halten sich, wenn man die Veröffentlichungen durchpflügt, offenbar sehr zurück bei der Behandlung dieses Fragenkomplexes. Das vorliegende Buch ist das einzige, das bis dato zu diesem Thema auffindbar war (ansonsten werden psychologische Überlegungen gelegentlich in Büchern mit anderem Schwerpunkt, dann aber eher am Rande angesprochen).

Der Text ist eine vorsichtige Annäherung ans Thema. Im Bemühen, den Pfad der Wissenschaftlichkeit nicht zu verlassen, erfolgt zunächst ein ausführliches, aber sehr allgemein gehaltenes Abgrasen eher peripherer Aspekte. Die Erkenntnisse sind oft wenig konkret. Im Kern wird schließlich die Aussage herausgearbeitet, dass es 6 psychische Ressourcen gibt, die es für eine Transformation zur Nachhaltigkeit zu stärken gilt:

- Genussfähigkeit
- Achtsamkeit
- Selbstakzeptanz (Selbstbewusstsein)
- Selbstwirksamkeit (Selbstvertrauen auf die Fähigkeit, angestrebte Ziele zu erreichen)
- Sinnkonstruktion (die Definition erstrebenswerter Ziele)
- Solidarität

Dies scheint auf den ersten Blick enttäuschend wenig zu sein, kann aber sehr wohl als hilfreicher Leitfaden für Auseinandersetzungen und (kontroverse) Diskussionen zum Thema SÖT angesehen werden. Es wäre allerdings sehr zu wünschen, wenn es möglichst bald auf dieser Schiene weiterführende Überlegungen und Anregungen gäbe.

*Rolf Oesterlein, 1.4.2021*

---

**Erscheinungsdatum: 3.4.2012**

## **Nico Paech: Befreiung vom Überfluss.** Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie

### **Zusammenfassung:**

Nico Paech hat, lange bevor Ulrich Brand den Begriff der "imperialen Lebensweise" geprägt hat, dieselbe mit messerscharfer Analyse auseinandergenommen und ihre fehlende Nachhaltigkeit als systemimmanent entlarvt. Er widerlegt die Legende der "Greenwasher", mittels technologischer Innovation könne man die sich verschärfenden sozial-ökologischen Probleme lösen, ebenso wie die Hoffnung auf (absolute) Entkopplung des BIP-Wachstums vom Ressourcenverbrauch. Er identifiziert die Form der Geldschöpfung und den Zinsdruck als BIP-Wachstumstreiber der herrschenden Ökonomie. Als Konsequenz entwirft er ein Ziel-Szenario für die Überwindung des aktuellen Wirtschaftens und der damit verbundenen Lebensweise. Die entgrenzten weltweiten Fremdversorgungsketten mit hohem Risiko und starkem Kapitaleinsatz sollen durch Lokalisierung und eine Reduzierung der Ansprüche hin zu einem Lebensstil der Suffizienz ersetzt werden. Das schmale Büchlein (155 S., < DIN A5) bietet keine detaillierte Ausarbeitung des Szenarios mit der Beantwortung aller offener Fragen. Es finden sich auch etliche Ansatzpunkte für Kritik (die im folgenden Text *kursiv und rot* gekennzeichnet sind). Dennoch ist das Buch fast ein Jahrzehnt nach der Veröffentlichung noch immer eine Art Standard-Werk, und man sollte es keiner der vielen Nachfolge-Publikationen durchgehen lassen, wenn sie hinter dessen Erkenntnis-Stand zurückfällt. Deshalb lohnt sich auch eine detaillierte Auseinandersetzung mit ihm.

In der **Einleitung** wird die Ursache für die "Wohlstandsdämmerung" in dem hierzulande herrschenden Gesellschaftssystem beschrieben. Das Konsum- und Mobilitätsniveau mit weltweiten Versorgungsketten wird von der Globalisierung mit all ihren ökologischen Schäden ermöglicht und gefördert. Letztere technologisch zu beheben, ist so aussichtslos wie eine Hydra zu köpfen - man regt bekanntlich nur den Prozess des Nachwachsens an. Selbst Reduktion an einer Stelle führt zu erhöhter Wertschöpfung anderswo (Rebound-Effekt); das wachsende Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird zum Indikator für die Öko-Katastrophe. Eine Steigerung des Glücks kann nur im Individuum liegen und muss nichtmonetär sein; aber dann bewirkt sie kein BIP-Wachstum. Unser derzeitiger "Wohlstand" ist ohne dieses Wachstum nicht zu stabilisieren und auch nicht vom Naturverbrauch zu entkoppeln. Gesucht wird also eine Postwachstumsgesellschaft, die die Versorgungsresilienz und das Glück erhöht, keinen Verzicht verlangt, sondern Suffizienz und den Blick aufs Wesentliche freigibt.

### **Kapitel 1: "Über seine Verhältnisse leben - ein vermeintliches Menschenrecht"**

Dieses Kapitel beschreibt unser schädliches Wirtschaftssystem auf individueller wie auch gesellschaftlich-politischer Ebene und das zugehörige ideologische Zusammenspiel zwischen beiden Ebenen. Es erklärt, warum so gut wie nichts ökologisch geschützt wird und Politiker schon bei entsprechenden Versuchen "demokratisch" abgestraft werden. Dass alles mit allem zusammenhängt, schützt die Umsetzung der ideologischen Verblendung vor selektiven Eingriffen auf sachlicher,

lokaler oder zeitlicher Ebene. Die Agrar-Subventionen, ohne die niemand hierzulande verhungern würde, dienen der Minimierung der Lebensmittelkosten, damit dem Konsumenten mehr Mittel für andere, eher expansive und entgrenzte Aktivitäten zur Verfügung stehen; auch kleinräumige Bio-Landwirtschaft ist innerhalb dieses Konzepts nicht wohlgefallen. Die ganze Sache funktioniert nicht ohne Verschuldung, also eine Verlagerung der Kosten auf spätere Lebensabschnitte oder gar Generationen.

## **Kapitel 2:** Fortschritt als Illusion

Die Effizienzsteigerung durch Arbeitsteilung wäre rasch am Ende, wenn man nicht eine totale Entgrenzung von Raum und Zeit betreiben würde, d.h. binnen kürzester Zeit kann auf Zulieferer zugegriffen werden, die auf der anderen Seite der Erdkugel sitzen. Innovationen und Produktionsfortschritte bringen ökologisch meistens nichts, weil sie Umsatz und Wachstum erhöhen, ebenso fast immer den Energie-Einsatz. Von Einsparungen kann keine Rede sein. Übrigens ändert der ewige Verteilungsstreit (zwischen Kapitalisten und ihren Kritikern, z.B. den Marxisten) am ökologischen Raubbau nichts, egal, wer sich durchsetzt.

Ansonsten werden durch Innovation in der Regel körperliche Arbeiten durch (elektrische) Maschinen ersetzt ("Bequemokratie"). Kulturkritisch vermerkt Paech, dass dadurch eine Reduktion manueller Fähigkeiten und der Bereitschaft zu Suffizienz eintritt. Und man wird abhängig von den "Energiesklaven": wehe, wenn der Stecker gezogen wird. Der nicht körperlich arbeitende Mensch "leistet nichts", behauptet der Autor. Als Beispiele nennt er sog. "unnütze" Produkte, die in der Tat wohl ohne Unterstützung der Energiesklaven nicht entstehen würden. *Es wird nicht so richtig klar, was genau den Autor - außer Energie- und Ressourcenverschwendung - hier eigentlich stört. Denn eine rein geistige - z.B. koordinierende - Tätigkeit ist keine körperliche, aber ggf. doch nützliche und sollte nicht a priori pejorativ besetzt werden* (53).

Auch Bildung scheint Paech suspekt zu sein - sie könnte benutzt werden, den "Fortschritt" in die falsche Richtung zu treiben. *Alternative? Das richtige tun durch dumm bleiben?*

Gegen Ende des Kapitels kommt der Autor dann beispielhaft zu einigen für ihn wichtigen Knackpunkten. Aus einem vom WGBU berechneten jährlichen Pro-Kopf-CO<sub>2</sub>-Verbrauch von 2,7 Tonnen (zur Einhaltung des 2-Grad-Temperaturanstiegs) folgt für ihn lapidar die Notwendigkeit zur **Sesshaftigkeit** und damit auch eine Begrenzung beim Güter-Transport, aber auch die Begrenzung der Effizienzsteigerung auf CO<sub>2</sub>-einsparende Geräte und Maßnahmen: mechanische Rasenmäher, Angelruten, Fahrräder, ökologischer Landbau (*Traktoren-Reduzierung hat er vergessen*), Mehrwegverpackungen, Segelschiffe, reparable Holz- und Metallprodukte; Industrieprodukte und konventionelle Verkehrsmittel nur noch sehr sparsam als Ergänzung für Notfälle).

Diese "manualisierte" menschliche Arbeit soll im kommerziellen Bereich auf 50% sinken; *die Zahl wird allerdings nicht schlüssig erklärt.* (59) Dass ein "Wohlstandsverlust" - Wohlstand im vom Mainstream definierten Sinne - unvermeidlicherweise eintreten muss, ist hingegen schnell ersichtlich. *Zweifel*

*wiederum weckt die Erwartung, dass handwerklich-instandhaltende Tätigkeiten im nichtkommerziellen Bereich die Industrieprodukte verbessern (z.B. länger erhalten) und zudem einen "Rückfall ins Mittelalter" verhindern könnten. Ob Paech da nicht das "Heimwerker-Potential" überschätzt?* Dass man die Share-Ökonomie zumindest für eine Reihe von wichtigen Dingen im Nichtkommerziellen ansiedeln könnte, ist auf jeden Fall den Versuch wert.

### **Kapitel 3: Freiheit als Illusion (63ff)**

Das geldbasierte System der Fremdversorgung schafft Abhängigkeiten und deshalb auch Ängste dahingehend, dass sowohl der fremdbeeinflusste Güter-Fluss als auch der für die Versorgung notwendige Geldfluss versiegen könnten. Ersatz-Versorgung durch eigene Leistung wird in diesem Fall nicht funktionieren, weil man sie mittlerweile verlernt hat. Diese Situation marginalisiert den Spielraum für eine nachhaltige Entwicklung. Auch durch eine gerechtere Verteilung des "Wohlstands" innerhalb einer Gesellschaft wird sich an diesem Problem nicht zwingend etwas ändern.

Die "Achillesferse" dieses Systems ist die durch das weltweite Anwachsen der Konsumenten-Schicht immer weiter steigende Nachfrage nach Gütern, welcher Ressourcen-Verteuerung und -Mangel entgegenstehen (Peak-Oil und "Peak of everything": Lithium, Coltan, seltene Erden, diverse Metalle usw.). Das kann - selbst ohne Nachhaltigkeitsbemühungen - nicht problemlos fort dauern, sagt schon 2010 eine Bundeswehr-Studie (!) und vermeldet für Deutschland heraufziehende "strukturelle Risiken" erschreckenden Ausmaßes. Finanzkrisen werden ebenfalls aus dieser Situation generiert, nicht nur aus dem instabilen Spekulationssystem selbst. Die einzige Option aus Paechs Sicht: der Rückbau des gigantischen Fremdversorgungssystems und der überzogenen Ansprüche.

### **Kapitel 4: Mythos Entkopplung [71ff]**

Ausführlich befasst sich Paech hier mit dem Thema Entkopplung von BIP-Wachstum und Ressourcenverbrauch bzw. sonstigen ökologischen Schäden. Die Propagandisten des "grünen Wachstums" glauben, dieselbe erreichen zu können durch ständige Erhöhung der "Ressourcen-Effizienz" und perfektere Kreisläufe, unterstützt durch regenerative Energie-Erzeugung. Begrifflich unterschieden werden muss zwischen relativer (d.h. der ökologische Schaden pro BIP-Einheit sinkt) und absoluter (ökologischer Schaden sinkt insgesamt bei wachsendem BIP) Entkopplung.

Die Entkopplungsbemühungen beruhen immer auf zusätzlichen Effizienz- und Konsistenz-Maßnahmen und nicht auf dem Rückbau der alten Produktionsanlagen. Beispiele: Passivhäuser erfordern neue Segmente zusätzlich zum konventionellen Bausektor; E-Autos mit regenerativer Energie brauchen additiv: neue Produktionsstandorte, Stromtrassen, IT-Endgeräte, Lade-Stationen, Produktions- und Entsorgungsanlagen für Akkus .....

Bei den Verbesserungsmaßnahmen bestehen oft anfangs nicht erkannte Risiken. Beim Katalysator z.B. wird viel Platin benötigt, und er emittiert im Betrieb



Edelmetalle, Keramikfasern, Lachgas, Ammoniak- sein ökologischer Rucksack ist schwerer als geplant. Paech stellt weitere Beispiele dar. Der "Fortschritt" in unbekanntem Technik-Feldern ist grundsätzlich risikobehaftet; zuschlagende Risiken werden oft erst erkannt, realisiert bzw. zugegeben, wenn der Schaden eingetreten und schwer zu beheben ist. Es wird eine neue "Schicksalsabhängigkeit" aufgebaut, obwohl man mit dem Fortschritt gerade einer solchen entfliehen wollte.

Ökologisch sind Entkopplungsbemühungen häufig nur Verlagerungen eines Problems (81ff): zeitlich (hin zur Verschrottung), systemisch (erneuerbare Energie reduziert Emissionen, erhöht aber Flächenverbrauch), materiell (E-Mobilität verbraucht für Akkus seltene Ressourcen), räumlich (Schadstoffe werden ins Ausland abgeschoben), technisch (IT-Innovationen erhöhen Elektroschrott). Effizienzsteigerungen führen fast immer zu finanziellen Rebound-Effekten, was jede Entkopplung zunichtemacht und schwer zu bekämpfen ist (84ff). Würde man die Effizienz-Gewinne abschöpfen und sowohl dem Konsum als auch den Produzenten entziehen, würde das den Anreiz für Effizienz stören. Und außerdem auch kein Wachstum schaffen - was gut wäre, aber eben keine Entkopplung.

So weit, so schlüssig. *Kritisch zu ergänzen (gegenüber Paechs Darstellung) ist hier jedoch folgendes: Was für die Entkopplung zutrifft, ist nicht grundsätzlich unantastbar. Ob Kaufkraftgewinn zu ökologisch schädlichem Konsum führt, kann und muss in jedem Fall regulatorisch gesteuert werden - etwa durch künstliche Preiserhöhung oder Verbot, natürlich mit der Konsequenz des Wachstumsverzichts. Eine punktuelle Betrachtung von Einzelbeispielen verhindert hierbei den notwendigen Blick aufs Ganze. Deshalb kommen auch alle wohlmeinenden Vorschläge für ein Ziel-Szenario letztlich nicht ohne ein modellgestütztes Durchrechnen aus. Paech mischt hier in seine Argumentation Spekulationen darüber ein, was politisch durchsetzbar sein könnte und was nicht. Das ist aber fehl am Platze, wenn es darum geht, das herauszufinden, was erstrebenswert wäre.* (Dass das "Komfortbedürfnis" mit seiner ständigen Ausweitung des Einsatzes von "Energiesklaven" nicht einfach zu bekämpfen ist, stimmt natürlich durchaus.)

Ansonsten erkennt Paech sehr wohl und mit geschärftem Blick, dass im Detail verlockende Optimierungen in der Gesamtsicht ökologisch problematisch sein können. Er spricht von "psychologischen Rebound-Effekten" (90). So hat der bereits erwähnte Katalysator die fossile Abrüstung bei den Benzinern verhindert; Passivhäuser fördern die Bauwut und Bodenversiegelung, Photovoltaik-Anlagen den Energie-Verbrauch - als seien die additiven Neuerungen zum ökologischen Nulltarif zu haben. Ähnlich ticken viele Leute auch im persönlichen Bereich. Manchmal werden die "entlastenden" Alibi-Effekte sogar nur behauptet, aber nicht oder noch nicht realisiert. Angenehme "Glaubensangebote" werden gern angenommen (92).

*Als Schwachpunkt in Paechs Argumentation erscheint seine Behauptung, dass Effizienz-Steigerungen immer **additiv** seien, also immer ohne Ersetzen der ineffizient gewordenen Produktionsanlagen. **Muss** das so sein (etwa wegen der von ihm erwähnten Entsorgungsprobleme)? Eine ggf. notwendige Übergangszeit bis zur vollständigen Ablösung des Alten könnte man durchaus einpreisen und dadurch kurzhalten. Paech liefert zur Beweisführung keine konkreten Beispiele aus der Praxis.*

Überzeugend ist andererseits der Hinweis auf die Gefahr unvollständiger Betrachtungsweisen: wenn effizientere Akkus zum E-Auto-Wachstum führen, das restliche E-Auto aber nicht effizienter wird, treibt das entstehende zusätzliche BIP-Wachstum den ökologischen Fußabdruck in die Höhe. Bei der Ablösung fossiler Energie durch Windenergie geht auch der Wertschöpfungsanteil der fossilen Brennstoffe verloren - also auch hier keine Entkopplung. Für permanentes entkoppeltes Wachstum müsste nicht nur permanente Effizienzsteigerung, sondern auch ein permanenter ökologisch neutraler Rückbau erfolgen - eine unübersichtliche Angelegenheit, wie man am Beispiel Akku & E-Auto sieht. Beim Wohnungsbau ist das ähnlich: ökologische Sanierung bringt kein dauerhaftes entkoppeltes Wachstum.

Wichtig ist auch die **Subjekt-Orientierung** bei der Bewertung: der 1,5-Liter-Auto-Vielfahrer macht den ökologischen Effekt des Objekts zunichte, ebenso der im Passivhaus wohnende Vielflieger und der Öko-Strom produzierende Verschwender (Geräte-Freak). Für die Greenwasher sind die Objekte Symbol-Konsum zur Status-Bekräftigung einer ökologisch scheinbar weißen Weste. Für Paech gibt es keine per se nachhaltige Technik, sondern nur nachhaltige **Lebensstile**. Und da stehen in Deutschland immer noch 11 t CO<sub>2</sub> pro Kopf & Jahr "erlaubten" 2,7 t gegenüber (100). Hilfreich wäre es, wenn sich Ökobilanzierungen ("ökologischer Fußabdruck") für Produziertes und für Verhaltensweisen durchsetzen würden, für Firmen am besten gesetzlich vorgeschrieben. Für Konsumenten gibt es einige CO<sub>2</sub>-Rechner.

### **Kapitel 5: Wachstumszwänge**

Die Darstellung des systemimmanenten Wachstumszwangs der herrschenden Ökonomie folgt dem schweizerischen Ökonom Christoph Binswanger. Das skizzierte kleine "Planspiel" muss man nicht unbedingt nachvollziehen, um die Methode der Geldschöpfung und den Zinsdruck als strukturelle Ursachen zu identifizieren. Interessant ist der Ansatz, dass durch Verschiebung des Verbrauchs in *lokale* Lieferketten das grundsätzliche Risiko sinke und damit auch die Notwendigkeit der Absicherung durch Zins, wodurch auch der Wachstumsdruck verringert wird. Der gleiche Effekt tritt ein bei jeder Reduzierung des (Fremd-)Kapital-Einsatzes.

Eine Art "kultureller" Wachstumstreiber ist Konsum als Status-Symbol. Soziale Unterschiede sorgen dafür, dass es ständig Aufhol-Aktivitäten gibt, die zum Vergrößern des Konsum-Kuchens und damit zu neuer Status-Differenzierung führen, eine sich selbst antreibende Rückkopplungsmaschine, die funktioniert, obwohl sich dadurch eine Steigerung des persönlichen Glücks längst nicht mehr einstellt.

### **Kapitel 6: Umrisse einer Postwachstumsökonomie (113ff)**

Nach der kritischen Analyse folgen nun die konstruktiven Vorschläge. Die strukturellen Wachstumstreiber will Paech durch eine Verkürzung der riskanten Fremdversorgungsketten blockieren. Das soll über eine möglichst weitgehende Lokalisierung bis hin zur Selbstversorgung (Subsistenz) erfolgen. Die kulturellen Wachstumstreiber sollen durch die Strategie der Suffizienz bekämpft werden.

Die "Ökonomie der Nähe" hat verschiedene Vorteile. Für Kapitalgeber und -nehmer besteht ein Vertrauen aufbauende Transparenz, die das Risiko minimiert. Unmittelbare Beziehungen anstelle von Marktanonymität können sogar Empathie

schaffen. Kapitalgeber als Abnehmer der Produkte haben eine weitgehende Interessengleichheit mit den kapitalnehmenden Produzenten: eine Zinserhöhung würde zur Preissteigerung führen. In gewissen Grenzen behalten die Kapitalgeber auch die Verwendungskontrolle über ihr Kapital (ähnlich verfährt z.B. heute schon die GLS-Bank).

Eine kleinräumige Ökonomie ermöglicht kürzere Transportwege und eher geschlossene Kreisläufe. Kleinere Ausbringungsmengen bedeuten auch weniger kapitalintensive Wertschöpfung. Mittlere, "konviviale" Techniken (handwerklich, geringere Arbeitsproduktivität) brauchen und generieren weniger BIP-Wachstum. Das gilt auch für einen niedrigeren Spezialisierungsgrad (117)

Als hilfreich sieht der Autor "**Regio-Währungen**" an, die parallel zur Hauptwährung Euro genutzt werden (einige gibt es bereits heute). Stabilisiert werden sie durch eine zinslose Umlaufsicherung, mit Wertverlust beim Horten und Rücktausch in Euro (Gebühr). Sie bleiben, zinslos und spekulationsfrei, im regionalen Kreislauf. Durch die Nutzung als Zahlungsmittel halten sie deshalb auch Produktion, Arbeitskräfte, Waren und Dienstleistungen in der Region (was natürlich nur für einen Teil der ökonomischen Aktivitäten möglich ist). Regio-Fremdkapital als "Schwundgeld" übt keinen Druck Richtung Profit-Maximierung aus. Kleine genossenschaftliche Firmen richten sich eher an den Bedürfnissen in der Region aus. Eigenarbeit - die 3. Kategorie des Wirtschaftens - käme sogar ganz ohne (Fremd-)Geld aus. Die materielle Kaufkraft verringert sich durch diese "Lokalisierung"; das wäre aber auch dann der Fall, wenn Industrieprodukte mit allen realen externen Kosten belastet würden.

Mit "kreativer Subsistenz" kann Industrie-Output teilweise ersetzt bzw. verringert werden:

- durch Nutzungsintensivierung mittels gemeinschaftlichen Gebrauchs
- durch Verlängerung der Nutzungsdauer durch (gemeinschaftliche) Reparatur
- durch Eigenproduktion (z.B. Lebensmittel aus dem Gemeinschaftsgarten)

Voraussetzungen sind gleichdenkende Nachbarn, handwerkliches Geschick und genügend Zeit (die durch Rückbau industrieller Produktion und der kommerziellen Arbeitszeit zu gewinnen ist). Der Austausch der Dienste innerhalb der Gemeinschaft kann ohne Geld-Einsatz erfolgen.

Ausführlich wird in diesem Zusammenhang erläutert, dass das Konsumieren ein "Zeitfresser" ist: der "Konsumidiot" kommt mit der Nutzung seiner Konsumgüter gar nicht mehr nach. Das Konsumieren wird, weil es auch die Lebenszufriedenheit nicht mehr steigert, zur Belastung. Reduktion ist dann kein negativ besetzter Verzicht, sondern eine Befreiung.

Wenn die 50%-Subsistenz-Arbeit funktionieren, verbleiben immer noch 50% kommerzielle Tätigkeiten für Bereiche, die die "Prosumenten " überfordern würden. Die folgenden Ideen werden im Buch mehrfach und redundant benannt:

- Neuproduktion langlebiger, reparaturfreundlicher Güter erfolgen nur im "Notfall"
- Fokus "erhalten": renovieren, optimieren, Nutzung intensivieren und verlängern
- Wertschöpfungsketten verkürzen (Lokalisierung)
- kommerzielle Arbeitszeit verkürzen und flexibilisieren

- Direkt- und Regionalvermarktung
- Entwicklung: modulares, reparables, wiederverwendbares, langlebiges Design
- Prosumenten-Schulung für selbständigen Support, Instandhaltung und Reparatur
- lange Kreisläufe effizienter Material-Verwendung
- Märkte für Second-Hand-Produkte ("stoffliche Nullsummenspiele")
- Addition materieller Objekte vermeiden oder durch Subtraktion an anderer Stelle kompensieren (*hier fehlen Beispiele*)
- ausleihen statt besitzen

Die vielfältigen Rückbau-Aktivitäten sollen durch Geld- und Finanzmarkt-Reformen unterstützt werden, um den systemimmanenten Wachstumszwang abzumildern, weil sonst nach Erreichen eines ökologisch akzeptablen Versorgungsniveaus doch wieder eine Wachstumsdynamik entsteht. ***(Unklar bleibt hier, wie das Rückbau-Ziel ohne soziale Krisen erreicht werden kann - es ist vermutlich der Knackpunkt eines solchen Konzepts.)***

Als **finanzpolitische Maßnahmen** werden genannt: attac's Finanztransaktionssteuer; Vollgeld mit staatlichem Geldschöpfungsmonopol ohne Schulden; Regionalwährungen; sozial-ökologisch orientierte Genossenschaftsbanken sollen weniger zins- und renditelastiges Kapital beschaffen (*unklar bleibt, wie das funktionieren könnte*). Das soll auch allgemein für Unternehmen gelten: Non-Profit-Firmen sollen solidarisch wirtschaften und die "strukturellen Gewinnerwartungen" dämpfen (*auch hier bleibt unklar, wie das funktionieren könnte*).

Eine (kompliziert klingende) **Bodenreform** soll (Investoren-)Besitz durch Pacht und Nutzungsrechte ersetzen, mit ökologisch definierten Obergrenzen. Wertsteigerungen werden abgeschöpft und den Nutzern vorenthalten; dadurch gibt es keine Spekulation. (136)

Ökologisch kritische "Emissionsrechte" müssen gekauft werden. Der "Subventionsdschungel" muss entrümpelt werden, um ökologische Schäden zu verhindern und die öffentliche Verschuldung zu reduzieren. Das soll im Saldo genug staatliche Mittel für Soziales, Gesundheit und Bildung bringen, trotz der steuerlichen Einbußen durch den industriellen Rückbau.

***Dies ist die entscheidende Frage: die Behauptung muss stark angezweifelt werden, solange sie nicht ansatzweise durchgerechnet worden ist. Zum Beispiel sind hohe "Straf-Einnahmen" bei der Eindämmung von ökologischen Schäden gar nicht wünschenswert, denn dann funktioniert diese Eindämmung nicht wirklich. Man kann die Effekte nicht zweimal verbuchen (Eindämmung und hohe Einnahmen). Ungeklärt ist auch der Verdacht, dass eine konsequente Internalisierung aller externen, derzeit nicht von den Firmen zu bezahlenden Kosten - z.B. Infrastrukturnutzung oder Umweltschäden - an vielen Stellen zur Zerstörung der Wirtschaftlichkeit und im Gefolge zu Insolvenzen mit einer massiven Rezession führen könnte, dass also das derzeitige BIP-Wachstum in großen Teilen genau auf der Subventionierung in Gestalt der Kosten-externalisierung fußt und auf diese angewiesen ist. Alle Vorschläge, die rein qualitativ bleiben, sind wohlfeil und bezüglich des angestrebten Erfolgs letztlich nicht überzeugend.***

*Paech schlägt an dieser Stelle einen nicht näher ausgeführten "Lastenausgleich" von Harald Spehl vor, zu dem auch keine Literatur-Angaben gemacht werden. (137)*

Auf der ökologischen Ebene regt Paech ein Moratorium für die Bodenversiegelung an durch Rückbau von Industrieanlagen, Autobahnen, Parkplätzen, Flughäfen u.a.. Die Flächen sollten renaturiert oder für neue regenerative Energieanlagen genutzt werden. Unabdingbar ist für ihn auch eine **Ressourcenpolitik** mit ökologischen Obergrenzen.

**Bildungsinhalte** sollten, statt Überfluss zu predigen, endlich einen nachhaltigen Lebensstil propagieren und die Lernenden zu dessen Umsetzung ermächtigen. Dazu gehören auch handwerkliche Befähigung und Sesshaftigkeit. Ziel ist eine "Nachhaltigkeitsbildung mit Subjektorientierung", die die Fähigkeit vermittelt, "das eigene Leben im Hinblick auf globale Übertragbarkeit zu reflektieren".

Weitere Vorschläge des Autors fordern von den Unternehmen für alle Güter eine ökologische Kennzeichnung (Fußabdruck) und ein weitgehendes Werbeverbot. Für Einkommen und Vermögen sollen Obergrenzen gelten. Ein Bürgergeld oder Grundeinkommen soll für eine Übergangsphase ausgegeben werden, jedoch geknüpft an gemeinnützige Tätigkeiten und Bedürftigkeit. Dies seien nur einige ausgewählte Essentials, so Paech; umfassenderes Nachdenken lohne sich nicht, solange das Konsumdenken in der Bevölkerung noch so dominant sei (*man kann das auch genau umgekehrt sehen: mit einer Spezifizierung des Zielszenarios das Umdenken anstoßen*).

Wichtig sei das Vorleben alternativer Lebensstile - und zwar jetzt; zumindest aber ihre Thematisierung. Politische Forderungen sollen dadurch zwar nicht ausgeblendet werden, aber auf politische Weichenstellungen zu setzen, sei "Zeitverschwendung", weil die Politik erst handele, wenn sie aus der Gesellschaft glaubwürdige Signale empfängt, dass diese den Wandel will und auch aushält (141)

Hier und im folgenden **Fazit** ("Wir haben - noch - die Wahl!") wird eine **Strategie** zum Anstoß der erwünschten Veränderungen beschrieben. Das bietet naturgemäß viel Raum für den kontroversen Disput. *Paechs vorstehende Bemerkung suggeriert, die "Politik" schiele ständig auf die Wähler und mache, was deren Mehrheit wolle. Dem kann man unzählige gegenteilige Erfahrungen entgegensetzen (z.B. 80% Opponenten in der Bevölkerung gegen Privatisierungen im Gesundheitswesen können diese bis dato nicht verhindern). Die Politik macht nach ihrer eigenen Agenda das, was sie durchziehen bzw. verhindern kann - auch gegen die Wähler. Aufgeflogene Selbstbereicherer in Pandemie-Zeiten ("Masken-Skandal") möchte man gern vermeiden, aber nicht die Lobby-Hörigkeit als solche. Die politischen Antreiber in der Zivilgesellschaft sind immer wenige, die vielen sind allenfalls Mitläufer (auch in negativer Hinsicht, wie 1933 im Gefolge der Nazis). Zur Überzeugungskraft gehört sehr wohl eine möglichst genaue Kenntnis des Zielsystems, vor allem hinsichtlich der Machbarkeit; und diese gewinnt man ohne fundierte quantitative Betrachtung nicht.* Korrekt, aber nicht weiterführend ist der Hinweis, dass gerade die "Technik-Freaks" unter den Greenwashern ihrerseits jeden Machbarkeitsbeweis schuldig bleiben.

Vor allem die Alternative "by disaster" als Konsequenz für den Fall, dass wir unser "business as usual" fortführen, ist keineswegs allgemein verinnerlicht. Sie ist für viele zu abstrakt (das Klima ist ja auch eine rein abstrakt-statistische Größe), während Veränderungsforderungen hin zur Suffizienz unmittelbar konkret fassbare Auswirkungen vor Augen führen, gegen die es die in der Zukunft liegenden Attraktionen der Postwachstumsgesellschaft schwer haben: das Entspannende durch Weglassen und Reduktion beim Konsumzwang, wachsende Resilienz und Angstfreiheit bei Verkürzung der Versorgungsketten (zumindest wenn alles sozial abgedeckt ist, auch bei der Verteilung der 50% Erwerbsarbeit), die Entschleunigung, Rückgang der Reizüberflutung, erfahrbare Selbstwirksamkeit (Erfolgserlebnisse), weniger soziale Ungleichheit, mehr sozialer Zusammenhalt. Glück als oberste Zielgröße, so schließt Paech, ist eine "Interpretationsleistung", aber Glück ohne Verantwortung ist nicht legitim. Und damit hat er wohl recht.

*Rolf Oesterlein, 1.4.2021*